

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21, Leipzig, Volkszeitung Leipzig, Telefon: 13693, Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonntagen).

Inserate kosten die 8gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verteilen von Prospekten ist 8.00 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Vertrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verkauf, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude, Telefon: 2721.

Tageskalender.

Zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstags wurde von der Schnapsblockmehrheit der Abgeordnete Prinz zu Hohenlohe-Langenburg bestimmt.

Die Geschworenen sprachen sämtliche Angeklagte im Rieker Werkkorruptionsprozeß frei.

Das englische Parlament ist gestern vertagt worden; die Neuwahlen sollen am 18. Januar n. J. vorgenommen werden.

Aus England und verschiedenen Gegenden Deutschlands kommen Nachrichten über schwere Sturmchäden.

Das Erwachen Egyptens.

Leipzig, 4. Dezember.

Sebenundzwanzig Jahre hält nunmehr England Egypten besetzt, und wie sich in diesen 27 Jahren die Stimmung der ägyptischen Bevölkerung gegen England gestaltet hat, das ist schon deutlich auf dem Kongreß in Genf zum Ausdruck, den Mitte Oktober ca. 120 Delegierte aus den Kreisen der ägyptischen Intellektuellen abhielten, um vor Europa für das Streben des ägyptischen Volkes nach nationaler Freiheit zu demonstrieren. Hier erhob sich das armenische Märchen, mit dem man sich nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in gewissen sozialistischen Kreisen seit jeher getragen hat, als gäbe es so etwas wie eine „fortgeschrittene“ Kolonialpolitik, wofür eben Egypten als ein gutes Beispiel dienen könne. Unschicklich halten die beglückten Ägypter selbst vor den Wohlstan einer solchen Politik herzlich wenig, da sie sonst, wie sie es in Genf getan haben, nicht so ernst und entschieden die Forderung gestellt hätten, die Engländer mögen von ihren „Wohlstanen“ sofort befreien. Die Parole: Nieder mit der englischen Besetzung! war nämlich das Leitmotiv der gesamten dreitägigen Verhandlungen des Genfer jungägyptischen Kongresses, während die Forderung einer Konstitution nur den zweiten Platz einnahm. Wie sich dort der Führer der Nationalisten, Mohammed Farid Bey, ausdrückte, sei die Frage einer Konstitution eine Sache zwischen dem Volke und dem Khedive, von den Engländern aber fordern sie nur eins — die Zurückziehung ihrer Truppen.

Es wäre ganz leicht, die ägyptische nationalistische Bewegung zu kritisieren. Wie alle ähnlichen Bewegungen, trägt sie einen ausgeprägt bürgerlichen Charakter, indem sie von den Interessen der bestehenden Klassen ausgeht. Wenn die Ägypter z. B. sich darüber beklagen, daß alle

wichtigeren Stellen in der Verwaltung von jungen und unwissenden Oxford-Studenten besetzt werden, oder daß die Engländer die Ausbildung von höheren und professionellen Schulen hemmen, oder daß sie jeglichen industriellen Fortschritt außer auf dem Gebiete des Baumwollbaues unterdrücken, so ist daraus nur allzu klar ersichtlich, was damit gemeint ist, daß nämlich unter der englischen Herrschaft die Söhne der reichen Klassen keine Karriere im Staatsdienste oder in der Armee machen können, daß auf dem Gebiet der liberalen Berufe die Ausländer einen großen Vorzug vor den gebildeten Eingeborenen besitzen, und daß bei der Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit auf nur ein noch so lukratives Gebiet die überschüssigen Kapitalien keine passenden Anlagen finden. Auch ist darin der bürgerliche Charakter der nationalistischen Bewegung nicht zu verkennen, daß das Los der großen Masse der Bevölkerung, der Millionenkategorie der Fellahin, bei der Aufstellung der nationalen und konstitutionellen Forderungen gar nicht in Erwägung gezogen wird, so daß man nicht einmal weiß, ob und inwieweit das eigentliche Volk bei einer Aenderung des Regimes gewinnen würde. Man spricht zwar von einem staatlichen Ankauf der schwerlastenden Hypotheken und der Umwandlung des jetzt zum größten Teile nur nominiellen Bauernbesitzes in einen wirklichen Besitz; allein man redet eben nur davon, aber weder im Programm noch in der praktischen Agitation der nationalistischen Parteien findet man davon bisher irgendwelche Spur.

Indessen nicht von diesem Standpunkte aus müssen solche Bewegungen beurteilt werden. Ein nationaler Kampf kann überhaupt nur sehr schwer soziale Momente in sich aufnehmen, da ohne Klassenkampf keine sozialen Momente aufstehen können und da die nationale Frage die Klassengegensätze entweder unterdrückt oder wenigstens vertuscht. Was der ägyptischen, wie allen anderen im Orient leuchtend aufgetauchten nationalen und konstitutionellen Regungen eine große Bedeutung und auch für uns Sozialdemokraten ein wichtiges Interesse verleiht, ist die in ihnen zum Ausdruck kommende Tatsache, daß die Ära der kapitalistischen Kolonialpolitik sich endlich ihrem Ende nähert. Bisher galt, und dem entsprechen auch die Tatsachen, daß, was auch das Kolonialkapital an Zerstörung leisten mag, es doch befruchtend auf die rückständigen Länder einwirkt, indem es ihre Produktivkräfte enorm entfaltet. Die nationalen und revolutionären Bewegungen im Orient — in Indien, Egypten, Persien, der Türkei und China — zeigen uns, daß dies nicht mehr der Fall ist. Umgekehrt. In diesen Bewegungen kommt nicht die Machtbegier einer Bourgeoisie zum Ausdruck, die auf dem vom europäischen Kapitalismus ernährten Boden entstanden und groß geworden ist, sie sind im Gegenteil nur ein Ausdruck des Verlangens nach freier Entfaltung eines aus alten vorkapitalistischen Zeiten stammenden

Bürgertums, das sich vom europäischen Kapitalismus gehemmt und gelähmt sieht. Um denselben Gedanken in ökonomischen Begriffen auszudrücken, so bedeuten alle diese freiheitlichen Bewegungen im Orient nichts anderes als eine Revolte der bereits in früheren Epochen geschaffenen Produktivkräfte gegen die Hemmungen, die ihnen der aus Europa eingebrungene Kapitalismus in den Weg stellt. So war beispielsweise Egypten lange bevor England des Niltals sich bemächtigte, auf dem besten Wege, in einen großen kapitalistischen Staat sich umzuwandeln. Der letzte unabhängige Vizekönig Ismail hatte Millionen und Übermillionen für Entwässerungsanlagen, Eisenbahnen, Telegraphen, Zuckerraffinerien, Baumwollspinnereien und sonstige industriellen Anlagen ausgegeben und die wirtschaftliche Tätigkeit des Landes auf eine für jene Zeit geradezu enorme Höhe gehoben. Aber gerade diese Hast, mit der er in dieser Richtung arbeitete, sie war es, die ihn in den Abgrund stieß. Hätten die Engländer damals in die politische und ökonomische Entwicklung Egyptens nicht gewaltsam eingegriffen, so wäre jetzt das Land großkapitalistisch. Aber die Engländer, gebrängt von der Hochfinanz und dem eben auftauchenden Imperialismus, besetzten das Land, und die wirtschaftliche Entwicklung Egyptens brach in fast allen wesentlichen Richtungen zusammen. Manche Industrien, wie die Tabakindustrie und die Baumwollindustrie, wurden, wie einst in Irland, mit Gewalt unterdrückt, und die anderen, dank den zahlreichen, nur auf Förderung des Baumwollbaues berechneten Maßregeln, verfielen allmählich der Stagnation. Selbst der Baumwollbau, diese dem Herzen des Lancashire Magnatenums so wertvolle Industrie, vermag kaum einen technischen Fortschritt binnen der letzten 25 Jahre aufzuweisen, und noch wird er in derselben Weise betrieben, wie zur Zeit von Ismail und früher. Für eine Bourgeoisie, die einmal auf dem besten Wege war, die gesamte europäische kapitalistische Kultur sich anzueignen, muß ein solcher Zustand ganz unerträglich sein, und so lehnt sie sich gegen die englische Wirtschaftsweise auf und fordert ihre sofortige Beseitigung.

Freilich spielen in der nationalistischen Bewegung Egyptens auch auswärtige Wirkungen mit. Zwar war der Gründer der modernen Bewegung, Mustafa Kamel Pascha, bereits am Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts propagandistisch tätig und sein nationalistisches Blatt, die Dewa, errang schon damals eine Popularität, die es zum vornehmsten Journal im mohammedanischen Osten machte. Allein wie es in seinem, nach seinem Tode veröffentlichten Briefwechsel mit Frau Adam und anderen französischen Freunden zu lesen ist, waren es erst die Siege Japans im Jahre 1904/05, die das nationale Selbstbewußtsein Egyptens besonders gesteigert haben. „Ist denn nicht das japanische Volk,“ schrieb er an Frau Adam, „das einzige orientalische Volk, das Europa den

Seuiletton.

Andreas Vösl.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

(Nachdruck verboten.)

Dreizehntes Kapitel.

Aber während sich jetzt in Erlbach das Unrecht ausbreitete, wie die Kleeerde auf dem Felde, ging man anderwärts daran, Ruchblumen und Kletten und anderes Unkraut zu entfernen, damit das Recht ein freieres Wachstum haben sollte.

Ueber Nacht war Ruchbach ein Ort geworden, dem man Beachtung schenkte; ein Ort, in welchem Ereignisse vorfielen, so bemerkenswert, daß alle Zeitungen darüber schrieben. Die einen ausführlich, die anderen sehr kurz. Aber kein Blatt überging sie völlig. Waren Symptome beginnender Aufklärung oder Symptome der um sich greifenden Zuchtlosigkeit. Je nachdem man sie betrachtete.

Schüdel, Wimmer, Prantl. Wer kannte diese Namen? Waren sie je in Gegenden gedungen, wo keine Ruchbacher Wegzeiger standen? Kannte sie jemand außer den wenigen Menschen, die zu Ruchbach Kaisermehl kauften oder sich neue Absätze an die Stiefel schlagen ließen? Und jetzt las man überall, daß sich eine politische Bewegung zeige unter der Leitung eines gewissen Wimmer und eines gewissen Prantl. Des Jacobos Prantl, welcher sich seines Ruhmes erfreute; der auch bei kühler Witterung lange Stunden auf dem Marktplatz stand und die Augenbrauen so finster zusammenzog, als wolle er hier, just auf dem Fleck zwischen dem Sternbräu und dem Melber-Wimmerhause die neue Weltordnung aufrichten. Viele betrachteten ihn schon und mit einem gewissen Grauen. Denn etwas Unheimliches haftet allen Menschen an, die an den Grundfesten des Staates rütteln.

In die Scheu mischte sich Ehrerbietung vor dem Manne, dessen Name in den Zeitungen stand, und der solchergehalt über das bescheidene Maß eines Ruchbacher Bürgers hinausragte. Und die Gestalt des grimmigen Schusters erinnerte die Ruchbacher an den Lärm, mit dem die Welt angefüllt war. Der nun auch in ihre stillen Behausungen drang.

Der Vater trug ihn mit, wenn er vom Abendtrunk heimkam; die Frauen brachten ihn aus den Läden, und wöchentlicher dreimal halbt das bürgerliche Zimmer wieder von Geschei, wenn sich zwei Westanbahnungen im Wochenblatt und im Anzeiger gegenübertraten. Und das war seit der Vorbereitungen, die die neuen Bauernbündler am 16. Dezember abhielten. Ober, um es genauer zu bestimmen, seit der Woche, welche diesem Ereignisse vorausging. Denn es wurde angekündigt und gepriesen, es wurde verläßt und verurteilt, schon vor es stattfand.

Nie vorher hatte der Seher des Herrn Adolf Schüdel so große Buchstaben in den Winkelhaken gesteckt als zu dieser Zeit. Es waren Buchstaben, welche der Bedeutung der Sache und den Worten des Jakob Prantl gerecht werden mußten. Buchstaben, die sich fett und schwarz auf das Papier dränaten und den Leser so ungestüm anschrten, daß ihm jeder Widerspruch in der Kehle hängen blieb. Sie waren von so gewaltigem Umfange, daß sie den Wegner erdrücken mußten, wenn er mit bescheidenen Lettern anmarschiert kam.

Aber Hefele sah sich vor und führte den Kampf für das Christentum mit dicker Schwabacher Schrift. Und so konnte das Ruchbacher Volk nicht mehr in beschaulicher Ruhe die Neuigkeiten der Woche überblicken. Es wurde gezwungen, seine Aufmerksamkeit von nichtigen Dingen abzuwenden, um zu erfahren, daß nun endlich die Morgenröthe der Freiheit ihre bedenklichen Lichtstrahlen auf das dunkle Treiben des Zentrums werfe.

Doch stand dies nicht mit Sicherheit fest, weil schon den andern Tag in den Nachrichten die Erwartung ausge-

sprochen wurde, daß jeder halbwegs gebildete Mensch sich durch die gemeinen Angriffe angeekelt fühle, welche nur schlecht verborgenen fanatischen Haß gegen die Kirche zum Untergrund hätten. Auch dem Gefühl des Efels durfte man sich nicht ungestört hingeben, denn die düstere Antwort des Wochenblattes sagte, daß der Schreiber jener Zeilen, welcher offenbar den Kreisen des Zentrums entsprungen sei, im alten Rom sicherlich als Volksfeind behandelt und vom tarpejischen Felsen hinuntergeworfen worden wäre.

Wer mag es den Ruchbachern verargen, daß sie ängstlich auf den Sturmwind horchten, der um ihre Häuser pfliff und an ihren Fenstern rüttelte?

Und dann kam der 16. Dezember. Ein winterlicher Sonntag von freundlichem Ansehen. Ein Sonntag wie so viele andere mit Messe, Hochamt und Predigt. Mit Frühshoppen im Gasthaus zur Post, gesottenen und abgebräunten Würsten, und Weißwein dazu. Mit einer gebratenen Gans zu Hause und einem Nachmittagschlafchen.

Aber von da ab veränderte sich der feiertägliche Lauf der Ereignisse. Der Spaziergang mit Weib und Kind unterblieb, der Tarol beim Unterbräu wurde nicht gespielt. Die friedliche Erholung war verdrängt durch erbitterten Kampf. Den Nachmittag um vier Uhr war der große Saal im Sternbräu dicht besetzt. In langen Reihen waren Tische und Bänke aufgestellt; kein Platz war leer. Für die Honoratioren Ruchbachs waren vor der Rednerbühne einige Tische reserviert; hier saßen der Bürgermeister Huber und der alte Rentamtman Zinkel. Neben ihnen der Amtsrichter Kroiß, welcher als eifriger Anhänger der ultramontanen Partei bekannt war. Er unterhielt sich lebhaft mit dem Abgeordneten, Dekan Meß, welcher heute nicht fehlen durfte. Man sah außer ihm noch manchen Herrn im geistlichen Habit; meist behäbige Männer, deren Gesichtszüge mehr Gutmütigkeit als Fanatismus verrieten.

(Fortsetzung folgt.)

Ihm gebührenden Platz angewiesen hat? Wie soll ich es nicht lieben? Dann kam die schauerhafte Tragödie von Denshawai — die öffentliche Durchpeitschung und Hinrichtung von mehreren Bauern, die einige englische Offiziere angegriffen hatten, und lehtin die revolutionären Bewegungen in Persien und der Türkei. Alle diese Ereignisse haben mitgewirkt und die nationalistische Bewegung in Ägypten aufgestachelt, aber erzeugt haben sie sie nicht.

Wer die Verhandlungen auf dem Genfer Kongress verfolgt hat, mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß die nationalistische Bewegung in Ägypten siegen wird. Die gesamte intelligente Jugend hat sich ihr angeschlossen, und ihr zur Seite stehen fast sämtliche bestehenden Klassen, die Gutsbesitzer und die Kaufleute. Auch ein gut Teil der Geistlichkeit findet sich in ihren Reihen, wie sogar die Mehrheit der Staatsangestellten. Die beiden Vertretungskörper, der Legislative Rat und die Allgemeine Versammlung, haben in ihrer Session Anfangs dieses Jahres die Forderung noch einer Konstitution einstimmig aufgestellt und selbst der „Genfer von Denshawai“, der Staatsanwalt, der den Prozeß geführt hatte, Helbani Bey, ist lehtin in die nationale Partei eingetreten. Freilich wird England sich alle Mühe geben, um die Herrschaft über das Land zu erhalten. Bereits ist eine Verordnung erlassen, die die Freiheit der Presse beschränkt, und anlässlich mancher Straßendemonstrationen der jungen Studenten kam es zu brutalen Ausschreitungen der Polizei und des Militärs. Klein Ägypten ist nicht Indien, weder sozial noch politisch noch völkerrrechtlich, und der Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit hat dort viel bessere Aussichten und Gelegenheiten als hier. Einmal wird Ägypten zweifelsohne seine Selbständigkeit zurückbekommen und den neuen konstitutionellen Staaten des Orients sich angliedern. Somit wird ein neues, bisher gehemmes Land der karitativischen Kultur erschlossen und jener Entfaltung der modernen Produktivkräfte zugänglich werden, die allein die Verwirklichung des Sozialismus möglich macht.

Schnapsfragen.

In Leipzig ist der Schnapsboykott beschlossen worden, ohne daß ihm in der Presse oder den Organisationen eine Diskussion vorangegangen war. Die Meinungsverschiedenheiten kommen daher in einer nachträglichen Diskussion zur Aeußerung. Dabei tritt nicht unbedeutend die Meinung hervor, daß der Schnapsboykott eigentlich ein unüberlegter voreiliger Beschluß sei, der besser nicht gefaßt wäre, und nach dem jedenfalls wegen seiner Zweideutigkeit nicht allzu strenge verfahren werden soll. Nun sind wir keine Buchstabenknechte; wenn ein Beschluß sich in der Praxis als nicht durchführbar erweist, kann man nicht gewalttätig die lebendigen Menschen nach der toten Formel biegen. Aber betont muß dabei werden, daß darin, daß man einen Parteitagbeschluß für verfehlt hält, noch kein Grund liegt, ihn zu mißachten, und daß er nicht bloß für diejenigen gilt, die mit ihm einverstanden sind.

In der Neuen Zeit hat Genosse Mehring den Enthusiasmus, womit der Antrag Löbe ausgenommen wurde, aus der augenblicklichen Physiologie und Psychologie des Parteitages zu erklären gesucht; und er meint, in einem anderen, besonnenen Moment wäre der Antrag nicht so glatt angenommen worden. Das mag stimmen; aber daraus ergibt sich noch nicht, daß der Enthusiasmus Unrecht hatte. Jede neue Kampagne eröffnet Ausblicke, die zur Begeisterung hinreizen, und hat zugleich ihre Schwierigkeiten, die dann leicht zu gering geschätzt werden, in nüchternen, besonnenen Augenblicken dagegen oft so riesengroß erscheinen, daß man an der ganzen Aktion verzweifeln möchte. Die Erkenntnis der Schwierigkeiten ist für die Wahl der Taktik notwendig, aber der Enthusiasmus, der sie gering achtet, ist die Kraft, die große Erfolge erringt.

Nun spielt in der Beurteilung des Schnapsboykotts nicht nur der sozialistische Standpunkt, sondern auch der Standpunkt zur Alkoholfrage stark mit. Natürlich besteht bei der Masse der Genossen, die den Sozialismus theoretisch und praktisch kennen, in der Hauptsache keine Uneinigkeit. Wir sind einig darin, daß die Hauptursache des Schnapsmißbrauchs in der kapitalistischen Ordnung, namentlich in den Arbeitsverhältnissen liegt; und auch darin, daß die Praxis der Arbeiterbewegung am wirksamsten den Alkoholismus zurückdrängt. Auch darüber, daß der Alkohol nicht nützlich, sondern schädlich für den menschlichen Organismus und namentlich für die Arbeiterbewegung ist, wird es unter uns keine Meinungsverschiedenheit geben; denn keiner wird den Arbeitern raten, sich durch einen Schnaps zum besseren Verständnis eines Vortrages vorzubereiten, und bei großen Streiks wird der Alkohol sofort mit dem Bann belegt. Aber trotz dieser Uebereinstimmung in der Hauptsache wird der Abstinenten den Alkoholgebrauch mit andern Augen ansehen als der, der ihn als harmloses Genußmittel betrachtet, und daraus ergibt sich dann von selbst eine andere Stellung zum Schnapsboykott.

Denn der Schnapsboykott ist nicht bloß eine Steuer- verweigerung. Wäre er eine einfache Steuer- und Liebesgabenverweigerung, dann könnte er schwerlich als nur-moralische Empfehlung für die Parteigenossen gelten, die zu befolgen jedem nach eigenem Ermessen überlassen wird. Gewiß hat der Gedanke, den Junkern einen Teil ihres Raubes aus den Taschen zu jagen, den Anstoß zu dem Leipziger Beschlusse gegeben. Aber für eine wirtschaftliche Schädigung der Junker allein, oder für eine Abwägung der Steuern in einer anderen Form, z. B. eines Tabak- oder Fleischboykotts, wäre nicht dieser Enthusiasmus aufgefammt. Der Gedanke an die schweren geistigen und moralischen Schäden, die der Schnaps den Arbeitern zufügt, hat nicht weniger zum Beschlusse mitgewirkt. Nicht nur die Junker als Volksverwahrer, sondern auch als Volksvergifter wollen wir treffen; nicht nur ihre Beute, sondern auch ihre Opfer wollen wir ihnen entreißen.

Deshalb liegt auch das Schwergewicht des Beschlusses in den Massen außerhalb der Partei. Mit Recht wies Genosse Mehring darauf hin, daß ein Schnapsboykott, woran sich nur die Parteimitglieder beteiligen, den Junkern nicht weh tun würde. Denn die schnapskonsumierenden Massen werden von den Arbeitern gebildet, die noch am wenigsten von der Arbeiterbewegung berührt sind, und von den bürgerlichen Schichten, auf die wir gar keinen

Einfluß haben. Das muß auch besonders gegenüber den Wortführern der Abstinenten betont werden, die sich entweder dem Glauben hingeben, der Beschluß bedeute für jeden Genossen den Zwang zur Abstinenz bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei, oder die, wenn sie darin des Besseren belehrt werden, den ganzen Beschluß als wertlos betrachten. Die Partei hat auch bei anderen Gelegenheiten moralische Pflichten für ihre Mitglieder ausgesprochen, ohne diese durch eine bindende Vorchrift gewaltsam zu erzwingen. Eine Partei, die für ein bestimmtes ökonomisches Ziel kämpft, wird die Verpflichtungen, die für ihre Mitglieder bindend sein sollen, immer auf das kleinste Maß dessen beschränken, was zur gemeinsamen Aktion direkt notwendig ist, und da draußen der Freiheit des einzelnen den weitesten Spielraum lassen. Diese weitgehende Toleranz liegt im Wesen unserer Partei. Und die Erfahrung hat auch gezeigt, daß eine deutliche Grundhaltung ihres Standpunktes in einer Parteitagsresolution auf die Dauer eine größere und tiefere Wirkung ausübt als ein formelles Zwangsgebot.

Der Leipziger Beschluß bedeutet keine Einmischung in unser Privatleben, sondern eine Richtlinie für die Parteitaktik. Hat er einen Sinn, so kann es nur dieser sein, daß unter der ganzen Arbeiterklasse eine energische Agitation für den Schnapsboykott entfacht wird. Mehr als bisher soll in unserer Aufklärungsarbeit unter den rückständigsten Massen der Kampf gegen den sie verdummenden und verflachenden Alkoholismus betont werden. Die oft gehörte Ansicht, eine besondere Bekämpfung des Alkoholismus sei unnötig, da die wirtschaftlichen Verhältnisse, in diesem Fall die Arbeiterbewegung, ihn von selbst eindämmen, zeugt von Doktrinarismus. Dann könnte man gerade so gut die gewerkschaftliche und die sozialistische Agitation für überflüssig erachten, da der Kapitalismus von selbst zur Organisation treibe. Alle gesellschaftlichen Kräfte wirken nur vermittelt der Menschen. Ausschlag auf Erfolg hat aber ein solcher Kampf nur, wenn er als Teil des großen Klassenkampfes auftritt. Ein Kampf, der sich zugleich gegen die politische Unterdrückung durch die Junker und gegen die Vergiftung durch den Junkerschnaps richtet, wird in beiden Punkten einen besseren Erfolg haben. Die Wirkung auf die Agitatoren wird dabei kaum geringer sein als auf die Hörer; die uns zur Pflicht gemachte Agitation für den Schnapsboykott in den breiten Massen wird mehr als irgendein Verbot die Reste des Schnapsgebrauches innerhalb der Partei beseitigen.

Der Leipziger Beschluß darf daher weder als zweideutig noch als unbesonnen und verfehlt betrachtet werden. Wenn der Schnapsboykott die Junker auch nicht rasch zum wirtschaftlichen Bankrott bringt, so dürfen diese darüber noch nicht frohlocken. Der geistige Gewinn ist für uns der wichtigere, und jede Zurückdrängung des Schnaps- teufels bei den verelendeten Sklaven des Kapitals wird den politischen Bankrott der Junker beschleunigen.

Generalversammlung der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Zu der am Dienstag, den 30. November, im großen Saale des Volkshauses abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse hatten sich 50 Vertreter der Arbeitgeber und 313 Vertreter der Kassennmitglieder eingeschrieben. Nach einer kurzen Uebersicht über die seit dem 1. Januar d. J. stattgefundenen Vorstand- und Kommissionsgeschäften, die Mitgliederbewegung, die Krankenprognosen usw. gab der Vorsitzende Pollender eine Schilderung der Wirksamkeit der nun 25 Jahre bestehenden Krankenversicherung.

In Leipzig traten 1884 18 verschiedene Ortskrankenkassen und 1 Gemeindeversicherung ins Leben. Diese Proliferation zeitigte aber Unzulänglichkeiten der mannigfachen Art. 1885 wurde deshalb zunächst ein Kasserverband gegründet, der die Geschäftsführung sämtlicher Kassen in die Hand nahm und mit logischer Konsequenz ergab sich aus dieser Verbesserung die völlige Verschmelzung der Einzelkassen zu einer gemeinsamen Ortskrankenkasse, die am 1. Januar 1887 ins Leben trat. Der erhoffte Erfolg der Verschmelzung ist nicht ausgeblieben. Der 10 Jahre später erschienene Sammelbericht besagt hierüber:

Die Krankheitsgefahren verteilen sich bei einer großen Klasse auf dreiere Schichten der Versicherten, was besonders wichtig ist bei Epidemien oder bei Krankheitsarten, die in gewissen Berufs- oder Altersklassen zeitweise epidemisch eintreten, und vor allem ist auch die Leistungsfähigkeit der Klasse nach jeder Richtung hin in feste und dauerhafte Weise gelenkt.

Von Anfang an stehen übrigens in den Diensten der Leipziger Krankenversicherung bis heute nicht nur 2 Beamte, sondern auch 20 Leipziger Ärzte, mehrere Apotheker, Bandagisten, Masseure usw. Mit 20 583 Mitgliedern war die gemeinsame Ortskrankenkasse ins Leben getreten, am 1. Oktober 1900 betrug ihre Zahl 177 353, wovon 122 000 auf das männliche Geschlecht und 55 000 auf das weibliche Geschlecht entfallen. Unter der ausschlaggebenden Mitwirkung der Arbeiter in der durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleiteten Selbstverwaltung sind die Leistungen der Kasse weit über das gesetzliche Mindestmaß gestiegen.

Von 1884 an bis 1900 belief sich die Gesamteinnahme auf über 78 Millionen, die Gesamtansgabe auf über 72 Millionen, so daß ein Vermögensbestand von rund 4 Millionen Mark verblieben ist. Der Jahresetat für 1900 wird voraussichtlich in Einnahme und Ausgabe mit rund 7 Millionen Mark bilanzieren. Seit Bestehen der gemeinsamen Ortskrankenkasse, also seit 1. Januar 1887, waren bis Ende 1900 1 050 912 Fälle erwerbsunfähiger Krankheit mit insgesamt 22 200 402 Krankheitstagen zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Krathonorar belaufen sich von Anfang an auf 14 878 180 Mk. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Kassennärzte im Kassengebiet 321; daneben hat die Kasse zurzeit noch mit 104 auswärtigen Ärzten über die Behandlung von Kassenpatienten Vereinbarungen getroffen. Die Zahl der seit 1880 bis 1900 in den Heimstätten behandelten Fälle beläuft sich auf insgesamt 22 054 mit 573 520 Verpflegungstagen. Gegenwärtig steht die Kasse mit 58 im Kassengebiet gelegenen Apotheken im Vertragsverhältnis, daneben sind noch mit 30 auswärtigen Apotheken Vereinbarungen getroffen. Für die Behandlung der Kassennmitglieder in geschlossenen Krankenanstalten stehen zur Verfügung 6 Krankenhäuser, 42 Privatkliniken und 18 auswärtige Kurorte, in welsch letzteren die Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse Bergnützlichungen genießen. Ferner sind für die Behandlung der Kassennmitglieder gegenwärtig zugelassen 22 Wälder, 17 Masseure und 22 Masseusen. Außer mit 34 Mitgababestellen steht die Kasse noch mit 87 sonstigen Lieferanten in Verbindung. Zur Auszahlung des wöchentlichen Krankengelds sind im Stadtgebiet 8 Filialstellen errichtet. Zur Empfangnahme der An- und Abmeldungen sind im Kassengebiet 50 Meldestellen vorhanden.

Außer den geräumigen Kassenlokale in den Gebäuden an der Gellertstraße und der Querstraße befinden sich im Besitz der Kasse noch die ehemaligen Beratungsanstalten in der Sophienstraße, in der Karl-Heine-Straße zu Altona und in der

Böhmestraße zu Gohlis. Mit dem 1. Januar 1910 wird auch das Erholungsheim für Nerventränke zu Rannhof in den Besitz der Kasse übergehen.

Diese gewaltige Ausdehnung des Wirkungskreises der Leipziger Kasse war nur denkbar bei der erstelsten Zentralisation im Leipziger Krankenversicherungswesen, die bis zu 90 Prozent aller versicherungspflichtigen Arbeiter durchgeföhrt worden ist, denn neben der Leipziger Ortskrankenkasse bestehen im Stadtgebiet nur noch 14 Betriebskrankenkassen mit insgesamt 13 554 Mitgliedern und 5 Zunftkrankenkassen mit insgesamt 6265 Mitgliedern. Mit dem 1. Januar 1910 wird übrigens eine der 14 Betriebskrankenkassen, nämlich die Brandtlersche, mit 570 Mitgliedern in die Ortskrankenkasse aufgehen.

Das Arbeitsgebiet der Kassenverwaltung ist aber noch ein erheblich größeres als bisher schon angedeutet. Bekanntlich ist die Leipziger Kasse auch Organ der Landesversicherungsanstalt Anhaltreich Sachsen und sie vertrat als solche von 1861 bis 1908 an Beiträgen die Summe von 33 025 234 Mk. Auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden seit 1897 bis 1908 11 108 Anträge zur Uebernahme eines Selbstvermögens gestellt. Ferner wurden seit 1893 bis 1908 Rentenbewilligungsanträge gestellt auf Invalidenrente 10 761 und auf Altersrente 1976. Anträge auf Milderung von Beiträgen wurden gestellt 32 543 anlässlich der Eingehung einer Ehe und 4120 anlässlich des Ablebens von Versicherten.

Dies gewaltige Arbeitsgebiet der Kassenverwaltung wird gegenwärtig mit 850 Beamten bearbeitet. Außer dem Vorstand haben ferner noch etwa 300 freiwillige Krankendieser, an deren Spitze die sogenannte Sanitätskommission steht, eine regelmäßige Tätigkeit im Dienst der Kasse auf.

Anlässlich des Vorkommens des Tages, an dem die Krankenversicherung 25 Jahre besteht, hat der Kassenvorstand in Erinnerung gezeigert, den Kassennbeamten abermals eine Gehaltsaufgabe zu gewähren. Es konnte aber auf die Verwirklichung dieses Gedankens nicht zugestimmt werden, ohne zugleich auf eine Erhöhung der Kasseneinnahmen Bedacht zu nehmen, zumal auch verschiedene andre neuere Anforderungen an die Kasse herantraten.

Der Vorsitzende gedankt hierauf dem Erholungsheim für männliche Nervöse in Rannhof, der mit einem Kassennarzt getroffenen Vereinbarung über Einweisung weiblicher Nervöser in das von ihm in Dorsdorf errichtete Heim, berührt eine Differenz des Kassenvorstands mit dem Gewerkschaftsartikel hinsichtlich der seinerzeit veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und tritt nach weiteren Mitteilungen über eine vom Gesundheitsamt des Rats der Stadt Leipzig vorgenommene Revision der Bureauräume, die zu Erinnerungen Anlass nicht gegeben hat, in die eigentliche Tagesordnung ein. 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. Von seiten der Arbeitgeber wurden einstimmig die Herren Magnus und Generaldirektor Brück als Mitglieder bzw. als Stellvertreter gewählt; von seiten der Kassennmitglieder ebenfalls einstimmig die Herren Streck und König als Mitglieder, Herr Bergl als Stellvertreter gewählt.

2. a) Bericht des Finanzausschusses. Diesen erstattet Herr Littmann als Vorsitzender des Ausschusses. Danach betragen die voraussichtlichen Einnahmen im laufenden Jahre etwa 6 978 000 Mk., die Ausgaben 6 928 000 Mk. Der Ueberschuss kann daher mit 50 000 Mk. angenommen werden. Weiter verbreitet sich Herr Littmann über die einzelnen Kapitel der Einnahmen und Ausgaben, über das Gesamtvermögen der Kasse und die Vermögensanlage.

b) Bericht des Verfassungsausschusses. Herr Reinhardt, der den Bericht erstattet, gibt nähere Angaben über die Anzahl der Fälle, in denen gemäß § 50 des Krankenversicherungsgesetzes von Arbeitgebern die entstandenen Krankheitsauswendungen infolge unterlassener Anmeldepflicht zurückzuführen gewesen sind, und über die Art der Erledigung, über die Arbeitgeber, gegen die gemäß § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes wegen Nichtablieferung der Beiträge bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden ist, über deren Bestrafungen, über die Verleumdungsakten, in denen freiwillige Krankendieser in Ausübung des Dienstes beleidigt worden sind, und erwähnt schließlich die Namen der gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten für den Rest der unteren Verwaltungsbehörde für die nächsten fünf Jahre.

c) Bericht des Sanitätsausschusses. Herr Schmidt als Vorsitzender des letzteren berichtet, daß die Angelegenheiten des Ausschusses in 38 Sitzungen erledigt worden seien; diese Angelegenheiten waren verschiedenartiger Art: Zulassung von Masseuren, Bandagisten, Kerzen, Beschwerden gegen letztere von Kassennmitgliedern usw. Zu dem Bericht bringt Herr Scheibner eine Beschwärde des Mitgliedes Hermann Misse über nicht befriedigende Gewährung eines künstlichen Harnesersatzes und die vorausgegangene Untersuchung durch den Verordnetenarzt vor. Auf Grund der Akten gibt der Vorsitzende aufzuführenden Bericht, wodurch sich die Sache erledigt.

Herr Wittig erstattet in der Uebersicht über die Erledigung für die Kassennmitglieder durch Abgabe der Vadelkarten in den Meldestellen usw. herbeizuföhren und zu gestatten, daß der Besuch der Erholungsstätte Rannhof durch die Generalversammlungsvorstellung erfolgen kann. Der Vorsitzende sagt bezüglich des ersten Punktes Verleumdung zu; auf den andern Punkt werde in der nächsten Generalversammlung zurückgekommen werden.

Zu dem vom Vorsitzenden am Eingange der Versammlung gemachten Mitteilung bezüglich der Differenz des Kassenvorstands mit dem Gewerkschaftsartikel in der Anstellungsfrage befaßt Herr Amorn die Stellungnahme des Kassenvorstands, was dem Vorsitzenden die Veranlassung zu einer längeren Erörterung und Rechtfertigung gibt. Herr Ehrlich beantragt Uebertragung zur Tagesordnung. Der Antrag wird angenommen.

Herr Littmann nun wendet sich gegen die vom Vorsitzenden event. in Aussicht gestellte Erhöhung der Beiträge, gegen die er als Vertreter der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die den letzteren durch den vorliegenden Entwurf der Reichsversicherungsordnung auferlegten Mehrbelastungen protestieren müsse.

Herr Silkenberg wünscht die Zulassung der Drogaisten in der Befreiung der Arzneien. Der Vorsitzende verweist auf die mit den Apothekern vereinbarten Verträge, die zunächst eine Berücksichtigung des Wunsches nicht zulassen, doch werde der Kassenvorstand in eine abermalige Erörterung dieser Frage eintreten.

Nachdem Herr Kühler gegen die Verschreibeweise der Medizin ohne ärztliche Untersuchung gesprochen und Herr Wittig zu den Ausführungen des Herrn Littmann über die Beitragsbefreiung im Sinne der Arbeiter Stellung genommen hat, erfolgt Schluß der Versammlung.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse Leipziger Metallarbeiter.

II.

In den Werkzeugmaschinenfabriken waren Betriebe vorhanden 1907: 25 mit 1139, 1908: 25 mit 974 Arbeitern. Es ist also auch hier ein Rückgang von 104 Arbeitern zu verzeichnen. 1907 beschäftigten bis zu 25 Arbeiter 11 Betriebe, 20—100 Arbeiter ebenfalls 11 und 101—500 Arbeiter 3 Betriebe, 1000 beschäftigten bis zu 4 Arbeiter 14 Betriebe, 20—100 Arbeiter 9 Betriebe, 101—500 Arbeiter 2 Betriebe. Einen Rückgang in der Arbeiterzahl hatten 13 Firmen und zwar zusammen mit 233 Arbeitern; eine Zunahme hatten 3 Firmen mit zusammen 29 Arbeitern. Bei der Firma Bittler (Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik in Wahren) war die Zahl der Arbeiter im Vorjahre bis auf 150 gefallen, beträgt aber gegenwärtig wieder 270.

der Pechlinge; die Zahl der Arbeiter über 50 Jahre 17, ein Beweis dafür, daß man alte Arbeiter in den Werkzeugmaschinenfabriken nicht gerne beschäftigt. Bemerkenswert ist weiter, daß die Zahl der Arbeiter in fast allen Berufen bis auf verschwindende Ausnahmen zurückgegangen ist, nur bei den Metallarbeitern ist eine Zunahme von 28 zu verzeichnen. Auch die Metallarbeiter haben sich um 10 vermehrt. Das bestätigt, daß auch in den Werkzeugmaschinenfabriken die Tendenz besteht, die gelerntten Arbeiter durch ungelernete zu ersetzen.

Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 1907 in 1 Betriebe mit 34 Arbeitern 8 1/2 Std., 2 Betrieben " 53 " 9 " 8 " " 476 " 9 1/4 " 1 Betriebe " 19 " 9 1/4 " 12 Betrieben " 500 " 10 " 1 Betriebe " 27 " 11 "

Unter 10 Stunden arbeiteten 580 Arbeiter und darüber 58 Arbeiter.

Die tägliche Arbeitszeit betrug 1907: in 1 Betriebe 51 Stunden, 2 Betrieben 54 Stunden, 1 Betriebe 50 Stunden, 7 Betrieben 57 Stunden, 2 Betrieben 58 Stunden, 2 Betrieben 59 Stunden, 9 Betrieben 60 Stunden, 1 Betriebe 65 Stunden; 1908 in 1 Betriebe 51 Stunden, 2 Betrieben 54 Stunden, 4 Betrieben 56 Stunden, 5 Betrieben 57 Stunden, 3 Betrieben 59 Stunden, 2 Betrieben 59 Stunden, 7 Betrieben 60 Stunden, 1 Betriebe 61 Stunden. Eine Verkürzung der regulären Arbeitszeit ist eingetreten auf Betrieben der organisierten Arbeiter in 4 Betrieben, und zwar: 1 Betrieb um 4 1/2 Stunden, 1 Betrieb um 4 Stunden, 1 Betrieb um 3 Stunden und in 1 Betriebe um 1/2 Stunde pro Woche. Ueberstunden wurden 1907 in 17 Betrieben gemacht, der Zuschlag für diese betrug: 1 Betrieb 50 Prozent, 2 Betriebe 25 Prozent, 2 Betriebe 15 Prozent, 3 Betriebe 10 Prozent, 5 Betriebe 10 Pfg., 1 Betrieb 5 Pfg. pro Stunde. Bei einer Firma gab es Zigarren als Nebenprodukt. Verkürzt wurde die Arbeitszeit in den letzten 2 Jahren in 2 Betrieben und zwar in einem Betriebe um 1 Stunde und in einem Betriebe um 2 1/2 Stunden.

Die sanitären Einrichtungen ergaben folgendes Bild:

Speiseräume in genügender Weise waren vorhanden in 8 Betrieben, Ankleideräume in 13, Garderobeschränke in 8, Klore in 21, Waschräume in 10, Spundrümpfe in 5, Heizung in 13, Heizung in 5, Beleuchtung in 23, Reinigung in 17, Schutzvorrichtung in 10, Verbandkästen in 23 Betrieben. Auch in dieser Berufsgruppe lassen die sanitären Einrichtungen sehr viel zu wünschen übrig. Schon die Tatsache, daß nur in 5 Betrieben genügend für Heizung gesorgt ist, spricht Bände.

Strafgeelder wurden abgezogen in 4 Betrieben, von denen in 3 Betrieben den Arbeitern eine Kontrolle über deren Verwendung zusteht. Die Lohnzahlung erfolgt in 24 Betrieben wöchentlich, in 1 Betriebe 14tägig, in 17 Betrieben Monatsweise und in 8 Betrieben freitags. Im Zeitlohn arbeiten ständig 600 Arbeiter, im Stücklohn ständig 200 und gemischt 127. Der Durchschnittslohn pro Stunde beträgt im Zeitlohn für Schlosser 40 Pfg., für Dreher 44, für Werkzeugschlosser 45, Bohrer und Fräser 40, Hobler 42, Schleifer 41, Revolverdreher 37, Hilfsarbeiter 37 Pfg.; im Akkord: Schleifer 64, Fräser 58, Werkzeugschlosser 57, Revolverdreher 50, Hobler 54, Bohrer 52, Schlosser 55 Pfg. Der niedrigste Lohn im Zeitlohn betrug bei den Hilfsarbeitern 22, Revolverdreher 24, Bohrer 30, Fräser 32, Schlosser 33, Dreher 34, Schleifer 35, Hobler 36, Werkzeugschlosser 38 Pfg.; im Akkord: Fräser 37, Bohrer 40, Schlosser 42, Dreher 45, Revolverdreher 48, Schleifer und Hobler 50 Pfg. Der höchste Lohn im Zeitlohn: Schlosser 65, Dreher 61, Werkzeugschlosser 55, Fräser und Schleifer 55, Bohrer und Hobler 50, Revolverdreher und Arbeiter 45 Pfg.; im Akkord: Schleifer 75, Fräser, Dreher und Hobler 70, Schlosser 68, Bohrer 60 Pfg. Abzüge sind in den letzten 2 Jahren gemacht worden bei Püttler durchschnittlich 10 Prozent. Leider konnten sich auch diese Arbeiter nicht zur Abwehr aufraffen, trotzdem sie von der Verbandsleitung unterstützt worden waren, energisch gegen die Abzüge Front zu machen. Bei der Firma Franz u. Maschmann wurden den Fräsern 10-15 Prozent abgezogen.

Daß durch Einigkeit und gute Organisation etwas erreicht werden kann, beweist, daß es den Arbeitern von Serrta gelungen ist, die Akkordarbeit zu beseitigen, zweimal eine Lohnerhöhung durchzusetzen und Mindestlöhne in der Höhe von 40-47 Pfg. durchzusetzen.

Von den Arbeitern der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorn. Püttler in Wahren wird über das Verhalten einiger Meister und die Behandlung, die diese den Arbeitern angedeihen lassen, lebhaft Klage geführt. Besonders ist es Meister W. C., der früher selbst Verbandsmitglied gewesen ist, der seinen ehemaligen Kollegen eine Behandlung angedeihen läßt, die jeder Beschäftigte spottet. Brachte er es doch sogar fertig, einem Arbeiter die Entlassung anzukündigen, weil er krankheitsbedingt nicht in der Lage war, die Arbeit zu verrichten. Auch Obermeister P. liegt verstreut nicht in den feinsten Tönen mit den Arbeitern; besonders die Schlosser haben darunter zu leiden. Bemerkenswert ist, daß die Schlosser mit einem Anfangslohn von 40 und 42 Pfg. pro Stunde entlassen werden.

Ungewöhnlich sind besonders die Abzüge, wenn man bedenkt, daß die Firma in den letzten 3 Jahren eine Dividende von 20 Prozent ausgeschüttet in der Lage war. Der erzielte Reinertrag betrug im Jahre 1906 1507 Mark und 1907 1012 Mark pro Arbeiter.

Was in allem bleibt der Organisation in diesen beiden Betriebsgruppen noch sehr viel zu tun übrig. Die Zahl der beteiligten Arbeiter, die der Organisation noch fernstehen, ist noch ziemlich groß. Nur rastloses Arbeiten aller Organisierten im Dienste der Organisation kann hier Wandel schaffen.

Bewerkschaftsbewegung.

Eine Probe auf die revisionistische Gewerkschaftsmethode.

In der belgischen Abgeordnetenkammer wurde dieser Tage die sozialistische Interpellation über den Streik in der Fabrik künstlicher Seide „Viscose“ in Wallst verhandelt. Die Fabrikation der künstlichen Seide hat im Laufe der letzten zwei Jahre in Belgien einen großen Umfang angenommen und namentlich in Wallst und Tubize die Gründung von großen Fabriken herbeigeführt. Nun ist die Arbeit in diesen Fabriken, wo in der Hauptache

Alkohol, Aether und Schwefelsäure verwendet wird und wo die Arbeiter zum Teil in von Salpetersäure durchfeuchteten Kellern verbleiben müssen, im höchsten Grade gesundheitsschädlich. Die ungelerneten weiblichen Hilfsarbeiterinnen, die den größten Teil des Arbeitspersonals ausmachen, atmen den ganzen Tag Alkohol- und Aetherdämpfe ein, so daß sie am Abend tatsächlich betrunken sind, und die Unglücklichen sich demachen benehmen, daß in Tubize ein besonderes Polizeiaufgebot jeden Abend ihren Ausgang überwachet, um „gegen die Sitten verstoßende Ausschreitungen“ zu verhindern. Die Krankenversicherungsanstalten, die in Belgien private Unternehmungen sind, da es hier keine staatliche Arbeiterversicherung gibt, nehmen denn auch keinen Arbeiter oder keine Arbeiterin aus diesen Betrieben auf. Der Umstand ist um so schlimmer, als es in Belgien keine nennenswerte gesetzliche Regelung der Gesundheitsverhältnisse in industriellen Betrieben und keine irgendwie zulängliche gewerbliche Aufsicht gibt. So hatte vor dem Streik in Wallst noch kein „Arbeitsinspektor“ einen Fuß in die Fabrik gesetzt, um die allgemein bekannten und mehrfach öffentlich angeklagten Mißstände in gesundheitlicher Beziehung zu kontrollieren.

Vor vier Monaten traten nun die 500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wallster Viscosefabrik, von denen die meisten bereits dem sozialistischen Textilarbeiterverband angehörten, in den Streik, um eine Besserung der hygienischen Schutzvorrichtungen und eine allgemeine Erhöhung der Löhne zu erringen, die jetzt zum Teil weniger als 20 Pfg. pro Stunde betragen. Der Streik wurde während der letzten zwei Monate mit Hilfe von freiwilligen Unterstützungen der gesamten sozialistischen Arbeitererschaft Belgiens geführt.

Einen verhängnisvollen Einfluß hat nun die Interpellation der Genossen Anseele und Lampens gehabt, die zu dem Zwecke in der Kammer eingebracht wurde, den Arbeitsminister zu Mahregeln zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter zu zwingen, die aber in Wirklichkeit von diesen Genossen als eine Gelegenheit benützt wurde, die Liberalen als die künftige Regierungspartei von den friedlichen Absichten der reformistischen Führer der Arbeiterpartei zu überzeugen. Im Namen des Streikkomitees erklärte Genosse Anseele, daß dieses bereit sei, eine Kündigungsfrist von zwei Monaten im Falle eines Streiks für die Arbeiter anzunehmen, um zu beweisen, daß sie zur „friedlichen Mitarbeit mit ihren Arbeitgeber“ bereit seien, wenn diese nur die streikenden Arbeiter zu denselben Bedingungen wie vor dem Streik ohne Maßregelungen wieder aufnehmen wollten. „Wir könnten zwar“, so erklärte er, „den Streik weiterführen und so die Fabrikleitung vor die Wahl setzen, entweder in unsere Forderung einzuwilligen oder den Betrieb aufzugeben, wir wollen dies jedoch nicht tun, weil wir damit den Klassenkampf schüren würden, den wir vielmehr lindern wollen.“ „Durch die Annahme der zweimonatigen Kündigungsfrist“, sagte er weiter wörtlich, „geben die Arbeiter für alle Zukunft die Waffe des Streiks aus den Händen, weil sie die Sicherheit der Existenz ohne diese Waffe der Unsicherheit, die im Gebrauche dieser Waffe liegt, vorziehen, und weil sie im Vertrauen zu ihren Arbeitgeber lieber in Eintracht und Frieden mit diesen zusammen zum Wohle der Industrie arbeiten wollen. Das ist eine neue, friedlichere und gemäßigtere Auffassung der sozialen Verhältnisse, die sich Bahn bricht und zu der wir uns bekennen, eine Auffassung, die stabilere gesellschaftliche Zustände herbeiführen wird. Es gibt fortan keine Parteien mehr, es gibt nur noch aufrichtige Leute, die guten Willens sind, zusammen an dem Aufschwung unserer nationalen Industrie zu arbeiten.“

Kein Wunder, daß nach dieser Rede eine Resolution Anseele, die den Arbeitsminister zur Intervention in dem Streik auffordert, einstimmig von der Kammer angenommen wurde. Ob darin für etwas anderes als für die bereits offiziell von ihm selber proklamierte Kandidatur des Genossen Anseele zum Posten eines Ministers im künftigen liberalen Kabinett ein Erfolg zu erblicken ist, ist billig zu bezweifeln. Derartige skandalösen Vorgänge haben aber wenigstens das eine Gute, daß sie es ermöglichen, an praktischen Beispielen zu zeigen, wohin der Revisionismus oder Reformismus nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Aktion des Proletariats führt.

Leipzig und Umgebung.

Eingabe um Sonntagsruhe.

In einer Versammlung, die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands einberufen war, wurde folgende Eingabe, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgerwebe, an das Reichsamt des Innern abzugeben beschlossen:

„Die am 1. Dezember 1908 in Leipzig tagende, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands einberufene Versammlung gestattet sich, das Reichsamt des Innern darauf hinzuweisen, daß eine Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgerwebe in dem Sinne, wie sie neuerdings offiziell angedeutet worden ist, den Wünschen der kaufmännischen Angestellten nicht genügt. Die Angestellten, denen man doch in dieser Frage die praktische Erfahrung nicht absprechen kann, sind der Ueberzeugung, daß für alle Geschäftszweige die Sonntagsruhe in Kontoren durchgeführt werden kann.“

Dasselbe gilt für die Sonntagsruhe in den offenen Verkaufsstellen. Daß ein Verbot der Sonntagsarbeit in Ladengeschäften durchführbar ist, hat auch die im Frühjahr dieses Jahres vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen vorgenommene Erhebung ergeben, nach der sich 536 Gewerkschaftskartelle im Namen von mehr als anderthalb Millionen Arbeitern vom Standpunkt der Konsumenten wie folgt äußerten:

„Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen am hiesigen Orte durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn an Sonn- und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis eine zweistündige Verkaufszeit in den frühen Vormittagsstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten voll und ganz genügt; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden.“

Die Versammlung bittet das Reichsamt des Innern, in diesem Sinne einen Gesetzentwurf, betreffend das Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, vorzubereiten.“

„Unddruckerbesitzer und Hansabund. Der Verein Leipziger Buchdruckerbesitzer hat sich dem Hansabund angeschlossen. Eine Versammlung stimmte folgender Resolution zu: „Die Verfam-

mellen beschließen einmütig ihre Zustimmung zu den Zielen und Aufgaben des Hansabundes. Sie erblicken in ihnen die Grundlagen, auf denen die gewerbetreibenden Kreise unres Volk des berechtigten Einfluß auf die Gesetzgebung erreichen können.“

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe.

In Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, Hanau, Höchst a. M., Offenbach und Mainz nahmen die im Verband der Maler, Lackierer usw. organisierten Gehilfen in verhältnismäßig gut besuchten Versammlungen zu dem Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen Stellung. In allen Versammlungen wurde mit großer Majorität dem Reichstarifvertragsmuster und den zentralen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit durch die zentrale Verhandlungskommission zugestimmt. Die Versammlungen waren durchweg von gutem Geiste getragen. Man kam aber durch die Diskussion überall zum Ausdruck, daß man dem endgültigen Abschluß des Tarifes nur dann zustimmen könne, wenn er wesentliche Verbesserungen des Lohnes und der Arbeitszeit bringt.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Verband der Friseur hat durch Abstimmung eine zweite Vertragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 30 Pfg. provisorisch eingeführt, da der 50-Pfg.-Beitrag den Gehilfen an den Orten, wo die Löhne noch besonders gering sind, zu hoch erschien. Ueber die obligatorische Einführung der zweiten Vertragsklasse soll der Verbandstag entscheiden.

Ihren Kartellvertrag erneuert haben der Deutsche Buchbinderverband und der Verband der Sattler und Portefeulleur.

Die französische Organisation der Portefeulleur (Chambre syndicale des ouvriers Portefeulleur-Marocquiniers) hat sich der internationalen Vereinigung angeschlossen. Die Adresse des Hauptvorstandes ist: Paris, 3 rue du Chateau d'Eu.

Eingelaufene Schriften.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1910, Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrag des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Seipart. Elfter Jahrgang. Berlin, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis für die Verbandsmitglieder 50 Pfg., durch den Buchhandel 1 Mk. pro Exemplar.

Soziale Rundschau.

Die Gewerbegerichtswahl in Essen a. N. bei der zum erstenmal die von Kruppischen Gelde unterstützten Gelben den Plan traten, hatte folgendes Resultat: Die freien Gewerkschaften steigerten ihre Stimmzahl von 7050 auf 8077; sie erhalten 8, statt bisher nur 7 Sitze; die Christlichen Stimmzahl sank von 8752 auf 7517; sie bekommen 6 Sitze, statt bisher 8; die Demokraten erhielten 1180 nur 489 Stimmen; sie verlieren ihren einzigen Sitz; die Gelben erreichten 276 Stimmen und bekommen 2 Sitze; eine Pollenliste erzielte 345 Stimmen. Der Anteil der abgegebenen Stimmen für die Christlichen betrug 1906: 48,9 Prozent und diesmal 37,4 Prozent. — Angesichts der ungeheuerlichen Wahlmasse für die Gelben durch Krupp ist der Erfolg der freien Gewerkschaften durchaus zufriedenstellend. Die „gelbe Jech“ wird von den Christlichen bezagt.

Von Nah und Fern.

Attentat auf einen Postbeamten.

Berlin. Gestern Abend ist in dem Postamt 60 im Norden Berlin, am Gesundbrunnen, auf den Oberpostassistenten Richard Ebel ein Mordversuch verübt worden. Die Täter hatten es auf die Veranbarung der Schalterkasse abgesehen. Es handelt sich um zwei Verbrecher; einer von ihnen war in den Schalterraum gegangen und hatte von dem Oberpostassistenten für eine Mark Briefmarken verlangt. Als der Beamte die Marken holen wollte, richtete der Verbrecher einen Revolver auf Ebel, feuerte und verletzte Ebel an der Hüfte. Auf die Hüftere des jahleberfallenen stürzte der Verbrecher hinaus, gab einem vor dem Postamt Schmiere stehenden Individuum ein Zeichen, und es gelang den beiden Verbrechern, zu fliehen. Der Postassistent hat einen nicht gefährlichen Streifschuss an der Hüfte erhalten.

Ein Riesenbrand.

Newyork, 4. Dezember. Das volkreichste Stadtviertel Baltimore soll vollständig eingeschert sein. Der Schaden soll drei Millionen Frank betragen und die Zahl der Vermissten auf mehrere Hundert eingeschätzt werden. Wie den Tag gemeldet wird, ist der Brand in demselben Viertel zum Ausbruch gekommen, in dem sich vor fünf Jahren eine gleiche Katastrophe abgespielt. Es ist das an dem Patapska-Flusse gelegene Handelsviertel, die City Baltimore. Trogen der größte Teil der Gebäude aus sogenannten feuerfesten Wollenträgern, aus Stahl und Zement, besteht, hat das Feuer mit ungeheurer Schwindigkeit um sich gegriffen. Der größte Teil der Banken, die Zeitungen und Geschäftshäuser brennen. Der bisher angerichtete Schaden übersteigt bereits 20 Millionen Mark. Der große Bahnhof der Baltimore-and-Ohio-Bahn steht in hellen Flammen, so daß die Abzüge weder aus- noch einlaufen können. Aus Newyork, Philadelphia und Washington ist telegraphisch Hilfe erbeten.

Massenvergiftungen in einer Irrenanstalt. Berlin, 4. Dezember. Es ist jetzt festgestellt, daß in der Irrenanstalt in Friedrichsberg bei Hamburg tatsächlich 203 Erkrankungen vorgekommen sind. Der Verdacht lenkte sich gegen zwei Personen, die mit den Speisen zu tun haben. Die Direktion hat seit langem angeordnet, daß von jeder Speise eine Probe zurückbleiben muß. Von der in Betracht kommenden Speise soll nun merkwürdigerweise keine Probe vorliegen; dies würde den Verdacht eines beabsichtigten Verbrechens erhöhen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 4. Dezember. Wie amtlich bekannt gegeben wird, ist die Auflösung des Parlaments auf den 8. Januar 1910 festgesetzt; die Neuwahlen sollen am 13. Januar beginnen.

Orient, 4. Dezember. An der Küste von Morbihan herrscht heftiger Sturm, die beiden Leuchttürme von St. Croix sind zum Teil zerstört. Mehrere Boote sind untergegangen.

Liverpool, 4. Dezember. Der Dampfer Egan Bannin, der den Passagierdienst zwischen Liverpool und Zeele of Man verkehrt, wird vermisst. Da Rettungsgeräte und die Postbeutel des Schiffes in der Nähe von Liverpool gefunden wurden, nimmt man an, daß das Schiff vom Sturm gegen die Barre des Merseybusens getrieben wurde und dort zerschellt und gesunken ist. An Bord befanden sich 12 Passagiere und 21 Mann Besatzung, die alle verloren sein dürften.

Verantwortung für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Intercontent: Friedrich Piller in Norddorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Diese Nummer umfaßt 32 Seiten.

Oeffentliche Vorträge

Mittwoch, den 8. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr, im **Theatersaale des Krystall-Palastes**, Haupt-Eingang Wintergartenstraße 17/19

Demonstrations-Vorträge

von Frl. Josepha Wirth aus Dessau über „Das Gas und seine praktische Verwertung in Küche und Haushalt“. Vorführung und Ausstellung von Gasapparaten sowie praktische Anleitung zur rationellsten Ausnützung des Gases beim Kochen und Backen.

Nach dem Vortrag: „Kostproben“. Eintritt für jedermann frei.

Am 9. Dezember daran anschließend von 11 Uhr vormittags ununterbrochen bis 7 Uhr abends Vorführung und Anleitung zur Benutzung der aufgestellten Apparate sowie Verabreichung von Kostproben.

21583]

Verwaltung der städtischen Gaswerke.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Felsenkeller, Plagwitz

Gr. Lichtbilder-Vortrag

75 Lichtbilder

Das Problem der Luftschiffahrt.

Vortragender: Genosse Max Grompo, Ingenieur, Berlin. Es wird Gelegenheit geboten, den Stand der Luftschiffahrt und der Flugapparate vom Standpunkt der Arbeiter genau kennen zu lernen.

Eintrittskarte à 20 Pfg.

Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Felsenkeller, Plagwitz

Theater-Aufführung für Kinder

Weihnachtsmärchen.

Eintrittskarte à 10 Pfg. Eintrittskarte à 10 Pfg.

Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeier) im Felsenkeller, Plagwitz

Gr. Unterhaltungsabend

unter Mitwirkung der Leipziger Musiker-Vereinigung, dem Sängerkorps L. West und der Dramatischen Abteilung des Vereins. Einlass 1/8 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Kinder haben nur mit Eintrittskarte Zutritt.

Eintrittskarte à 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Hierzu ladet ein Der Vorstand.

Eintrittskarten zu allen Veranstaltungen sind in den durch Plakat kenntlichen Stellen zu haben. [21254*

Maurer.

Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Volkshauses, Reiter Str. 32.

Tagesordnung:

1. Bericht über die in Berlin stattgefundenen zentralen Verhandlungen betreffend Vertragsmuster für das Baugewerbe.
2. Innere Berufsangelegenheiten. [21554

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Das Mitgliedebuch ist mitzubringen!

Dienstag, d. 7. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr

Töpfer!

Große öffentl. Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Tarifdurchbrüche einzelner Unternehmer. Der Einberufer. [21558]

Verein Hauspflege!

Die Gesuche um Pflegerinnen und die persönlichen Anmeldungen für Pflege werden entgegen genommen von der Sekretärin des Vereins wochentags, vormittags 9-11 Uhr, Armenamt, Thomasing Nr. 11, L. Obergeschloß, Zimmer Nr. 2.

Hierbei nehmen Anmeldungen entgegen vorm. 9-10 Uhr für Leipzig-Stadt: Frau C. Claus, Poststr. 25, I., Ede Kronprinzstr., Frl. J. Lob, Fregestr. 30, I., Gohlis: Frau A. Breslauer, Stallbaumstr. 7, III., Connewitz: Frau Pastor Egor, Pegauer Str. 36, I., Reudnitz: Frau S. Friedel, Döhrstr. 7, I., Anger: Frau Dr. Kubs, Zweinaundorfer Str. 22, I., Neustadt und Neuschönefeld: Frau Dr. Hirschfeld, Eisenbahnstr. 31, Volkmarisdorf: Fräulein B. Bahl, Eisenbahnstr. 103, Lindenau: Frau Pastor Gandorf, Auelienstr., Pfarrhaus, Gutritsch: Frl. E. Rudolph, Wörlitzstr. 5, Kleinzschocher: Frau Pfarrer Lohse, Pfarrhaus.

Nachmittags 2-3 Uhr, Plagwitz und Schleussig: Frau Dr. Kleinnocht, Schleussig, Seumestr. 8, 11.

Der Vorstand.

Restaurant Mönchshof, L.-Gohlis

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen empfehlen unsere freundl. Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Gutgepflegte Biere, kräftiger Mittagstisch. Tel. 11681. P. Anderson u. Frau.

Rafino-Berein Alttranstätt u. Umgeg.

Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 1/3 Uhr

General-Versammlung

1/2 Uhr: Vorstandssitzung.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig. D. V.

Kulmbacher Brauhaus vorm. Keilitz

Petersstrasse 18.

Vorzügl. Kulmbacher Mönchshof-Export, hell und dunkel, à Glas 20 Pfg. — Täglich Spezial-Gerichte, 40-60 Pfg. — Mittagstisch m. Suppe v. 50 Pfg. an. Warm-Frühstück 40 Pfg.

Restaurant u. Café Gutenberg

Johannisstrasse 19, 21.

Halte meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftsraum sowie Gesellschaftszimmer bestens empfohlen. Billard, ff. Biere, Vorzügl. Mittagstisch nach Wahl sowie reichh. Stammkarte. Ergeb. Joh. Rohm.

Restaurant Schneider

Nikolaistr. 47/51. Inh. Rich. Schneider.

Täglich Spezialgerichte. [2500*

Guter bürgerlicher Mittagstisch von 12-3 Uhr.

Löwenbräu-Hof. Spezial-Ausschank Brühl 69

Hell und dunkel 1/10 à 13 Pfg. Gute bürgerl. Küche A Thlome.

Restaurant Transvaal

Kleinzschocher, Bohmuckplatz u. Siemensstr.-Ecke.

Bringe allen Freunden und Genossen meine freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. ff. Crostiger Lagerbier. [5771] Ergebnist Walter Uhlmann.

Sächsisches Haus, Lindenau

64 Karl-Heino-Strasse 84

Empfehlen unsere freundlichen Lokalitäten sowie Speisen und Getränke in bekannter Güte. ff. Vereinsbier. Sonnabends: Schweinsknochen und Speckstücken. [18081] Ergebnist Karl Gloseler u. Frau.

Forsthaus Knautkleeberg. Grosses Prämien-Auskegeln

wozu höchst einladet [21449*] A. Krakowitz.

Grüner Jäger Schleussig

Bringe meine Lokalitäten in Erinnerung. HeiBbare Resonnaden und Regalbahn Nebungslokal des Kraftsportklubs Einigkeit. Th. Thieme.

Stadt Rochlitz

Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Frühstückstube und Gesellschaftszimmer. ff. Biere, kräftigen Mittagstisch. [Schleussig, Rochlitzstr. 5, Telephon 10705. Achtungsvoll H. Junge.

Burgkeller L.-Plagwitz

hält seine Lokalität, bestens empf. Gesellschafts- frei. P. Lehmann.

Gute Quelle Lindenau

Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. [4808* Mit bestem Gruß Matthias Schmidt.

Germania Lindenau

Lützen Str. 68, Ecke Morsburger Str. Naumann-Biere, Reichelbräu.

Bringe meine freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. [11877* Hochachtungsvoll Curt Schilde.

Albertsburg, L.-Kleinzschocher

Empfehle meine freundl. Lokalitäten nebst großen u. kleinen Gesellschaftszimmern. Küche und Keller in bekannter Güte. Urganntlicher Kufenthalt. Hochachtungsvoll Bernhard Franke.*

Altdeutscher Hof Stötteritz.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, 2 Billards, Gesellschaftszimmer, Mittagstisch von 40 Pfg. an. Verschiede jetzt nur echt Bayerisch Bavaris. [8979* Hochachtungsvoll Karl Artelt und Frau.

Taucha, Restaurant zur Börse

empfehle seine Lokalitäten zur freundlichen Vernehmung. [381* Fritz Pessel.

Restaurant Hallischer Hof, L.-Gohlis

Hallische Strasse 129.

Bringe meine freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. ff. Biere, kräftigen Mittagstisch. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. [22980* Achtungsvoll Otto Sack.

§ 11 Restaurant u. Frühstückstube

20 Antonstraße 20 [21581]

Bringe meine frdl. Lokalitäten in empf. Erinnerung. Jed. Sonnabend: Spezialität Eisbein mit Aoh. Jed. Sonntag: Hammelbraten mit Thüringer Klößen. Jeden Tag von früh 8 Uhr an: Warmes Frühstück.

Ergebenst Max Hammer, früher Fideles Bauer, Eldonstr.

Ostende L.-Reudnitz, Oststr. 106.

Heute abend: Hauschlacht, Schweinsknochen. — Morgen Sonntag: Unterhaltungsmusik. — Freundlichst ladet ein Rich. Wolker.

Restaurant Barbarossa L.-Gohlis

Johann-Georg-Str. Morgen Sonntag Pfannkuchenschmaus [21758] Hochachtungsvoll C. Wagner.

Bereinszimmer und Regalbahn frei.

Oetzsch ♦ Mittelpunkt ♦ Oetzsch

Heute Grosses Nachtschlachtfest. Sonnabend Freundlichst ladet ein [21810] Max Illge.

Gambrinus, Connewitz

hält seine Lokalitäten den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Vergnügen und Versammlungen bestens empfohlen. Hochachtungsvoll Alois Breiler.*

Zur Erholung Connewitz

Bornalsche Str. 18. Empfehle meine neu renovierten Lokalitäten. Schöner Familienaufenthalt. Küche und Keller wie bekannt. Küdderitzsch, früher: Stadt Hannover.*

Jul. Schümichen

Gegründet 1875. * Telephon 1178.

Kaffeehandlung, Leipzig, Schützenstrasse 5.

Geröstete Kaffees 110-200 Pfg. per Pfund.

August Stephan Glinka

in so reichem Maße entgegengebracht worden sind, sagen wir hierdurch unsern tiefgefühltesten Dank.

L. Volkmarisdorf, am Begräbnistage. [21700] Mario Grünert geb. Glinka im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Ernst Robert Voigt.

Dies zeigt schmerz erfüllt an L. Thonberg, Reichenhainer Str. 48, I.

Die trauernde Gattin Marie Voigt nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, vormittags 11 Uhr, vom Trinitatisfriedhof aus statt. [21698]

Franz Rotter.

Am Donnerstag verstarb unser Verbandskollege Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig.

Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr auf dem Lindenauer Friedhof. [21724]

Gummi-Artikel

Woch.-u. Kr.-Pfg., Bttoln., Mutt.-spr., Mutter-u. Kils ferrohre, Leibb., Luftk., Monatel., Hienfong, Mass., Art., Hal-kettch, Zahn-Klad, r. r. l. 80, Auguste Graf, Neumarkt 5.*

Briketts

bei Benno Grimm

Tauchaer Str. 41.

Mutterspritzen

Leibbind., sämtl. hgg. Gummiart., Gummi-Bindelhofen, Gesundh.-Korsets. Frau vorw. Matthes, Stötteritz, Ferd.-Post-Str. 37, I.*

Politische Uebersicht.

Verurteilt.

Die eigentlichen Angeklagten im Kieler Werkprozess wurden gestern von dem Geschworenengericht freigesprochen. Das preussisch-deutsche persönliche Regiment, das fünf Wochen lang im Kieler Werkprozess unter Anklage gestanden hat, wurde somit verurteilt. Kein Sozialdemokrat, ausschließlich biedere Bürger sahen auf der Geschworenensbank, rund 200 Zeugen wurden vernommen und ebensoviel Akten kamen zur Verlesung; das Urteil gründete sich demnach auf eine sorgfältige und gut bürgerliche Untersuchung der Tatbestände. Dennoch mußten die Geschworenen die im Werkprozess angeklagten Beamten und Händler freisprechen und damit feststellen, daß in Kiel nicht Verbrechen Einzelner, sondern die Mißbräuche eines ganzen Verwaltungssystems aufgedeckt wurden.

Die Staatsanwaltschaft tat alles, um den Zusammenbruch abzuwenden. Haupt- und Staatsaktionen, wie die Geschichte mit dem gefälschten Briefwechsel der Angeklagten Jakobsohn und Franckenthal wurden inszeniert, die Orden und der Reserveoffiziersrang der Belastungszeugen den Geschworenen bedeutsam mitgeteilt und noch gestern leistete sich der erste Staatsanwalt einen Trick, der nur als Akt letzter Verzweiflung begriffen werden kann. Als der Zusammenbruch nahte, wandte sich der erste Staatsanwalt mit den Worten an die Geschworenen:

Ich will die Herren Geschworenen im Gottes willen nicht bitten, im Dunkeln zu tappen und etwa einen Schuldspruch zu fällen, der sich nicht auf ihre Ueberzeugung gründet. Tun Sie das um Gottes willen nicht! Wenn Sie sich nicht klar sind, dann sprechen Sie lieber frei! Aber wenn Sie die volle Ueberzeugung der Schuld haben, dann müssen Sie auch verurteilen, und zwar ohne Mitleid! Wenn Bequadvignung Gründe sich hier herausstellen, dann müssen die beteiligten Stellen, was sie zu tun haben.

Die Geschworenen gingen nicht darauf ein die herausgegriffenen Mitschuldigen eines umfassenden Systems zu verurteilen und mit diesem Urteil das System zu decken, dessen berufener Vertreter so rollständig verhüllt erklärte, daß es sich nur um ein - Schiedsgericht handelte. Sie verurteilten das System, das zu verteidigen die Staatsanwaltschaft so strebsam bemüht war.

Die Verteidigung hatte sich auf juristische Tüfteleien beschränkt. Sie konnte kurz feststellen, daß die Händler nur die bereits vorhandene Korruption und Mißwirtschaft nach guter Krämermoral ausgenützt hatten, sie verzichtete völlig darauf, die moralische Größe der Hamburger Handelsleute zu verteidigen. Daß diese Geschäftsmacher in Kiel unter den Beamten verständnisvolle Seelen gefunden haben, konnte sie ebenso wenig der Anstiftung zum Verbrechen schuldig machen, wie die erwiesene Tatsache, daß der unfornumpierte Teil der Beamten mit völliger Berufsunfähigkeit die nutzbringenden Unternehmungen der ehrlichen Makler unterstützte hatte. Der ehrliche Franckenthal rief am Anfang der Verhandlung mit Empfindung, die Kieler Werk sei als ein Goldland der Mißhändler weit und breit bekannt gewesen, ein gesegnetes Meßta aller Beutemacher. Konnte das bürgerliche Geschworenengericht Handelsleute verurteilen, weil sie die liebgewonnene Gewohnheit aller Bourgeois geübt hatten?

Keinesfalls.

Die Freisprechung der angeklagten Beamten ist völlig anders zu bewerten. Es muß nach der Verhandlung als erwiesen betrachtet werden, daß ungeheure Materialmassen Werksgutes unterschlagen worden sind. Es wurde erwiesen, daß Gelder der Händler in die Taschen der Beamten geflossen sind, daß zum Beispiel der hiderbe Rat Heinrich mit Hilfe des vorerst geständigen Chromst zugunsten dieser Händler Mißbräuche getrieben hatte, die das Reich um Hunderttausende Mark schädigten. Die Schuld der Beamten paßte vielleicht nicht genau in den Tatbestand der von der Staatsanwaltschaft angelegenen Paragraphen, doch verfügt das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches über weitere Bestimmungen, die die erwiesenen Handlungen der angeklagten Beamten mit schweren Strafen belegen. Wenn trotzdem ein glatter Freispruch erfolgt ist, so sind die Ursachen hierfür in den Absichten der Geschworenensbank zu suchen.

Während fünf Wochen hatten die Kieler Geschworenen ausreichend Gelegenheit gefunden, zu erfahren, daß die Steuergelder des Reiches vergeudet werden, weil das herrschende absolutistische Regiment die leitenden Stellen der Werk mit völlig untauglichen Leuten besetzt hatte, die unfähig waren, die einfachste Aufsicht zu üben. Die Geschworenen mußten erkennen, daß die Schuld demnach nicht nur bei einzelnen korruptierten Beamten zu suchen ist, sondern bei den höher gestellten Gelegenheitsmachern, und daß es gewissenlos wäre, die subalternen Diebe zu hängen, während man die großen Diebe laufen läßt. Dieser Eindruck wurde durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft verstärkt, die mit allen Mitteln Hamburger Manichäer für die Sünden des persönlichen Regiments opfern wollte, nachdem diese erwerbslustigen Leute, die sich von den allerding reichlichen Abfällen der absolutistischen Reichswirtschaft nährten, bereits länger als ein Jahr in Untersuchungshaft gebüßt hatten. Es war also ein Bild des vormärzlichen Preußens, das vor den bürgerlichen Geschworenen in Kiel entrollt wurde und so kein Wunder, daß diese mit ihrem Wahrspruch das System zu treffen versuchten, das die Steuergelder des Reichs von preussischen Junkern vergeuden läßt und dann die Schmach verdecken will, indem es die persönliche Freiheit handeltreibender Bourgeois gefährdet.

Der Kieler Prozess war ein politischer Prozess. Er zeigte, wie die deutsche Bourgeoisie gegen das Junkerregiment im Gerichtsaal die Fäuste ballt, dessen haarsträubende Mißwirtschaft es im Reichstag seit Jahr und Tag unterstützt und mit der Erhaltung des persönlichen Regiments auch fernerhin ermöglicht.

Deutsches Reich.

Parlamentarischer Brief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 3. Dezember. Das Reichstagspräsidium ist glücklich komplett; 178 von 322 anwesenden Reichsboten stimmten für den Erbprinzen Hohenzollern, den verunglückten Kolonialdirektor. 98 Liberale gaben weiße Stimmzettel ab, auf den Genossen Singer fielen 43 Stimmen. Es haben, während sechs Genossen verhindert waren, an der Abstimmung teilzunehmen, drei Freisinnige für Singer gestimmt. Wenn der Erbprinz nicht mit seinen höheren Zwecken wächst, kann man sich auf amüsante Situationen gefaßt machen, denn Ernst, wie er wohl bei Hufe genannt wird, leidet nicht an Ueberfluß von Geschicklichkeit und Schlagfertigkeit. Es charakterisieren somit zwei Konservative und ein Zentrumsmann im Präsidium des Reichstags die parlamentarische Situation. Die Präsidentenherlichkeit des Erbprinzen hätte übrigens von sehr kurzer Dauer sein können, wenn nämlich der Vizepräsident als Schriftführer gewählt worden wäre. In diesem Falle wollte „Ernst“ demissionieren. Die parlamentarischen Kullissenschieber hatten viel zu tun, um die Wahl des Vizepräsidenten zu verhindern, der mit dem Reichsverbändler Hagemann und dem Genossen Fischer in der Minderheit blieb. Für letzteren wurden 80 Stimmen abgegeben; anscheinend haben die Freisinnigen für ihn gestimmt. Uebrigens, trotz allem Geschrei in der liberalen Presse, daß die bürgerliche Linke mit der Abstimmung einen riesigen geschickten Streich begangen habe, ist es den Herren nicht recht wohl zumute. Sie waren mit den Blockbrüdern doch zu gern zu löblichem Tun vereint.

Das Handelsabkommen mit dem Britischen Reich wurde ohne Debatte genehmigt, während die Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes eine recht muntere Debatte entsetzte. Um seine elenden Helfershelferdienste beim Wucherzoll vor den Arbeitermassen zu bemänteln, beantragte früher das Zentrum, daß der Ueberfluß aus bestimmten Zöllen, der den Durchschnittsbetrag der Jahre 1898 bis 1903 übersteige, als Fonds zu einer Witwen- und Waisenerziehung angeammelt werde, mit der Bestimmung, daß diese Verfassung am 1. April 1910 in Kraft tritt. Daraus wird nun nichts. Das Zentrum hatte nämlich seinen eigenen Antrag so verflümmelt, daß, wenn jezt mit den angesammelten Geldern Unterstützung gezahlt werden sollte, auf den Kopf der über drei Millionen Unterstützungsberechtigten pro Jahr ganze fünf Reichsmark kommen würden. Durch ein Notgesetz soll nun der Termin auf den 1. April 1911 verlegt werden, und dann werden die Witwen und Waisen wahrscheinlich abermals die Betrogenen sein. Leipzigs fürtrefflicher Vertreter, Herr Dr. Funck, der mit einer nichtsagenden Rede die Debatte eröffnete, deutete schon an, daß bis zum nächsten Jahre die Materie nicht erledigt werden könne. Dafür gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Agrarier riesige Gewinne aus der Wucherzöllerei einheimst haben. Selbstverständlich nannte er das „Schutz der Landwirtschaft“. Amüsant war Herr Mugdan, der seine Rede mit Angriffen gegen die agrarische Gesetzgebung und gegen das Zentrum spitzte und den lebhaften Protest der ehemaligen Blockgenossen hervorrief. Die bei den letzten Neuwahlen erhaltenen Brölle scheinen die Freisinnigen wieder einmal zur Oppositionskomödie angeregt zu haben.

Gründlich und Sach für Sach treffend geißelte Genosse Molkenbühr das verräterische Zentrum, das den Agrariern ungeheure Profite zugeschanzt, das Stroh Brot lüchelt verteuert hat und nun die Witwen und Waisen auch um die elende Rente betrügen hilft. Gestützt auf reichhaltiges Material wies Molkenbühr nach, wie das Zentrum erst den Ueberfluß aus allen agrarischen Zöllen den Witwen und Waisen zugute kommen lassen wollte, dann aber seinen Antrag so einogte, daß mit der Leg Trimborn nur eine Rente gezahlt werden könnte, die niedriger sein müßte, als in der Regel die Armenunterstützung ist. Immerhin, die Witwen- und Waisenerziehung sei durch Gesetz beschlossen, das Zentrum habe damit im ganzen Lande geprahlt, jezt müsse sie auch durchgeführt werden. Die Regierung, die gar nichts getan hat, um das Gesetz durchzuführen, bekam gleichfalls den verdienten Teil ab.

Mit Wigen und jesuitischen Tüfteleien versuchte Herr Trimborn die Hiebe zu parieren. Ihm eilte noch sein Fraktionskollege Becker zu Hilfe. Amsonst! In persönlichen Bemerkungen der Genossen Sasse, Stadthagen und Ledebour bekam der Mann seine Antwort. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Reichstagsdispositionen.

Die Etatberatung im Reichstage wird am Dienstag beginnen und am Mittwoch, der ein katholischer Feiertag ist, unterbrochen werden. Am Dienstag werden nur der Reichskanzler und der Schatzsekretär sprechen, am Donnerstag beginnt dann der Reigen der Parteien. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen eine Reihe von Interpellationen, darunter in erster Linie die der Freisinnigen und Sozialdemokraten über die Vorgänge auf der Kieler Werk. Die Regierung wird keine der Interpellationen beantworten, sondern erklären, daß sie zur späteren Beantwortung bereit ist. Dadurch wird es nicht möglich sein, die Interpellationen zu besprechen, was sonst auch in Abwesenheit der Regierung geschehen könnte. Die Regierung übt Verschleppungstaktik.

Der Senatorenkonvent besaßte sich Freitag zuerst mit den Interpellationen. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß an der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Interpellationen festgehalten werden solle. Der Senatorenkonvent stimmte dem zu. Auf eine Anfrage, ob — wie früher — aller 14 Tage am Sonnabend und Montag die Sitzung ausfällt, erwidert der Präsident: er wolle an diesem Gebrauche festhalten, nur schließt die Geschäftsliste dies vor Weihnachten aus.

Das Stärkeverhältnis der Parteien im Reichstage.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt folgende Zusammenstellung: Von den 307 Reichstagsmandaten sind zurzeit drei erledigt (Wülshelm-Wippert durch den Tod des Zentrumsmandatar de Witth, Posen-Stadt durch den Verlust des Abg. Ehrziano und Eisenach infolge des Verlusts des Abg. Schand). Die übrigen Mandate verteilen sich folgendermaßen auf die Parteien: Deutschkonservative 61, Reichs-

partei 25, Deutsche Reformpartei 4 (ein Mandat Abgang), Wirtschaftliche Vereinigung 17 (zwei Mandate Abgang), Zentrum 105, Polen 19 (ein Mandat Abgang), Nationalliberale 50 (seit 1907 vier Mandate verloren), Freisinnige Vereinigung 15, Freisinnige Volkspartei 27, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 46 (vier Mandate Abgang), bei keiner Fraktion 19 (zwei Mandate Abgang).

Aus diesem Verhältnis ergibt sich, daß die Regierung vollständig dem Zentrum ausgeliefert ist. So sie ohne das Zentrum keine Mehrheit zusammenbringt. Die absolute Mehrheit erfordert 168 Stimmen; Konservative, Reichsliberale, die beiden antisemitischen Gruppen und die Nationalliberalen verfügen zusammen über 157 Stimmen. Selbst wenn also die Regierung die Stimmen der Nationalliberalen für sich gewinnt, was ihr nicht schwer fallen dürfte, so fehlen immer noch 40 Stimmen an der Mehrheit. Daran ergibt sich, daß die Verantwortung für die Reichspolitik vollständig dem Zentrum zufällt.

Von besonderem Interesse ist dieses Stimmverhältnis für das Budget. Es ist ja wohl kaum anzunehmen, daß die freisinnigen Gruppen sich den rechtsstehenden Parteien anschließen, um ein Budget zu bewilligen, das trotz der von ihnen abgelehnten Finanzreform mit einem schandhaften Defizit abschließt, weil die Ausgaben für den Militärhaushalt und Marinehaushalt in unverantwortlicher Weise erhöht wurden. Das Zentrum aber darf, wenn es nicht endgültig die Wähler vor den Kopf stoßen will, diesem Budget ebenfalls nicht zustimmen, da es ja allen seinen während und nach der Reform verkündeten Prinzipien im Gesicht schlägt würde. Inwiefern sind für die Wählerpartei Prinzipien von jezt ein Charakteristikum gewesen. Es fragt sich also: was muß die Regierung dazu, um die Zentrumstimmen zu kaufen?

Finanzreform in Preußen.

Die heftige Regierung hat vor Kurzem einen Gesetzentwurf über die Tilgung der Staatsschuld vorgelegt, der geeignet ist, die Aufmerksamkeit auf das „Abwärtige“ Landchen am Rhein und Aelben zu lenken.

Bereits im Oktober d. J. betonte der Finanzminister Gnanitz die Notwendigkeit einer Steuererhöhung zur Valancierung des Etats für 1910. Seit 1894 arbeitete die Staatswirtschaft mit einem Defizit im Budget. Die „Steuerreform“ von 1899 verringerte das Defizit kaum und 1901/02 wurde eine Erhöhung des Vermögenssteuerfußes von 55 auf 75 Pfg. pro 1000 Mark beschlossen. Zur Ausgleichung des Etats genügt die Mehreinnahmen jedoch nicht und bei Beratung des Voranschlags 1903/04 wiesen unsere Genossen auf eine weitere Erhöhung der Vermögenssteuer und eine stärkere Progression der Steuern von den großen Einkommen hin. Mit dem Eintritt der wirtschaftlichen Krise gingen die Staatseinnahmen wesentlich zurück und der Finanzminister erklärte am 1. Januar dieses Jahres, ohne eine neue Steuererhöhung von 25 bis 30 Prozent könne er nicht auskommen. Inzwischen hat die Reichsfinanzreform die Finanzlage dessens noch weiter verschlechtert und jezt beträgt das Defizit im Staatshaushalt über 5 Millionen Mark.

Was das zu bedeuten hat, wird erst klar, wenn man sich vor Augen hält, daß Hellen nur 1 130 000 Einwohner hat. Die Armut der Bevölkerung wächst ständig und Hellen entwickelt sich rasch zum Industriestaat. Im Jahre 1882 lebten noch 51,55 Prozent der hessischen Bevölkerung von der Landwirtschaft, 1907 nur noch 27,67 Prozent. Die im Bergbau, Handel, Industrie und Verkehr beschäftigte Bevölkerung stieg in dieser Zeit von 488 440 auf 711 222 Köpfe. Die Verwaltung des Landes hat der zunehmenden Verarmung freilich in keiner Weise Rechnung getragen, sie hat im Gegenteil immer aus dem Vollen gewirtschaftet. Hellen hat in 8 Ministerien 7 besondere Abteilungen, 11 Ministerräte, 40 vortragende Räte und eine ganze Anzahl Hilfsarbeiter. Denkt man sich dazu den Verwaltungsapparat der Regierungen, Revisoren, Buchhaltungen und Schreibstuben, so erhält man einen Begriff vom Bürokratismus in dem kleinen Landchen. Die Veranlagung der direkten Steuern kostet jährlich 500 000 Mark, durch die Untererhebstellen wird das Land mit 150 000 Mark jährlich belastet. Hier und auch auf andern Gebieten wäre eine Vereinfachung und Vereinfachung der Geschäfte dringend nötig. Vor allem aber fordert die Sozialdemokratie Beseitigung der kostspieligen Einrichtungen zur Repräsentationszwecken und eine Revision der Zivilliste. Wie aus der Vorlage hervorgeht, ist die Staatsschuld des Großherzogtums von rund 57 Millionen im Jahre 1896/97 auf etwa 418 Millionen gestiegen. Davon entfallen rund 351 Millionen auf die Eisenbahnschuld und rund 67 Millionen auf die sonstigen Schulden. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, markiert das Großherzogtum Hellen mit dem Gesamtbetrag seiner Staatsschuld an der Spitze sämtlicher deutschen Bundesstaaten, ausgenommen die Daneschäfte.

Die bürgerlichen Parteien fordern denn auch „Vereinfachung der Verwaltung“. Wer aber meint, daß damit „oben“ angefangen werden soll, ist gründlich auf dem Holzwege. Unsere Genossen im hessischen Landtage stehen somit vor einer schweren Aufgabe. Es gilt, in Zeiten wirtschaftlicher Not eine weitere schwere Belastung des Volkes durch neue direkte Steuern abzuwehren, daneben aber für eine Gesundung der Finanzwirtschaft Hellen zu sorgen.

Geborstene Ordnungsglättige.

Der braunschweigische Landtagsabgeordnete und Postbesitzer Schliephake aus Hehrde bei Schuppenstedt, der sich vor der Braunschweiger Strafkammer wegen Betrugs, begangen durch Manipulationen an einer Viehwage, zu verantworten hatte, wurde wegen vollendeten Betrugs in einem Falle zu einem Monat Gefängnis und 1800 M. Geldstrafe und wegen eines Betrugsversuches zu 3 Wochen Gefängnis und 1200 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht zog die Strafen zusammen in eine Gesamtstrafe von 6 Wochen Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe und Ertragung der Kosten.

Der Reichsverband und die bürgerliche Presse werden sich hoffentlich den fetten Wästen nicht entgehen lassen, um der Welt wieder einmal an einem drastischen Beispiel zu zeigen, wie die alte Autorität und Sitte untergrabende Hegearbeit der Sozialdemokratie verwirrend auf die Moral des Volkes wirkt und selbst die Besten zu Fall bringt. Denn daß auch in dem Fall der so schmähtlich geborstenen braunschweigischen Ordnungsglättigen nur der Teufel Sozialdemokratie die Schuld trägt, geht schon daraus hervor, daß der Verurteilte ein sehr frommer Mann und Mitglied der Synode war.

Die Regierung als Sachwalterin der Unternehmerinteressen.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags hatte bekanntlich in der letzten Session zu der ihr vorliegenden Gewerbeordnungsnovelle verschiedene Verbesserungen beschlossen, gegen die die Unternehmer mit aller Kraft Sturm liefen. Der Schluß des Reichstags, der die Arbeiten der Kommission gegenstandslos machte, hat nun die Regierung benutz, um den Wünschen der Unternehmer entsprechend die Vorlage vollständig umzuarbeiten und vor allem die Frage der Heimarbeit ganz unabhängig von der Gewerbeordnung zu regeln. Wie diese Regelung ausfallen, oder besser gesagt, nicht ausfallen wird, sagt eine offiziöse Anstaltung, die die bürgerliche Presse bringt. Es wird da ausgeführt:

Nachdem früher versucht worden war, die Regelung der Heimarbeit im Rahmen der Gewerbeordnung zu lösen, hat es sich im Laufe der Verhandlungen über die Abänderung der Gewerbeordnung als vorteilhaft herausgestellt, die ganze Heimarbeit in einem besonderen Gesetz zu regeln; und man darf annehmen, daß Anfangs des nächsten Jahres diese Vorlage an den Reichstag gelangen wird. Es werden dabei zweifellos eine ganze Reihe von Wünschen, die durch die Kommissionsbeschlüsse dem letzten Entwurf eingefügt worden waren, auch in der Vorlage Berücksichtigung finden. Andererseits darf man als sicher annehmen, daß diejenigen Kommissionsbeschlüsse, gegen die sich die Reichsregierung schon während der Beratungen entschieden ausgesprochen hatte, in der neuen Vorlage keine Ausnahme finden. Dahin gehört vor allem die Errichtung von Lohnämtern. Die Kommission hatte beschlossen, daß für bestimmte Gewerbebezirke, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl und zu ungewöhnlich niedrigen Löhnen beschäftigt werden, paritätische Lohnämter eingerichtet werden sollten, die auf Grund der orts- und berufsüblichen Löhne Mindest- oder Mindeststücklöhne für einen bestimmten Zeitraum festzusetzen hätten. Diese Festsetzungen sollten der Zustimmung der Behörde unterliegen. Die Reichsregierung wird aber von ihrem früheren Standpunkt, der jede behördliche Einmischung in Lohnfragen ablehnt, nicht abgehen. Ebenfalls hat die von der Kommission geschaffene Bestimmung Aussicht auf Annahme, wonach Tarifverträge zwischen Hausarbeitern und Arbeitgebern auch auf solche Hausarbeiter Anwendung finden müssen, die an dem Abschluß des Tarifvertrages nicht beteiligt waren. Auch dürfte sich die Reichsregierung nicht entschließen, weitere Beschränkungen in bezug auf die Arbeitszeit in dem Entwurf aufzunehmen, als schon in den Kinderbeschützbestimmungen enthalten sind.

Herr Delbrück, der Minister der „weißen Salbe“, hat also die Vorlage so lastriert, daß von den Beschlüssen der Reichstagskommission nicht mehr viel übrig bleibt. Das war von diesem Vertrauensmann der Unternehmer im Ministerium nicht anders zu erwarten und die Arbeiterschaft wird unter seiner Ministerchaft noch ganz andere Dinge erleben können.

Berlin, 4. Dezember. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht Auszüge aus einem Weisbuch über die vom 4. Dezember 1908 bis 26. Februar 1909 abgehaltene Londoner Seekriegsrechtskonferenz, das dem Reichstage heute zugehen wird.

Der Bundesrat hat die Vorlage über den Betrieb von Zinkhütten, die Vorlage, betreffend die Abänderung der Befanntmachung über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen usw., sowie die Vorlage, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen, angenommen.

Gegen Dernburg. Wie sich die Deutsche Tageszeitung aus L. d. r. i. b. u. t. k. abeln läßt, haben eine Anzahl dortiger Anwohner den Reichstag gebeten, eine Untersuchungskommission einzusetzen zur Prüfung der Gründung von Diamantengesellschaften durch den Staatssekretär Dernburg und der Vorverhandlungen, die zu den Vertragsabschlüssen geführt haben. Die Anwohner sind der Meinung, daß sich die Diamanten-Regelgesellschaft unberechtigte Vorteile verschafft hat.

Keine Kritik der Zentrumsleitung! Durch ein Versehen ist die Erklärung der Zentrumsparlamentarier zum Streit Koeren-Bitter kontra Königlich Volkszeitung, die nur für die Zentrumspresse bestimmt war, auch der nationalliberalen Königlich Volkszeitung zugesandt worden. Dadurch wird bekannt, daß an diese Zeitung die Bedingung für die Zentrumspresse geknüpft war, keinerlei redaktionelle Bemerkungen an die Veröffentlichung zu knüpfen.

Die Ängstlichen wünschen dem Streit, der manch interessantes Streiflicht auf die verschiedenen Strömungen im Zentrumslager geworfen hat und den frommen Zentrumschäfers die Augen über den Charakter ihrer Partei zu öffnen droht, unter allen Umständen ein Ende zu machen. Ihre Geschäfte können nur blühen, wenn tiefes Schweigen über allen Wassern ruht.

Heißliche Wahlrechtsreaktion. Die heißliche Wahlrechtsvorlage ist am Freitag von der Zweiten Kammer in der ersten Lesung angenommen worden. Die zweite Lesung wird voraussichtlich in der kommenden Woche stattfinden. Nach der Vorlage ist nur der Staatsbürger wahlberechtigt, der die heißliche Staatsangehörigkeit seit drei Jahren besitzt und seit drei Jahren in Hessen wohnt. Die Wahl erfolgt nach der neuen Vorlage geheim.

Die bayrische Steuerreform. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 119 gegen 30 Stimmen das Umlagengesetz nach mehrwöchiger Beratung an. Durch die Annahme dieses Gesetzes wird erst die Einführung der bereits beschlossenen allgemeinen progressiven Einkommensteuer und der ganzen Steuerreform ermöglicht.

Für das Gesetz stimmten geschlossen Zentrum und Freie Vereinigung, sowie ein Teil der Liberalen, dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, 3 Liberale und der fraktionslose Abg. Dr. Drilling. Präsident Dr. v. Dröcker knüpfte an die Abstimmung Worte der Befriedigung über das Zustandekommen des Gesetzes.

Milchwucher. Die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtags hat eine Interpellation eingebracht, die die Regierung um Auskunft ersucht, was sie zu tun gedenke, um der von den bayrischen Agrariern beabsichtigten horrenden Milchverteuerung entgegenzuwirken. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß die Verteuerung der Milch volkswirtschaftlich und sozialpolitisch von tief einschneidender Bedeutung ist und insbesondere für die Säuglingsernährung die größte Gefahr bietet. Von der Regierung sei daher zu erwarten, daß sie ungeachtet der erforderlichen Schritte unternimmt, um diese Gefahren abzuwenden.

Kleine politische Nachrichten. Wie verlautet, sind allein im Laufe des Freitags beim Bureau des Reichstages nicht weniger als 44 neue Anträge eingegangen. — Das österreichische Abgeordnetenhaus ist nach Ablehnung eines tschechischen Dringlichkeitsantrages in die Beratung des Budgetprovisoriums eingetreten. — Die Führer des marokkanischen Stammes der Beni Sifar haben sich, wie amtlich mitgeteilt wird, sämtlich dem spanischen Oberkommandierenden unterworfen. — Nach der Independence belge soll England mit Deutschland ein Abkommen getroffen haben dahingehend, die Kongofrage vor eine internationale Konferenz zu bringen, an der alle Signatarmächte des Berliner Vertrages teilnehmen sollen.

Rußland.

Sturm in der Duma.

Petersburg, 3. Dezember. Während der Debatte über die Gesetzesvorlage betreffend die Unantastbarkeit der Person erging

sich Markow (extreme Rechte) in den heftigsten Schmähungen gegen Kadetten und Nichtstraffen. Die Kadetten verließen schließlich unter heftigem Widerspruch den Saal. Der Präsident entzog dem Redner nach dem siebenten Ordnungsruf das Wort. Die Vorlage wurde mit 204 Stimmen der Opposition und der Nichtstraffen gegen 113 der Rechten einer neuen Kommission zur Bearbeitung in Monatsfrist überwiesen.

Aus Räteregens Gefängnissen.

In dem verächtlichen Lukjanow-Gefängnis in Kiew sitzen 40 politische Gefangene seit dem 11. November in Karzerhaft. Die Gefangenen bekommen nur Brot und Wasser und müssen, da die Betten entfernt sind, auf dem feuchtkalten Asphaltboden schlafen. Zur Verschärfung der Strafe sind die stinkenden Schmutzgefäße in die Kammern gestellt worden. Die Strafe wurde für sieben Tage aufbessert, aber die Administration beschloß, wenn sich die Gefangenen nicht gefügig zeigen sollten, die Strafe auszudehnen. In der Tat wurden vier Gefangene nach der ersten Woche in den Dunkelkarzer geschleppt, wo sie am vierten Tage den Hungerstreik begannen. — Den nächsten Anlaß zu der Karzerstrafe soll die Weigerung der Gefangenen gegeben haben, beim Appell aufzustehen.

Großbritannien.

Die Verlegung des Parlamentes.

London, 3. Dezember. Das Parlament ist heute nachmittag nach Verlesung einer Thronrede vertagt worden. Die Auflösung ist für Anfang Januar zu erwarten; bis dahin tritt es nicht wieder zusammen.

Scharfe Töne.

London, 3. Dezember. In seiner Rede in dem nationalliberalen Klub sagte Lloyd George: Zudem die „armen“ Lords jenes Budget erdrückten, das Vorkerkungen traf gegen die unvermeidlichen, der großen Masse zustoßenden Uebel, zeigten sie sich als eine Klasse, die mit allen Glücksgütern gesegnet, sich doch sträubt, daß ein kleines Teilchen ihres Ueberflusses dazu dienen soll, die Schöpfer ihres Wohlstandes zu schützen gegen die Schreckgespenster des Elends und der Verzweiflung. Das ist aber die letzte Handlung ihres unheilbringenden Willens. Bei all ihrer Schlaueit war ihre Habgier größer als die Kraft. Wir haben sie schließlich gefaßt.

Sächliche Angelegenheiten.

Die Schiffsabgaben.

Eine Berliner Korrespondenz schreibt:

„Wie wir hören, werden am Montag, 6. Dezember, die beiden Amtsblätter in Dresden und Karlsruhe gleichlautende Denkschriften der sächsischen und der badischen Regierung als Entgegnung auf die kürzlich im Reichsanzeiger veröffentlichte preussische Denkschrift über die Schiffsabgaben enthalten. Die sächsisch-badische Denkschrift bespricht die Vorklagen, die Sachen vor einigen Monaten im Bundesrat gestellt hat und die sich auf die wirtschaftlichen Folgen der Einführung von Schiffsabgaben beziehen. Diese Fragen werden in der preussischen Denkschrift mit den Worten erledigt: „Daß es der Natur der Sache nach nicht möglich ist, die wirtschaftliche Aufgabe der Zweiverbände nachzuweisen.“ Die preussische Denkschrift reagiert weiter nicht auf die von Sachsen wiederholt ausgesprochenen Vorwürfe, daß die Einführung von Schiffsabgaben einen Sprung ins Dunkle bedeutet, ehe man über die finanziellen Unterlagen und wirtschaftlichen Konsequenzen nicht volle Klarheit geschaffen habe. Die sächsisch-badische Denkschrift ist sehr ausführlich abgefaßt, geht auch auf die nach Ansicht dieser beiden Regierungen notwendigen Verfassungsänderungen ein, die der Einführung der Schiffsabgaben vorausgehen müßten und widerlegt den preussischen Standpunkt stellenweise mit bemerkenswerter Schärfe.“

Antwortsprechend an eine frühere Meldung der obengenannten Berliner Korrespondenz, wonach die preussische Regierung nicht mehr auf dem Standpunkt stehe, daß zur Einführung von Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung notwendig sei, schreibt die Korrespondenz gegen Schiffsabgaben:

„Nach dieser Meldung, die aus mehrfachen Gründen sehr glaubwürdig erscheint, ist also abermals in dieser Frage bei der preussischen Regierung ein Stimmungswechsel eingetreten. Von allem Anfang an ist die Angelegenheit der Schiffsabgaben zugleich eine Frage der Reichsverfassung gewesen. Die Gegner der Abgaben verweisen auf Artikel 54 der Reichsverfassung, der Befahrungsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen verbietet. Zuerst erklärte die preussische Regierung, die Reichsverfassung widerspreche ihren Abgabenplänen nicht. Dann schien sie darauf hin zu arbeiten, den Widerspruch des Artikels 54 durch „authentische Interpretation“ zu beseitigen. Diesen Standpunkt verließ sie wiederum, als sie im Bundesrat den Entwurf des Abgabengesetzes einbrachte, der in Artikel 1 eine Änderung der Reichsverfassung vorschlug, zur „Ausdehnung sämtlicher Streitfragen“. Dieser Artikel müßte nach der Begründung „im Bundesrat mit der im Artikel 78 der Reichsverfassung bezeichneten Mehrheit angenommen werden“, er würde als abgelehnt gelten, sobald 14 von den 58 Stimmen im Bundesrat dagegen stimmen. Nur aus der Erkenntnis, daß mindestens 14 Stimmen im Bundesrat dem Abgabengesetz entgegenstehen, würde sich der abermalige Stimmungswechsel in der preussischen Regierung erklären. Die Hoffnung auf Ausdehnung sämtlicher Streitfragen, die in der Begründung des Gesetzesentwurfs ausgesprochen wurde, hat sich als trügerisch erwiesen angesichts des immer lebhafteren Widerpruchs, dem der Gesetzesentwurf fast allenthalben selbst bei vielen der bisherigen Abgabefreunde, begegnete. . . . Und was plant Preußen nunmehr? Ueber die Differenzen, die es in der Abgabenfrage mit anderen Bundesstaaten hat, will es der erwähnten Meldung zufolge eine Entscheidung des Bundesrats herbeiführen. Da es sich um eine eigene Angelegenheit des Bundesrates handelt, würde nach den bisherigen Gepflogenheiten ein Schiedsgericht, wahrscheinlich das Reichsgericht, darüber entscheiden, ob Preußen trotz der Reichsverfassung Schiffsabgaben einführen darf. Dadurch wird völliglich die allerbedenklichste Seite des ganzen Abgabensystemes in helles Licht gerückt. . . . Der Petersburger Entwurf des Abgabengesetzes mit seinen Zwangsverbänden zielt geradezu auf die Majorisierung der kleineren Bundesstaaten ab. Soll nun wirklich dieses Abgabengesetz auf dem Wege der Vergewaltigung deutscher Bundesstaaten durchgesetzt werden? Oder soll jene Veröffentlichung nur eine Drohung an die abgabengegnerischen Bundesregierungen sein, um ihnen zu zeigen, wie Preußen seinen Willen durchsetzen könnte, auch wenn sein Gesetzesentwurf im Bundesrat abgelehnt würde. Set dem, wie ihm wolle! In jedem Falle treiben gewisse Leute in einem preussischen Ministerium ein gefährliches Spiel. Denn gefördert würden durch die Einführung der Abgaben nur einseitig ostelblich-agrarische und preussische eisenbahnstaatliche Interessen, empfindlich geschädigt aber würde das bundesstaatliche Einvernehmen im Reiche.“

Wir möchten es noch nicht für so ausgemacht ansehen, daß die preussische Regierung ihre Auffassung, daß zur Einführung von Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung notwendig mache, geändert habe. Denn wenn sie jetzt auf dem gegenläufigen Standpunkte stünde und der Ansicht wäre, daß die Frage, ob zur Einführung von Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung notwendig sei, durch ein Schiedsgericht zu entscheiden ist, so wäre es doch immer noch fraglich, ob das Schiedsgericht im Sinne Preussens entscheiden würde. Da hätte sie noch immer größere Aussicht, ihren Zweck zu erreichen, wenn sie auf ihrem Standpunkte stehen bliebe, daß eine Verfassungsänderung notwendig ist. Denn unbedingte Gegner sind im Bundesrat nur die Vertreter Sachsens und Preussens. Es ist jedenfalls nicht völlig sicher, daß sich im Bundesrat 14 Stimmen gegen Preußen zusammensuchen. Wenn das aber nicht der Fall wäre, dann hätte Preußen im Bundesrat gefestigt. Im Reichstage aber würde Preußen auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen, da die Nationalliberalen im Reiche bekanntlich für Schiffsabgaben sind. So leicht wird Preußen seinen Plan auf Einführung von Schiffsabgaben jedenfalls nicht aufgeben.

Ein Todesmarsch vor Gericht.

Wegen Verleumdung eines Mitgliedes der bewaffneten Macht war Genosse Schnettler von der Jittauer Volksgelung vor dem Landgericht Wauzen angeklagt. Am 6. August brachte die Jittauer Volksgelung einen Artikel über einen Hitzschlagfall, bei dem der Soldat Neugebauer aus Dresden von der 8. Kompanie des 102. Infanterieregiments den Tod erlitt. Der Hitzschlag ereignete sich während einer Feldübungsübung auf dem Nachhausewege. In dem Artikel wurden die dabei in Betracht kommenden Umstände näher beleuchtet und auf verschiedene Mitteilungen Bezug genommen, die bei der Redaktion unseres Blattes eingegangen waren. Ueber die Uebung, die der seit einiger Zeit in die Nähe abkommandierte Soldat Neugebauer mit einer Gepäcbelastung von 25 Pfund (zwei Sandfäcke) mitmachte, wurde geschrieben, daß sie sehr anstrengend gewesen sei. Es sei kein Wasserhalt, oder nur einmal gemacht worden. Als Neugebauer austreten wollte, sollte ihm der Hauptmann das nicht gestattet haben. Dabei solle der Hauptmann Eyl zu dem Soldaten gesagt haben, er sei nur zu faul, er sei nicht mehr gewohnt, da er in der Nähe gesteckt habe. Als man den Neugebauer forttransportierte, habe der Transport verschiedentlich Unwillen hervorgerufen. In der Kaserne stellte sich Erbuchen ein, Neugebauer wurde von seinen Kameraden auf das Bett gelegt, auf dem er einige Stunden in bewußtlosem Zustande gelegen hat, worauf er dann in das Garnisonlazarett geschafft wurde, wo er noch am Abend gestorben ist. Zum Schluß wurde betont, daß es im Interesse des Regiments liege, recht bald eine genaue vor Zeugen stehende Schilderung der Dinge zu geben. Diefem Artikel folgte eine Verichtigung auf dem Fuße, die von der Volkszeitung ebenfalls unter die Lupe genommen worden war; zwei Dinge wurden aber zurückgenommen.

Nun hatte der Staatsanwalt auf Erlauchen des Hauptmanns Eyl im öffentlichen Interesse Anklage erhoben. Die Verhandlung, zu der zwölf Zeugen geladen worden waren, gestaltete sich zu einer Niederlage für den Hauptmann. Neben dem Genossen Schnettler war auch noch die Musikersfrau Hemprich angeklagt, weil sie sich bei dem Begräbnis des Neugebauer in beleidigenden Äußerungen über den Hauptmann Eyl ergangen haben sollte. (1) Zwei Unteroffiziersfrauen der 8. Kompanie hatten es als ihre Pflicht betrachtet, die Neugebauer zu überbringen. So sollte die Hemprich, als Eyl den Angehörigen die Hand reichte, gesagt haben: „Seht, was er für ein verblissenes Gesicht macht, er hat kein reines Gewissen,“ und: „Jetzt drückt man der armen Mutter die Hände, hätte man nur eher darauf Rücksicht genommen“ usw.

Zu Eingang der Verhandlung erklärte Genosse Schnettler, der durch Rechtsanwält Giese-Dresden vertreten war, daß dem Artikel jegliche beleidigende Tendenz fehle. Er sei der Meinung, daß Neugebauer, wenn man ihm sofort die bei Hitzschlag notwendige sachgemäße Pflege hätte zuteil werden lassen, vielleicht am Leben geblieben wäre. Er stelle heute weiter unter Beweis, daß der Transport des Neugebauer ärgernisverregend gewesen sei. Zwei Soldaten haben Neugebauer getragen. Die Beine, die Neugebauer nicht mehr fortbewegen konnte, hingen herunter. Da habe man Neugebauer immer mit den Knien in die Anieckeln gestoßen und so seine Beine fortbewegt. Trotz dieser und anderer Dinge sei aber bei Abfassung des Artikels vor allen Dingen darauf gesehen worden, daß er auch nicht ein einziges beleidigendes Wort enthalte.

Als Zeuge wurde zuerst der Hauptmann Eyl vernommen, der in Abrede stellte, an dem vorzeitigen Tode des Neugebauer schuld zu sein. Der Dienst sei nicht anstrengend gewesen. Er habe es nicht für notwendig gehalten, dem Erkrankten außerordentlich schnelle Hilfe zuteil werden zu lassen. A. habe wohl bläß ausgesehen, aber er habe nicht geglaubt, daß es Hitzschlag wäre. Zu der Erkenntnis sei er erst später gekommen. Als weitere Zeugen bestätigten die Schneidersfrau Schuber, der Schneidersgehele W. d. S. und der Schneidemeister Schuber, die Art des Transports, wie er von Schnettler bereits geschildert worden war. An einer Straßenecke sei der Körper des Erkrankten den Soldaten entglitten und Neugebauer in die Anie gesunken. Er selbst habe den Soldaten resp. dem Unteroffizier noch zugerufen: „Dem runter, Mod auf!“ Darauf wird der Referent, jetzige Barbier-Wal aus Sebnitz vernommen. Er gibt an, daß die Uebung sehr anstrengend gewesen sei. Der Marsch sei stark beschleunigt worden, der Hauptmann habe, weil ihm die vor der Kompanie marschierenden Unteroffiziere zu langsam marschierten, diese weggenommen. Er habe mit der Uhr und an den Kilometersteinen den Marsch kontrolliert und habe die Kompanie zur Zurücklegung eines Kilometers nur 8 bis 9 Minuten gebraucht, während sonst 12 Minuten dazu gehören. Unterwegs auf dem Rückmarsch sei es Neugebauer schlecht geworden, er habe dessen Gewehr getragen. Als es gar nicht mehr ging, sei er mit ihm zurückgeblieben, und da sei der Hauptmann Eyl gekommen und habe gesagt: „Das ist ja Neugebauer, der schlapp Kerl, lassen Sie ihn gehen, ich werde ihn einsperren!“ Der Zeuge Mai sagt auch aus, es sei in der Kompanie gesagt worden, wer austrete, werde bestraft. Hauptmann Eyl befreit diese Dinge, jedoch bleibt Mai bei seinen Behauptungen, allerdings habe der Hauptmann dem Neugebauer das Austreten nicht untersagt. Der Tischler Hermann aus Dresden sagt aus, daß er den beschleunigten Marsch kontrolliert habe und bestätigt, daß der Hauptmann gesagt habe: „Das ist A. der schlapp Kerl.“ Im übrigen stellt dieser Zeuge aber dem Hauptmann ein gutes Zeugnis aus. Letzterer gibt auch zu, daß er wohl so etwas ähnliches gesagt haben könne, aber so wie die Zeugen es auszusagen, habe er es nicht gesagt.

Für die Frau Hemprich bezeugte die Postkassierersfrau W. o. r. m. a. n. in der diesen Feststellungen vorausgegangenen Verhandlung, daß sie immer bei der Frau Hemprich gewesen sei, aber solche Äußerungen, wie sie die Unteroffiziersfrauen als getan behaupteten, habe sie nicht gehört. Eine weitere Zeugin bestätigt dasselbe.

Der Staatsanwalt plädierte für die Verurteilung beider Angeklagten. Wenn sich die Einwohner über solche Dinge aufregten, so sei das wohl begreiflich und menschlich. Es müsse

Bamf ist nicht nur ein guter, sondern überhaupt der **beste Malzkaffee der Welt.** **Bamf**
Verlangen Sie daher ausdrücklich

aber darauf gesehen werden, daß die Ehre anderer Personen dabei nicht angefaßt würde. Wahrscheinlich sei für ihn das Zeugnis des Hauptmanns Eyl. Die Meinung: Das ist ja Heugewauer, der schlappe Kerl, sei eine bei den Soldaten gebräuchliche Bezeichnung und nicht so schlimm. Das Mitleid habe Schnettler bewogen, sich der Sache anzunehmen. Dabei sei er über das Maß des Erlaubten hinausgegangen. Er hält den Tatbestand für erwiesen und beantragt die Verurteilung beider Angeklagten. Dagegen betont Rechtsanwalt Dr. Dypert am 11. Sitzung für die Frau Hemplich, daß so gut wie nichts erwiesen sei. Es stehe die Aussage gegen Aussage. Kame man nicht darauf zu, die Angeklagte von vornherein freizusprechen, so müsse man sie wegen Mangel an Beweisen freisprechen. Rechtsanwalt Giese nimmt für Schnettler den Schutz des § 193 in Anspruch. Er betrachte es als seine Aufgabe, seine Volksgenossen zu schützen. Der authentische Sachverhalt sei erwiesen. Wenn der Artikel in einem bürgerlichen Blatte gestanden haben würde, so würde man keine Anklage angestrengt haben. Der alte Fehler, daß die Behörden es überlassen, eine authentische Darstellung der Öffentlichkeit zu übergeben, habe auch hier alles verschuldet. Dem Hauptmann Eyl sei der Vorwurf nicht gemacht worden, daß er pflichtwidrig gehandelt habe, wie überhaupt nichts behauptet worden sei. Es stehe auch hier Eid gegen Eid. Daß der Angeklagte das möglichste getan habe, um den Sachverhalt zu klären, müsse zugegeben werden. Er beantrage Freispruch, im allerhöchsten Falle eine geringfügige Geldstrafe.

Nach einstündiger Verhandlung wird die Angeklagte Hemplich freigesprochen, Genosse Schnettler zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Ihm wurde der Schutz des § 193 verweigert. Aus dem Artikel leuchte heraus, daß dem Hauptmann Eyl das Verhalten zur Last gelegt werde, wodurch ihm eine Schuld an dem Tode Heugewauers treffe. Strafmißverhandlung habe gewirkt, daß der Zweck, der mit dem Artikel verbunden war, als unberechtigt nicht angesehen werden könne.

Aus der Darstellung wahrheitsgemäßer Tatsachen hat das Gericht die Absicht der Beleidigung gefolgert. Weiter kann ein sachliches Urteil nicht mehr gehen! Das Urteil der öffentlichen Meinung lautet natürlich etwas anders, als das Urteil des Gerichts.

Die Sicherheitsmänner im Bergbau und die Grubenbarone.

Der Bergbauliche Verein für Zwickau u. Lugau. Der Verein ist veröffentlicht in der bürgerlichen Presse einen äußerst aggressiven Angriff gegen die geplante Einführung von Sicherheitsmännern beim Bergbau. Da wird ausgeführt, daß die Kontrolle im Bergbau in Sachsen schon jetzt nichts mehr zu wünschen lasse, daß man aber dennoch einer Erweiterung der Grubenaufsicht nicht abgeneigt sei, man vielmehr alles tun wolle, was zu einer weiteren wirksamen Unfallverhütung beitragen könne. Die Grubenbesitzer sind aber, so heißt es dann wörtlich, völlig überzeugt, daß die aus einer geheimen Wahl der zum großen Teil sozialdemokratischen Belegschaften hervorgehenden Sicherheitsmänner am allerwenigsten geeignet sein werden, zu einer solchen Unfallverhütung beizutragen. Denn aus diesen Wahlen werden, wie weiter nicht ausgeführt zu werden braucht, nicht die besonnensten, mit den Grubenverhältnissen vertrautesten und zur Ueberwachung der Sicherheit geeigneten Männer, sondern hauptsächlich politische Agitatoren hervorgehen. Diese werden aber für die Gruben nicht nur keinen Nutzen in ihrer Tätigkeit bringen, sondern nach den bestimmten Erwartungen (!!!) der Grubenbesitzer infolge nur schädlich wirken, als sie noch weiter zur Lockerung der durch die sozialdemokratischen Einflüsse so schon stark gelockerten Grubensicherheitsmaßnahmen beitragen werden.

Zu diesen Ausführungen bemerkt selbst der Dresdner Anzeiger: „Die Bestürzung, daß sich zu den Vertretern der Sicherheitsmänner die sozialdemokratischen Agitatoren drängen und unter Mißbrauch ihres Amtes Unfrieden stiften und die Disziplin lockern werden, können wir nicht teilen, denn in dem Bescheidentwurf werden die Befugnisse der Arbeiterkontrolleure so genau festgelegt, so eng umgrenzt, daß ein Mißbrauch fast ausgeschlossen erscheint. Auch sind die Vertreter, wie wir bei der Besprechung des Entwurfs hervorgehoben haben, keineswegs dergestalt, daß etwa arbeitsunlustige Elemente sie als Ruheposten bezeichnen könnten.“

Und wir wollen hinzufügen, daß auf den fiskalischen Gruben schon seit mehr als einem Jahrzehnt derartige Sicherheitsmänner eingeführt sind und sich, wie ein Regierungskommissar zwei Jahre nach der Einführung im Landtage sagte, so gut bewährt hätten, daß man sie nicht wieder missen möchte. Ausdrücklich wurde auch festgestellt, daß keinerlei Beobachtungen gemacht worden seien, woraus zu schließen wäre, daß sich diese Sicherheitsmänner hätten mißbrauchen lassen. Doch die Grubenbesitzer wollen von der ganzen Einrichtung nichts wissen, und deshalb verdächtigen sie sie nach Noten. Die Agitation der Grubenbesitzer gegen die Sicherheitsmänner zeigt aber auch, wie notwendig es ist, daß die Sicherheitsmänner von den terroristischen Gelächern der Grubenbarone völlig unabhängig gemacht werden müssen.

Sächsischer Gewerbetagungs-Konferenz.

In Zittau haben die sächsischen Gewerbetagungs-Konferenz eine vorläufige Konferenz abgehalten. Nach einer nochmaligen Beratung und endgültigen Verabschiedung der neuen allgemeinen Arbeiterprüfungsordnung, Gesellenprüfungsordnung und der Vorschriften für das Lehrlingswesen bildete das Gremium der Schornsteinfegerinnen für das Königreich Sachsen ein Erziehung einer besonderen Meisterprüfungsordnung für das Schornsteinfegerhandwerk den Gegenstand der Beratung. Auf Antrag der Gewerbetagungs-Konferenz Leipzig wurde beschlossen, daß die Schornsteinfegerinnen auf sich beruhen zu lassen. Ferner gelangte zur Besprechung die Frage der Gewährung von Unterstufungen an Vereinigungen von Kleinhandeltreibenden zur Deckung der Kosten von Nachuntersuchungen. Die Gewerbetagungs-Konferenz empfahl den einzelnen Kammern, die etwa bei ihnen eingehenden Besuche wohlwollend zu prüfen. Hierauf trat man in eine Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitskammern ein. Die Gewerbetagungs-Konferenz faßte hierzu auf Antrag der Gewerbetagungs-Konferenz folgende Resolution: „Die sächsischen Gewerbetagungen können nach wie vor ein Bedürfnis zur Errichtung besonderer Vertretungen des Arbeiterstandes nicht anerkennen und halten infolgedessen die Ablehnung des neuesten Entwurfs eines Gesetzes über die Arbeitskammern, der dem Reichstage am 25. November 1908 zugegangen ist, durch den Reichstag für dringend erwünscht. Sollten aber gleichwohl nach Anhörung dieses Entwurfs paritätische Arbeitskammern errichtet werden, so spricht sich die Gewerbetagungs-Konferenz für die Uebernahme der im § 7 Absatz 3 des ersten Entwurfs enthaltenen Bestimmungen aus, nach welcher Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in solchen gewerblichen Unternehmungen, die den Bestimmungen des Handwerks (Titel 4 der Gewerbeordnung) angehören, und die Unternehmer solcher Betriebe von dem Gesetze ausgenommen bleiben sollen.“ Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf den Wegfall des Abrufsens von Ägen auf kleinen Stationen. Hierzu wurde beschlossen, bei der Königl. Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen dahin vorstellig zu werden, daß künftighin die Ägen auf kleinen Stationen wieder abgerufen werden.

Daß die Vertreter der Gewerbetagungen eine Vertretung des Arbeiterstandes und daher die Errichtung von Arbeitskammern nicht anerkennen, ist bei diesen von dem rückständigsten gillförmlichen Geiste besetzten Meistertum keinesfalls verwunderlich.

Dresden. Durch die Ablehnung der von den städtischen Körperschaften geplanten Ordnung einer Besteuerung der Warenhäuser und Zweiggeschäfte durch die Oberbehörden hatte der Rat bekanntlich die Einführung einer Warenhaussteuer nach dem Muster der Stadt Chemnitz beschlossen. In der letzten Ratssitzung ist der Entwurf der betreffenden Bestimmungen genehmigt worden, der in den zur... den Stadtvorordneten vorliegenden Entwurf einer Gemeindefeuerordnung eingefügt werden soll. Hiernach sind im wesentlichen bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens die Steuerpflichtigen heranzuziehen, die entweder erstens gewerbmäßig Waren im einzelnen veräußern oder Bestellungen auf Einzelleistungen von Waren annehmen und mit diesem Betriebe einen jährlichen Umsatz von 300 000 Mk. oder mehr erzielen oder zweitens gewerbmäßig Waren von mehr als einer Verkaufsstätte aus oder in einer Niederlassung eines auswärtigen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmens im einzelnen veräußern oder Bestellungen auf Einzelleistungen von Waren annehmen, ohne Rücksicht auf die Höhe des Jahresumsatzes. — Es fragt sich nun, welche Aufnahme diese neue Fassung bei der Aufsichtsbehörde finden wird.

Zittau. Der Stadtrat hat das Gesuch eines Jagdpächters, das Betreten des von ihm gepachteten städtischen Waldkomplexes zu verbieten, abgelehnt. Nur Schonungen und Dickschneide dürfen betreten werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Familie des Gartenarbeiters Schuster in Baugen starben in voriger Woche kurz hintereinander zwei Kinder im Alter von 1 1/2 und 9 Jahren an Scharlach, ein Mädchen im Alter von 10 Jahren liegt noch schwer erkrankt im Krankenhaus, und ein weiteres dreijähriges Mädchen liegt zu Hause krank. Von den 6 Kindern der Familie sind also nur noch zwei, ein 13jähriger Knabe und ein fünfjähriges Mädchen, von Krankheit verschont worden. Hierzu kommt noch, daß der Ernährer der Familie wegen Mischtheilmalarias das Bett hüten muß, und daß die Mutter der Kinder sich an der linken Hand beim Stricken farbiger Strümpfe eine Blutvergiftung zugezogen hat, den Arm in der Binde tragen muß und auch nicht arbeiten kann. — Auf der Elbe bei Dommitzsch wurde ein mit Brettern beladener Kahn des Schiffbauers Ritter-Königsfeld durch einen vorbeifahrenden Dampfer voll Wasser geschlagen und sank so schnell, daß die Besatzung schleunigst ihr Leben in Sicherheit bringen mußte. Nachdem ein Teil der Ladung in einen anderen Kahn übergeladen war, konnte das Wasser aus dem Kahnraum ausgepumpt werden, worauf der Kahn nach Wiedererlangung der Gleichgewichtsweite seine Weiterfahrt antrat. — In Riesa wurde ein beim Schiffsbau beschäftigter Arbeiter Wastel aus Böhmen wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem 13jährigen Mädchen verhaftet. W. hat das Verbrechen in Röhrenroda begangen. — In Chemnitz verfiel die 43jährige Buchdruckerfrau Vogel, die schon einige Zeit nervenleidend war, plötzlich in Wahnsinn und versuchte, ihre 10jährige Tochter mit einem Beile zu erschlagen. Sie verletzte die Tochter schwer am Kopfe und stürzte sich, als das Mädchen um Hilfe rief, aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße, wo sie schwerverletzt liegen blieb. Sie hatte sich einen Bruch der Wirbelsäule und schwere innere Verletzungen zugezogen. Mutter und Tochter wurden ins Krankenhaus gebracht. — Im Bahnhof Schwarzenberg geriet der Weichenwärter Stemmler zwischen die Puffer und wurde am Brustkorb so schwer verletzt, daß er ins Zwickauer Krankenhaus gebracht werden mußte. — In der Flur Malz wurde der 20jährige ledige Korbmachergeselle Ernst Gustav Denze aus Dahleu mit abgefahretem Kopfe aufgefunden worden. Vermutlich hat er sich durch einen Zug überfahren lassen.

Hus den Nachbargebieten.

Das Reichsvereinsgesetz in Sachsen-Weimar.

Während der Amstättigkeit des reaktionären Ministers v. Dumelow waren Versammlungsverbote und -auflösungen aus den denkbar schlimmsten Gründen an der Tagesordnung. Das sogenannte „liberale“ Regiment des Staatsministers Dr. Paulsen ist nun schon fast zwei Jahren am Ruder, aber noch immer lastet der alte reaktionäre Druck schwer auf dem Lande. Bei der Agitation für die Landtagswahlen haben unsere Genossen die fonderbarsten Erfahrungen gemacht. Im Eisenacher Oberlande, dem Wahlkreise Trielen-Schads, erklärte der Bürgermeister von Unterelken, daß er in der Gemeinde keinen Sozialdemokraten sprechen lasse. Uebrigens habe schon der Bürgermeister Stein aus Gerstungen über die Landtagswahl gesprochen; und das genüge den Wählern! In Unterweid auf der Höhe erfuhr einer unserer Genossen den Bürgermeister, eine von unserer Partei abzuhaltende Wählerversammlung in der örtlichen Weise durch die Ortschule bekannt machen zu lassen. Der Bürgermeister nahm den Auftrag an, aber bald darauf erschien der Gemeindevorstand bei unserem Genossen und sagte ihm, daß die Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen gar nicht gestattet sei. Auf die Einwendungen unseres Genossen legte er ihm dann folgendes Schreiben vor:

Der Großherzogliche Bezirksdirektor Dornbach.

Dornbach, den 5. November 1907.

Der Gemeindevorstand in Unterweid wird auf seinen Bericht vom 18. d. Mts. hierdurch angewiesen, in Zukunft sozialdemokratische Versammlungen überhaupt nicht zu gestatten, vielmehr die Entschließung anzufassen und uns von der beabsichtigten Abhaltung einer solchen Versammlung unter Angabe des Gegenstandes der Tagesordnung und des Redners alsbald Mitteilung zu machen. Vermehren.

Der Verfasser dieses Kulturdokuments war bis vor anderthalb Jahren noch Bezirksdirektor (Landrat) des Bezirkes Dornbach! Seit mehr als anderthalb Jahren ist nun das Reichsvereinsgesetz in Kraft, zwei Bürgermeister im Gopelshändchen haben jedoch noch heute keine Ahnung davon!

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Räuberischer Diebstahl und versuchter Raub. Der Handarbeiter Friedrich Otto Schreiber, wohnhaft in Altenbach, geboren 1870 in Brandis; verheiratet, Vater von fünf Kindern, und der Gelegenheitsarbeiter Friedrich Karl Heinrich Göritz, wohnhaft in Jersitz, geboren 1876 in Jersitz, verheiratet und Vater von sechs Kindern, sind des räuberischen Diebstahls und versuchten Raubes angeklagt. Beide erklären sich für unschuldig. Sie sollen am 3. Juni, nachmittags in der vierten Stunde in Leulitz bei dem Privatmann Karl Gottlieb Kühn den Jaun überfallen, einen Schrank erbrochen, daraus ein Portemonnaie mit drei Schließeln, einen Revolver und Patronen genommen haben. Schreiber allein wird noch beschuldigt, den Kühn zu Boden geworfen, gewirgt, ihm Mund und Nase eingeklemmt und gesagt zu haben: Gib Geld her! Beide An-

geklagten hatten sich auf der Chaussee zwischen Sommerfeld und Borsdorf getroffen. Schreiber fuhr auf seinem Rad und Göritz hatte die Absicht, sich zu Fuß nach Dresden zu begeben. Nach der Darstellung von Göritz habe Schreiber ihm zugeredet, von der Chaussee abzulenken und den Weg nach Leulitz einzuschlagen. Er sei mitgegangen, weil es kein großer Umweg sei und weil er Gesellschaft hatte. Vor dem Dorfe Leulitz sei Schreiber vorgegangen; er selbst habe etwas gewartet. Dann habe er einen heiseren Schrei gehört und sei über den Jaun des Kühn gesprungen. Im selben Augenblick sei Schreiber zum Hause heraufgekommen und er habe ihn gefragt, was denn los sei. Darauf habe Schreiber gesagt: Komm, komm! und sei über den Jaun gesprungen. Er selbst habe am Jaun in ein Tuch gewickelt einen Revolver mit Patronen gefunden, habe das Päckchen mitgenommen und sei ebenfalls über den Jaun gesprungen. Schreiber hingegen will zu jener Zeit gar nicht in Leulitz gewesen sein. Das Portemonnaie des Privatmanns Kühn, das in seinem Besitze war, will er in Sommerfeld gefunden haben. Durch eine Anzahl Zeugen, die den Schreiber persönlich kennen, wird jedoch festgestellt, daß er zur Zeit des Ueberfalls bei dem Tatorf gewesen ist. Er war, nachdem Leute auf die Häuser aufmerksam geworden waren, auf seinem Rade gestoben und abends in seiner Wohnung verhaftet, während Göritz gleich nach der Tat festgenommen wurde. Beide wurden in das Gefängnis Grimma eingeliefert. Hier hat Schreiber dem Göritz zugezagt: Wir kennen uns nicht. — Der Ueberfallene, Privatmann Kühn, der sehr gebrechlich ist, sollte in seiner Wohnung vernommen werden, da die Wohnung jedoch ein total menschennurwürdiger Raum war, wurde die Vernehmung im Gasthof vorgenommen. Er sagte aus, daß er in seinem Garten beschäftigt gewesen sei und ins Haus treten wollte. Da hörte er Poltern; die Tür zu seiner Stube war geöffnet, sein Federbett lag auf dem Boden und er wurde gepackt und zu Boden geworfen, mit der Hand auf Mund und Nase gedrückt. Der Räuber sagte: Gib's Geld her! Er hat auch schon, ihn loszulassen, er wolle ihm Geld geben, als eine Frau von draußen rief, sie wolle Leute holen. Dadurch seien die Räuber verschreckt worden. Das Schloß war vom Schrant abgepreßt worden, ein Portemonnaie mit Schließeln und der Revolver seien gestohlen, die Taschenuhr habe der Räuber liegen lassen, das Gesangbuch, das ebenfalls im Schranke lag, hat er unter dem Bett gefunden. Kühn besitzt einige Sparbücher der Sparkasse Grimma über zusammen 9000 Mk. Er ist acht Tage lang insolge des Ueberfalls krank gewesen, sein Gesicht war zerkratzt. Ein Strafwärter hat gehört, daß die beiden Diebe auf der Chaussee beim Vorübergehen sich über das Wechseln von Tausendmarktscheinen unterhielten. Göritz sagte zu Schreiber, er solle nicht so laut reden, wenn die Leute es hörten! Die beiden Angeklagten wurden von einer Anzahl Zeugen wieder erkannt, so daß ihr hartnäckiges Leugnen ihnen nichts nützen konnte. Schreiber wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Göritz zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Zwei Weineidegeschworenen. Die Witwe Christiane Wilhelmine Seifert aus Waldkirchen hatte ihrem Schwiegersohn, dem Kaufmann Freitag in Falkenstein, ein Darlehen von 9000 Mark ins Geschäft gegeben, wie sie behauptet, ohne Zinsen. Ferner leistete sie noch zwei Bürgschaften, und zwar gegenüber dem Kaufmann Löwe in Treuen und gegenüber dem Kaufmann Pöschel in Auerbach. Der Schwiegersohn aber geriet in Konkurs und nun wurde sie von den Gläubigern bedrängt. Sie wurde auch im Fall Löwe zur Zahlung der Bürgschaftssumme von 3000 Mark verurteilt; es erging gegen sie eine fruchtlose Pfändung, worauf Löwe die S. zum Offenbarungseid vorladen ließ. Die S. leistete am 21. September vor dem Amtsgericht Leipzig den Eid, unterließe es aber, anzugeben, daß sie noch eine Darlehensforderung an ihren Schwiegersohn besitze. Sie entschuldigt sich damit, daß sie geglaubt habe, die Forderung sei erloschen, weil im ersten Konkursstermin ihre Forderung abgewiesen worden war. Ihr Rechtsanwalt hat die Angeklagte aber späterhin darauf hingewiesen, daß sie ihre Forderung zur Konkursmasse anmelden solle. Auf ihren Einspruch, daß sie kein Geld besitze, um den Vorstoß erlegen zu können, ist sie darauf hingewiesen worden, sie könne im Armenrecht klagen, was sie dann auch getan hat. Nunmehr wurde sie vorgeladen, um zu beidigen, daß sie eine Forderung an ihren Schwiegersohn habe. Sie betam es infolgedessen mit der Angst zu tun und ging am 20. April dieses Jahres zur Staatsanwaltschaft, wo sie angab, sie habe bei Leistung des Offenbarungseides die Forderung an ihren Schwiegersohn nicht angegeben, weil sie geglaubt habe, die Forderung sei verloren; sie wolle nun aber doch noch nachtragen, daß sie die Forderung geltend mache. Die alte Frau ist sofort in Haft genommen worden. Sie sagte vor Gericht, sie habe sich in all den Dingen nicht zu helfen gewußt, ihre Kenntnisse seien zu schwach gewesen. — Der zweite Weineidsfall betrifft die Bürgschaft gegenüber dem Kaufmann Pöschel in Auerbach, dem sie sich für ihren Schwiegersohn bis zum Betrage von 1500 Mk. verpflichtet hatte. Vor dem Amtsgericht Leipzig hat sie am 18. Juli 1908 beschworen, daß die Unterchrift unter dem Bürgschaftsschein nicht von ihrer Hand herrühre. — Die Beweisnahme fiel für die Angeklagte, die sich für ihre Kinder gepöschelt hat, ziemlich ungünstig aus. Sie wurde für schuldig befunden des schuldigen Faltscheides in zwei Fällen und zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt.

Abreibung. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schwurgericht gegen Frau Wilhelmine Thäle aus Schöben. Die Anklage lautete auf Lohnabreibung. Die Geschworenen verneinten indes die auf dieses Delikt gestellte Schulfrage; sie sprachen die Angeklagte nur wegen Beihilfe zur Abreibung schuldig. Das Gericht zog in Erwägung, daß die Angeklagte wegen Abreibung bereits zweimal vorbestraft ist, und verurteilte sie zu einem Jahr Zuchthaus. Die beiden früheren Strafen, die die Angeklagte zurzeit verbüßt, wurden mit der gegenwärtigen zusammengelegt und zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus umgerechnet, wovon zwei Monate als verbüßt gelten.

Kinematographen-Theater.

Veranstaltungen in kommenden Woche.

Rosmostheater. Windmühlenstraße 9. Licht- und Filmbilder. Montag 8 Uhr öffentlicher Vortragsabend.

Sonnabend 3 Uhr Märchenabende.

Scherrs Bioscope-Theater. Lindenau, Markt. Diens-

tags und Freitags neues Programm. Diverse Dramen

und humoristische Szenen. Neueste Cinephon-Aufnahmen.

Weiße Wand am Krystalpalast. Wöchentlich zweimal

Programmwechsel.

Welttheater. Dresdner Straße 82 und Barfußgäß-

chen 12, sowie Volkstheater, Hainstraße 5. Einheitliches

Programm. In jeder Vorstellung 5 Dramen und 5 humo-

ristische Szenen. Nur neue Bilder.

Wintergarten. L.-Neuschönfeld. Eisenbahnstr. 56. 1500

Personen fassend. Schaulpiele, Operetten, Komödien,

Märchen, Lustspiele, Dramen. Geöffnet täglich 4-11,

Sonntags 2-11 Uhr.

Zentraltheater. Kleinzschöcher, Scherrs alte Brauerei.

Mittwochs und Sonnabends Programmwechsel.

Schirmfabrik Paul Kleemann Reichsstr. 4/6 Herren- u. Damen-Schirme
Messpalast, Specks Hol Spazierstöcke.

H. Hollenkamp & Co.

Herren-, Knaben- und Kinder-Bekleidung
Herren- u. Knaben-Sport- u. Mode-Artikel

Brühl 32 **Leipzig** Ecke Reichsstr.

empfehlen

in nur eigener Anfertigung

Winter-Paletots
Winter-Ulster
Pelz-Mäntel
Sammet-Jacketts
Rauch-Jacken
Schlafröcke
Pelzmäntel

sowie zu

Weihnachts-Geschenken
passende Artikel
in grösster Auswahl.



Eligio Sauda

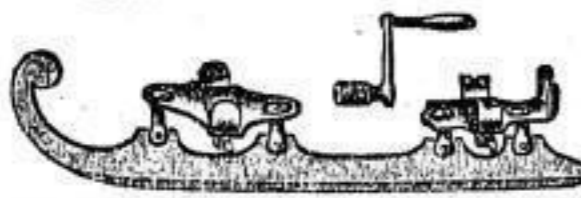
Fernspr. 9501 **Nürnberger Strasse 9** Fernspr. 9501

Beste u. billigste Bezugsquelle
aller



Solinger Stahlwaren

Taschen-Rasirmesser, Scheren aller Art. — Grosse Auswahl in Tischbestecken.
Haus- und Wirtschafts-Artikel, Werkzeuge.



Haarschneidemaschinen.
Schliffschuhe

in grosser Auswahl von 60 Pfg. an.
Eigene Schleiferei mit elektrischem Betrieb.

Wie neu

werden Damen- u. Herrngarderobe
durch chemische Reinigung bei

Otto Beck

Leipzig, Lange Strasse 18
Roudnitz, Bergstrasse 3
den Drei Ecken gegenüber.

Reparaturen billigst!
Lieferzeit 2-3 Tage.

Gelegenheitskäufe

Kein u. billig: Paletots, Hosen,
Anzüge, Jacken, Gehröcke, Schuh-
waren, Hüten, Ketten, Ringe,
Armbänder, Theater- und Fern-
gläser, Revolver usw. 15419*

W. Lory, Gr. Fleischer-
gasse 28.

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

15419*

Der Einkauf von Gold- u. Silberwaren ist und bleibt Vertrauenssache

daher wird das verehrte Publikum ersucht, beim
Einkauf von Gold- und Silberwaren zum bevor-
stehenden Weihnachtsfeste sich nur an die Ge-
schäfte der Mitglieder der Leipzig-Goldschmiede-
Innung zu wenden, welche als Fachleute weit-
gehendste Garantie bieten für reelle und preis-
werte Bedienung. Die Leipziger Goldschmiede-Innung.

Für Festlichkeiten

empfehle mein reichhaltiges Lager von schönen u. praktischen
Gegenständen zu

Tombola, Prämienkegel u. -Schossen

ferner empfehle Kotillon-Artikel, Spielwaren,
Garderobe- und Eintrittskartenblocks, Humor-
Mützen zu den billigsten Preisen. 15210*

Vollständige Ausführung von Verlofung jeder Art.

Leipzig Südvorstädtisches Kaufhaus
Bayerische Strasse 61
Ecke Motzkestrasse.

Heinrich Lintzmeyer.
Telefon 10050.

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

Herm. Krüger

Reichsstrasse 45. — Nahe am Brühl. 20946*



Anerkannt grosse Auswahl in:
Bordbrettern, Zigarrenschänken, Klavier-
Sesseln, Ofenbänken, Hookern, Bücher-
Etagères, Staffeleien, Noten- und Blumen-
Ständern, Servier- und Blumen-Tischen,
Rauch-, Salon- und Lutherischen, Säulen-
und Piedestale, Vorsaal-Garderoben sowie
alle in dieses Fach einschlagende Artikel.
Grosse Auswahl fertiger Bilder u. Haussegen
von Bildern wird schnell und
sauber ausgeführt.
Einrahmung
Lager in Trumeaux- u. Pfeilerspiegel.

Neuester Schlager! Freifliegender Flug-Apparat

System Eloriot vermittelt Propeller (Zuschraube) bis
zu 20 Meter weit garantiert freistehend, solid und dauer-
haft gearbeitet, Stoffüberzug, Größe 75 Zentimeter.
Interessant! Aktuell! Schönster Geschenkartikel!
Verkauf franko Nachn. 1 Stk. 2.50 A, 2 Stk. 4.85 A, 3 Stk. 0.85 A.
General-Vertrieb: **Gust. P. Haegeler, L. Gohlis, Landsberger**
Wiederverkäufer und Käuferer bei hohem Verdienst gesucht.
Großer gewinnbringender Artikel. 21640*

Gr. Möbel-Verkauf

Günstigste Gelegenheit für
Brauteute und Familien.
Komplette Wohnungseinrichtung
für nur 348 Mk.
Schrank, nussl. furniert 55 A
Vertiko, nussl. furniert 55 A
Stegisch, furniert 18 A
Pflischottom, alle Farben 55 A
Trumeauxspiegel m. Konz. 32 A
4 Stühle, mod. Mohrleiche 24 A
2 h.-franz. Vertik. m. Matr. 04 A
kompl. Kücheneinrichtung 45 A
5294* Sa. 348 A
nur Pfaffenfurter Str. 12,
Eingang Humboldtstrasse.
A. verw. Faeklam.

Zahn-Atelier

Willy Schult
Peterssteinweg 10, 1.
Ecke Münzgasse.
Zellabteilung gewerkschaftl.
Fernspr. 10352.



Wie der Faulenzer
sich
aalt!
Kautenger 2, 3.50, 4.50, 7 A
Prograh-Rappstühle 10
bis 20 A 21728
Popp, Panorama
neben der Markthalle.
Auswahl keinesfalls
auch nur annähernd erreicht.

Als Weihnachts-Geschenk bis 22. Dezember 1909

erhält jeder, wer von 4 Mk. an Bilder bestellt, je nach Aus-
wahl, Brosche, Anhänger, Schlüsselnadel etc. (nachweis-
Verkaufswert 2 Mk. bis 4.50 Mk.) mit eigener 20909*

Photographie umsonst

in Semi-Emaille. 12 Visit, matt, von 4 Mk. an.

Trotz dieser Vergünstigung alle Arbeiten in feinsten moderner
Ausführung auf bestem und haltbarem Material. Desgl. Ver-
grösserung nach jedem Bilde. Sonntag, den 28. November, und
5., 12. u. 19. Dezember, bis 8 Uhr abends, Aufnahmen bei
tagesheller Beleuchtung. Tadellos u. pünktliche Lieferung. Billigste Preise.

Atelier M. Krause

Nahe dem Felsenkeller Leipzig-Plagwitz Zschundersche Str. 25

Paul Biedermann

Markt 12 L.-Lindenau Markt 12

Gold- und Silberwaren

Uhren, Semi-, Emaille-

:: Schmucksachen ::

— Eigene Reparatur-Werkstatt. —

15210*

15210*

15210*

15210*

15210*

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Dezember.

Geschichtskalender. 4. Dezember 1400: Gründung der Universität Leipzig. 1642: Der französische Staatsmann Kardinal Richelieu gestorben. 1670: Der englische Philosoph Thomas Hobbes in Hardwick gestorben. 1705: Der englische Geschichtsschreiber Thomas Carlyle zu Ecclefechan in der schottischen Grafschaft Dumfries geboren. 1798: Der Naturforscher Luigi Galvani in Bologna gestorben. 1900: Der Maler Wilhelm Leibl in Würzburg gestorben.

Sonnenaufgang: 7,54, Sonnenuntergang: 3,40. Monduntergang: 1,9 nachm., Mondaufgang: 11,26 nachm. 5 Uhr nachm. letztes Viertel.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 5. Dezember: Lebhafter Westwind, bedeckt, milde, zeitweise Regen.

Zur Frage der Zahnbehandlung der Schulkinder.

Die gegenwärtigen Verhandlungen über die Förderung der Zahngesundheit mit Hilfe der Volksschule haben wohl nirgends freundlichere Gesinnung erweckt als unter den Schulärzten, die alljährlich durch die regelmäßigen Untersuchungen der Schulkinder den tiefsten Einblick in das Massenelend der Zahnfäulnis in bemittelten und unbemittelten Volksschichten erhalten, ohne bisher in der Lage zu sein, irgendetwas Nennenswertes zur Abhilfe beizutragen.

In der Frage, wie sich die Schule wirksam an der Bekämpfung dieser Volkskrankheit beteiligen kann, ist man jetzt darüber einig, daß mit sachkundiger Untersuchung, Belehrung und guten Ratsschlägen allein nichts gebiet ist, daß nur die Beschaffung ärztlicher Hilfe Erfolge bringen wird, und zwar, wie wir jetzt nach dem Vorgange von Straßburg, Darmstadt und anderen Städten wissen, große und überaus segensreiche Erfolge. In der Deutschen Zahnärztlichen Wochenschrift schreibt der Schularzt Dr. H. Baudel über diese Frage:

Der Wege, auf denen die Schulkinder der zahnärztlichen Behandlung zugeführt werden sollen, gibt es verschiedene. Mir scheint der von Volksschulärzten vorgeschlagene sehr gangbar und wegen seiner Einfachheit empfehlenswert. Und zwar möchte ich besonders auch dafür eintreten, daß die Klassenuntersuchung der Schulkinder auf ihre Zahngesundheit von den Schulärzten und nicht von den behandelnden Zahnärzten ausgeführt werde. Ich glaube, die Zahnärzte haben noch nicht so wie die Schulärzte aus eigener Erfahrung Kenntnis davon, wie ausgebreitet und wie vorgeschritten die Zahnkrankheiten unter den Volksschulkindern ist. In den allermeisten Fällen braucht es nicht einmal einen Arzt, geschweige denn einen Spezialarzt, um die Krankheit festzustellen. Man braucht nur den Mund aufmachen zu lassen und zuzugucken, um mit Leichtigkeit bei mehr als neun Zehntel aller Kinder einen oder mehr faule Zähne zu sehen. Ich habe diese mir schon bekannte Tatsache bei Gelegenheit meiner letzten Klassenuntersuchungen, die sich auf 420 Kinder erstreckten, abermals ausdrücklich festgestellt. Da ist es doch viel einfacher, der Schularzt trägt gelegentlich der eingehenden Klassenuntersuchung, die er nach der bestehenden Dienstverteilung ausführt, bei den 90 und mehr Prozent der Kinder die Zahnfäulnis in den Gesundheitschein (der ohnehin schon die Mundart, Nase und Sprache aufweist) ein und übergibt sie, soweit nach den zu treffenden Bestimmungen zahnärztliche Fürsorge durch die Schule in Betracht kommt, dem Schulzahnarzt oder der Schulzahnklinik. Mit diesem so ausgesuchten Material zahnärztlicher Kinder wird die Schulzahnbehandlung gerade genug zu tun haben.

Daneben könnte sehr wohl die Bestimmung getroffen werden, daß die kleine Kinderzahl der für die oberflächliche Untersuchung zahngesund erscheinenden Kinder dem Schulzahnarzt zur genaueren spezialärztlichen Untersuchung zu überweisen sind, um auch Fälle mit versteckter oder beginnender Erkrankung, die ja ein besonders dankbares Feld bieten, nicht zu verlieren.

Es gebietet aber auch die Rücksicht auf die Schule und auf die Eltern, daß die Klassenuntersuchungen nicht zu sehr zersplittert werden. Jeder ganze Klassen untersuchende Arzt entzieht dem Schulunterricht mehrere Stunden, und wenn es künftig statt des einen Schularztes zwei oder gar mehrere werden, könnte der Unterricht doch empfindliche Störungen erleiden. Ferner ist die Anwesenheit der Eltern bei den Klassenuntersuchungen dringend wünschenswert. Nun weiß jeder Schularzt, daß den Einladungen hierzu ein erheblicher Teil der Eltern keine Folge leistet. Nimmt man sich die Mühe, und erkundigt sich, warum die Mutter ausgeblieben ist, so erfährt man fast durchweg, daß Ueberfülle an häuslicher Arbeit oder Sorge um Verdiensteintrag der Grund ist. Fällt nun die Klassenuntersuchung mehreren Ärzten zu, so wird den Unbemittelten ein doppelter Zeit- und Einkommensverlust zugemutet. Endlich, und dies wäre nicht der geringste Nachteil, wenn der Schularzt der Teilnahme an der Fürsorge für die Zahngesundheit beraubt würde, würde ihm auch ein großer Anteil des Interesses an den ihm anvertrauten Schulkindern genommen, und damit würde die Schulgesundheitspflege gewiß keine Förderung erfahren. Der untersuchende Arzt, der in der Schule die notwendige Behandlung den Eltern anräth, sieht nicht selten auf passiven Widerstand. Der Schularzt, der nicht nur die Zähne, sondern das ganze Kind untersucht, hat, wird solchen Widerstand manchmal leichter überwinden, wenn er bei vorgefundenen inneren Erkrankungen auf die besonderen Schädigungen eines kranken Gebisses im einzelnen vorliegenden Falle hinweisen kann, als der Zahnarzt, der naturgemäß sein Augenmerk nur auf sein Spezialorgan richten kann.

Aus allen diesen Gründen sind die Klassenuntersuchungen der Kinder auf Zahnkrankheiten einfacher und zweckmäßiger vom Schularzt und nicht vom Spezialarzt auszuführen.

Der jetzt für Nürnberg vorgeschlagene Weg ist in Straßburg schon lange beschritten. Die städtische Schulzahnklinik überläßt die Zahn- und Munduntersuchung der Kinder in den Schulen schon seit Jahren völlig den Schulärzten und hat damit die besten Erfahrungen gemacht, indem ihre Bestrebungen von allen Schulärzten unterstützt und gefördert werden.

Photographische Vergrößerungen.

Wiederholt erscheinen in bürgerlichen Zeitungen seitenslange Ankündigungen von sogenannten Kunstsalzen, die angeblich ganz umsonst, nur der Einführung der Firma willen Vergrößerungen herstellen. Der Arbeiterschaft kann wohl die Art der Klame, die solche Unternehmer machen, gleichgültig sein, das System jedoch, das sich hinter diesen, den photographischen Wert auf das engste verknüpfenden Kunstsalzen verbirgt, zwingt uns, dazu Stellung zu nehmen, da schwere Schädigungen der Allgemeinheit durch die die Grenzen des Strafgesetzbuches hart freisenden Geschäftsmanipulationen eingetreten sind und noch mehr einzutreten drohen. Die Art eines solchen Geschäftsbetriebes ist kurz folgende: In den Tageszeitungen einer bestimmten Stadt erscheinen plötzlich und mehrmals hintereinander Inserate, die ankündigen, die Firma A. N. hat, um am Orte sich

einzuführen, Bilder zur Verfügung gestellt, die sie vollständig „gratis“ an Reflektanten abgibt. Andererseits wird auch vielfach durch Reisende dieses ausgeführt. Der Interessent hat nur nötig, ein Originalbild an die Firma zu senden und erhält dann gänzlich portofrei eine künstlerisch ausgeführte Vergrößerung. Der Reichhaltigste, der der Firma ein Bild — sehr oft eine unerföhrliche Erinnerung oder das Porträt eines Verstorbenen — sendet, erhält nach einiger Zeit einen völlig wertlosen Rohabzug mit einem Begleitschreiben, das besagt, die Photographie bedarf zu ihrer endgültigen Fertigstellung noch einer Nachbearbeitung, die gegen Einsendung von 5 Mk. — oft mehr, selten weniger — seitens der Kunstsalz vorgenommen wird. Außerdem wird auf das große Rahmenlager aufmerksam gemacht und zum Betrage von 5 bis 8 Mk. ein passender Rahmen — angeblich billiger als bei irgend einer anderen Firma — offeriert. Das Endresultat ist: für 15—18 Mk. eine Vergrößerung, die weit besser und weit billiger bei jedem Photographen zu haben ist. Der Versand geschieht nur per Nachnahme und eine vorherige Prüfung des Bildes ist natürlich unmöglich. Außer den Annoncen, die ein ganz gewaltiges Kapital verschlingen, müssen doch auch die Reisenden bezahlt werden. Wie rentabel so ein Geschäft ist, geht daraus hervor, daß ein Reflektant für jedes Bild, das er zur Vergrößerung einliefert, 2 Mk. und mehr Provision erhält, gleichgültig, ob darauf die bezahlte Ausarbeitung bestellt wird oder nicht. Diese sogenannten Kunstsalzen haben einen staunenswerten Umsatz angenommen. In Dresden befindet sich eine solche Firma, die auch in Berlin eine Niederlassung hat, und einen ganzen Stab Kontorpersonal beschäftigt. Die „zufriedenstellend“ die Bilder in den meisten Fällen sind, beweist, daß allein zwei Kontoristen in der regulären Geschäftszeit die laufenden Geschäftssachen nicht bewältigen können. Große Schwierigkeiten erwachsen außerdem noch denjenigen, die, ohne sich in der geschuldeten Art rufen zu lassen, ihre Originalphotographien zurückverlangen. Namentlich sind es die Frauen, die sich von der Aufdringlichkeit der Reisenden bedrückt lassen und dann nicht nur allein den Schaden, sondern auch noch den Spott zu tragen haben. Die einzige Möglichkeit, derartige Schädigungen abzuwenden, ist Aufklärung der Bevölkerung.

Gegen die Rauch- und Kuppelplage richtet sich eine Verfügung des preussischen Kultusministers. In dieser Verfügung werden die Rauch- und Kuppelgase als wichtigste Ursache der schlechten Stadtluft bezeichnet. Bei Kesselfeuerungen wären in den letzten Jahren einige Verbesserungen erzielt worden. Dagegen sei fast noch gar nichts für eine Verminderung der Rauchzeugung durch Hausfeuerungen geschehen, die noch weit mehr Material verbrauchen als die Kesselfeuerungen u. dergl. Von Polizeiverordnungen verspricht sich der Minister wenig. Dagegen hat er ein Merkblatt in Sachen der Rauch- und Kuppelplage und ein Merkblatt für die zweckmäßige Behandlung der Kohlen und Dafen des Vereines für öffentliche Gesundheitspflege in Hannover der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zur Begutachtung überwiehen. Der Minister empfiehlt die Herausgabe ähnlicher Druckchriften in den einzelnen Städten. Ein einheitliches Merkblatt für die ganze Monarchie hält er wegen der Verschiedenheit der klimatischen Verhältnisse nicht für geeignet. In den Merkblättern soll auch auf die Gefährlichkeit des Feueranmachens mit Petroleum hingewiesen werden, wenn dies auch nichts mit der Rauchbekämpfung zu tun hat. Im Merkblatt soll auf die hygienische Bedeutung der verschiedenen Ofenkonstruktionen eingegangen und die Gasheizung zwecks Verminderung der Rauchplage empfohlen werden. Einfache in Kachelöfen, die Dauerbrand gestatten, haben sich bewährt. Dauerbrandöfen an die Züge eines Kachelofens anzuschließen ist dagegen nicht ratsam. Koks, der porös ist und ziemlich viel Wasser aufnehmen vermag, sollte nach Maß, nicht nach Gewicht gekauft werden.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im Monat November wurden 49 bebauten Grundstücke für die Kaufsumme von 4 092 539 Mk. und 13 unbebaute Grundstücke für die Kaufsumme von 277 749 Mk. verkauft.

Ein neuer Landesverratsprozeß. Vor dem vereinigten 2. und 3. Straffenate beginnt am 15. Dezember unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Dischhausen der auf etwa drei Tage berechnete Prozeß gegen den Kaufmann Paul Karl Gustav Weikel, geboren am 11. Juli 1882, zuletzt in Angerburg (Ostpreußen) wohnhaft, der des Verrats militärischer Geheimnisse usw. beschuldigt ist. Die Verteidigung hat der Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Lehmann übernommen. — Die Verhandlung wird voraussichtlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Ortsgruppe Leipzig, hat sich bestrbt, die Aufklärung über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten in die weitesten Kreise zu tragen. Sie hat sich außer der Veranstaltung von Vorträgen für das große Publikum insbesondere die Aufklärung der reisenden Jugend zum Ziel gesetzt, ist mit den Leitungen von Gewerbeschulen, Fortbildungsschulen usw. in Verbindung getreten und hat dort vielfach Entgegenkommen und Anerkennung gefunden. Eine Vortragsreihe für Lehrerinnen, um diesen eine aufklärende Einwirkung auf die reisenden Schülerinnen zu ermöglichen, ist geplant und soll durch eine Leipziger Kertzin, die sich in dankenswerter Weise dazu bereit erklärt hat, veranstaltet werden. Am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 1/4 Uhr, wird im Saale des städtischen Kaufhauses am Neumarkt ein Vortrag des Herrn Dr. Ludwig Meyer, Sekretär der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin, stattfinden, der über die neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Syphilisforschung sprechen wird. Es ist auch für die Projektion von Lichtbildern Sorge getragen, so daß den Gästen der kürzlich entdeckte Erreger der Syphilis im Mikroskop vorgeführt werden kann. Der Eintritt ist wie immer für Damen und Herren frei.

Deutscher Buchgewerbeverein. Die Ausstellung: 25 Jahre deutsches Buchgewerbe, muß am 8. Dezember 1909 geschlossen werden, da dann mit der Einrichtung der Weihnachtsausstellung begonnen wird, die am 12. Dezember eröffnet wird. Die technische Abteilung des Museums bleibt bis auf weiteres dem Besuche zugänglich.

Wachsende Sterblichkeit in der dritten Novemberwoche. Die Gesundheitsverhältnisse zeigen in der dritten Novemberwoche vom 14. bis 20. in den einzelnen deutschen Städten ein wachsendes Bild. Die Sterblichkeit ist teils etwas gestiegen, in anderen Städten etwas gefallen. Auf 1000 Einwohner und auf ein Jahr betrug sie von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern inachen 10,6, Altona 15,9, Augsburg 23,6, Barmen 10,3, Berlin 15,3, Bielefeld 9,3, Bochum 17,6, Bonn 13,3, Braunschweig 17,2, Bremen 16,7, Breslau 17,4, Charlottenburg 10,6, Chemnitz 16,5, Danzig 18,1, Darmstadt 12,6, Dort-

mund 15,8, Dresden 14,0, Deutsch-Wilmersdorf 10,7, Duisburg 12,8, Düsseldorf 12,6, Eberfeld 10,6, Erfurt 12,5, Essen 9,8, Frankfurt a. M. 14,1, Freiburg i. B. 12,0, Gelsenkirchen 10,6, Götting 20,3, Hagen 17,7, Halle a. S. 18,8, Hamburg 14,6, Hannover 13,2, Hannover 14,0, Karlsruhe 12,0, Kassel 13,1, Kiel 13,3, Köln 17,1, Königsberg i. Pr. 23,6, Königsberg 13,7, Krefeld 12,0, Leipzig 15,1, Linde 10,8, Lübeck 16,4, Ludwigshafen 10,3, Magdeburg 10,4, Mainz 9,2, Reg 16,7, Mülhausen i. E. 12,6, Mülheim a. d. R. 11,1, München 17,2, Münster 11,0, Nürnberg 10,3, Offenbach 9,3, Pflauen i. S. 9,6, Posen 10,6, Rixdorf 9,8, Saarbrücken 14,1, Schöneberg 9,9, Spandau 14,7, Stettin 19,1, Straßburg i. E. 11,0, Stuttgart 12,9, Wiesbaden 12,1, Würzburg 18,0, Zabrze 12,5, Zwickau 18,2.

Bewegung der Bevölkerung in den Großstädten. In Berlin starben vom 1. bis zum 20. November insgesamt 820 Personen, darunter 130 unter 1 Jahr, an Krankheiten der Atmungsorgane 87, Tuberkulose 80, Magen- und Darmkatarrh 36, Diphtherie und Krupp 20, Scharlach 15, Keuchhusten 6, Typhus 4, Kindbettfieber 3, Masern und Möteln 1, gewaltfam 18, sonst 234; in Hamburg insgesamt 225, an Atmungskrankheiten 32, Tuberkulose 21, Diphtherie und Krupp 14, Magen- und Darmkatarrh 14, Scharlach 3, Masern und Möteln sowie Keuchhusten je 2, Kindbettfieber 1, gewaltfam 7, sonst 120; in Dresden zusammen 147, an Tuberkulose 16, Atmungskrankheiten 15, Magen- und Darmkatarrh 11, Diphtherie und Krupp 4, Keuchhusten 1, gewaltfam 2, sonst 88; in Leipzig insgesamt 156, an Atmungskrankheiten 19, Tuberkulose 16, Magen- und Darmkatarrh 16, Masern und Möteln 5, Kindbettfieber 3, Masern, Diphtherie und Krupp sowie Typhus je 1, gewaltfam 6, sonst 88; in Breslau zusammen 168, an Tuberkulose 30, Atmungskrankheiten 20, Magen- und Darmkatarrh 11, Keuchhusten 5, Masern und Möteln 2, Typhus 1, gewaltfam 2, sonst 96; in Frankfurt a. M. insgesamt 100, an Atmungskrankheiten 20, Tuberkulose 16, Keuchhusten 3, Diphtherie und Krupp je 2, gewaltfam 2, sonst 45.

Zusammenbruch eines Schornsteins. Das gestern, Freitag, nachmittag, ausbrechende Unwetter verbunden mit orkanartigem Sturm hat leider auch seine Opfer gefordert. Auf dem drei Stock hohen Hinterhaus Kurze Straße 5, Eigentum der Leipziger Emailwerke, sollte die Esse erhöht werden. Zu diesem Zweck war auf dem Dache ein aus vier Leitern bestehendes Gerüst erbaut, das auf Balken ruhte und mit Seilen verbunden war. Nachdem der Esenkopf abgenommen war, waren der 1877 zu Järlschen geborene Maurer Max Böhm, L.-Mendnis, und der Maurer Karl Hartmann, L.-Anger-Croittendorf, mit den weiteren Arbeiten an der Esse beschäftigt. Beide standen auf dem Gerüst. Von einem plötzlichen Windstoß wurde das Gerüst und auch die Esse umgeworfen, die Maurer stürzten mit ab. Die Esse schlug nach dem Hofraum des Grundstückes Antonstraße 6 und durchschlug das Dach eines Hinterhauses sowie das Dach eines Schmiedeschuppens. Hartmann stürzte in eine Schuppe und Böhm blieb auf einem der durchgeschlagenen Dächer liegen. Beide Verletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt. Hartmann ist den Verletzungen erlegen. Die Untersuchung ist eingeleitet, ob jemanden ein Verschulden am Unfall beizumessen ist.

Ein Raubfall wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr in dem Hintergebäude des Grundstückes Thomastusstraße 18 versucht. Dortselbst arbeitete der Besitzer des gesundheits-technischen Bureau von Rohloff, Herr Emil Rohloff, allein an einem Pulte. In das Kontor hatten sich zwei Burtschen einzuschleichen gewußt, diese überfielen den Herrn und schlugen auf ihn ein. Der Ueberfallene rief laut um Hilfe. Bevor die Räuber an die Veranbarung des im Kontor stehenden Geldschrankes gehen konnten, wurden sie von den auf die Hilferufe herbeieilenden Leuten überrascht und mußten die Flucht ergreifen. Es gelang, die Stroche sofort zu verfolgen und den einen in der Thomastusstraße, den anderen in der Gottscheststraße festzunehmen. Der eine der Attentäter ist der 32jährige Schlosser Marschner aus Rodau, der andre der im Jahre 1884 geborene Klemperer Meier aus Leipzig. Die beiden hatten gewußt, daß bei Rohloff Zahntag war und wollten das Geld rauben. Der gegen Rohloff geführte Schlag hat eine starke Schwellung des Auges und heftiges Nasenbluten verursacht, dürfte aber sonst keine Folgen haben.

Eine erhebliche Verkehrsstörung entstand gestern abend in der Frankfurter Straße. Die Pferde eines Dekonomen aus Hohenheida gingen durch und rasteten mit einem Leeren Getreidewagen in gestrecktem Galopp durch die Frankfurter Straße. Hier stießen sie mit einem Straßenbahnwagen zusammen, das Sattel Pferd kam zu Fall und blieb schwerverletzt liegen. Es wurde später durch die Feuerwehr aufgehoben.

Unfälle auf der Straße. In der Sebastian-Bach-Straße wurde gestern vormittag in der 12. Stunde das 2 1/2jährige Töchterchen des in 39/41 wohnenden Hilfsheizers Hermann Hünger von einem Straßenbahnwagen erfasst. Das Kind geriet unter das Schuttbrett und erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Es wurde aber noch lebend in das Kinderkrankenhaus gebracht. Den Wagenführer soll kein Verschulden treffen.

In der Windmühlenstraße wurde ein 65jähriger Privatmann von einer Droschke, die er nicht bemerkt hatte, umgerissen und über die Beine gefahren. Doch vermochte er seinen Weg fortzusetzen.

Am Markt wurde gestern abend ein 25jähriger Handlungsgehilfe von einer Kraftdroschke überfahren, zum Glück aber nicht schwer verletzt.

Ein Balkenbrand wurde gestern abend aus einem Hause der Hamburger Straße gemeldet. Der Brand ist von der Feuerwehr bald beseitigt worden.

Verhaftungen. Festgenommen wurde hier ein 36 Jahre alter Arbeiter aus Gorzig, der im Jahre 1905 hier mehrere Diebstähle verübt hatte und dann verschwunden war. In der Meinung, es denke niemand mehr an die Straftaten, lehrte er hierher zurück.

Wegen eines Stillschleppens an einem Kinde wurde ein 20 Jahre alter Geschäftsführer aus Grotzsch festgenommen.

Ein 17jähriger Wachszeichnerlehrling wurde zur Verantwortung gezogen, weil er seinem Schlafkollegen einen Hundertmarkschein veruntreut hat. Der größte Teil des Geldes wurde noch bei ihm vorgefunden.

Aus der Umgebung.

Schönefeld. In der Gemeinderatsitzung vom 30. November wurde mitgeteilt, daß eine Sitzung des Revisionenverbandes stattgefunden habe. Der Aufwand beläuft sich auf 4200 Mk., was dem Gehalt des Revisors entspricht. Eine Anzahl Gemeinden scheiden durch die Einverleibung aus. — Auf Anregung der Amtshauptmannschaft soll im Frühjahr die Müllabfuhr wieder aufgenommen werden. — Von der Mariannensitzung liegt eine Erklärung vor, wonach sie sich bereit erklärt, für die Sprengung der Lindenallee an die Gemeinde 400 Mk. zu zahlen. — Nach einem Kostenschlag über die Landverwertung bei der Parzellenregulierung müssen 27 Ar Land zum Preise von 13500 Mk. zum Austausch erworben werden. Die Angelegenheit wird späterhin noch verhandelt werden. — Eine Aufforderung zum Gastpflichtverband Leipzig wurde vorläufig unbeachtet gelassen. — Ferner wurde beschlossen, für Ostern 1910 zwei neu zu besetzende Lehrstellen auszuwerben. — Das Schiedsgerichtsurteil in der Streitfrage mit der Firma Dorico in Dresden ist zugunsten der Gemeinde ausgefallen. Die Firma hat alle Schäden und Misse an den Deden und Wänden im Rathaus beseitigen zu lassen. — Die Petroleumlieferung für das Wasserwerk wurde dem Kaufmann Köhler zum Preise von 18 Pfg. pro Liter übertragen. — Dem Ersuchen der Immobilien-Gesellschaft, die Wasserleitung auch auf dem Gelände an der Waldhauserstraße einzulegen, wurde entsprochen und die Lieferung der Röhre und Muffen sowie die Ausführung der Erdarbeiten wieder den beiden Firmen Poppe in Leipzig und Köhler in Freiberg zu den bisherigen Bedingungen und Preisen übertragen. — Ein Angebot auf Veräußerung von Gemeindebesitz auf dem Lindenalleeareal mußte als zu niedrig bezeichnet werden und wurde daher abgelehnt. — Dem Sonderverträge mit dem Gemeindeverband für das Elektrizitätswert Leipzig-Land wurde gegen die Stimmen der Unansässigen, die dagegen immer noch Bedenken äußerten, zugestimmt.

Brandis. Zur Stadtverordnetenwahl. Der Wahltag ist noch nicht bestimmt. Die Wählerliste liegt bis 9. Dezember auf dem Stadthause aus. Die Bürgerrechtserwerbung zeigt, daß jede Partei die größte Anstrengung gemacht hat. Die Deutsche Partei hat sozusagen ihren Landsturm aufgegeben. Leider bringen viele Arbeiter der Sache nicht das gehörige Interesse entgegen. Die Sorte Kommunalpolitik, die die jetzige Mehrheit treibt, muß auch den Wählern aufrütteln. In der letzten Sitzung z. B. mußte sich der Stadgemeinderat entschließen, welche Betriebskraft zum Wasserwerk Verwendung finden sollte. Diplomingenieur Saalbach, der Erbauer des Wasserwerks, riet ganz entschieden ab vom elektrischen Betrieb, da diehebung des Wassers bei gleicher Menge bei dem Strompreis, den Brandis zahlen soll, entschieden zu teuer würde. Benzinmotoren würden nach einem weiteren Gutachten der Firma Hille für 1700 Mk. daselbe liefern, wie elektrische Kraft für 4900 Mk. Schlankweg stellte Herr Dr. Dse den Antrag, Herrn Saalbach zu benachrichtigen, daß die elektrische Betriebsart genommen würde, mit Kraftbezug aus eigenem Werk. Herr Dr. Dse scheint demnach ganz genau zu wissen, daß das Werk eigentlich der Stadt und nicht Herrn Schlemann in Wurzen gehört. Das schönste dabei ist, daß so etwas ohne den geringsten Widerspruch, ohne jede Debatte einstimmig angenommen wird. Man will sich trotz erteilten Auftrags noch ein Gutachten bei der Firma Lange & Gerrienne in Leipzig einholen. Diese Firma scheint jedoch mit der Sächsischen

Vauegesellschaft für elektrische Anlagen liiert zu sein, denn diese Firma bebittet sich stets der Herren Lange & Gerrienne bei Angeboten, Nachfragen usw. So ganz unbefangene Gutachter dürften sie deshalb wohl kaum sein. Das Strahlennetz soll 48000 Mk. kosten, die Umformerstation 60000 Mk.; da sind 110000 Mk. zu verzinsen, wo fast nur die Strahlenbeleuchtung in Frage kommt. Abschreibungen in der Höhe von 10 Prozent und Strompreis dürften Brandis in eine keineswegs beneidenswerte Lage bringen. Der Ortsverein hat sich deshalb in einer Eingabe an die Amtshauptmannschaft gewandt, damit wenigstens der erwähnte Beschluß revidiert wird.

Schleibitz. Ein neues Rathaus. Der Neubau des geplanten Rathauses wird in diesen Tagen zum öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben. In den Bedingungen für die Ausschreibung sind 250 000 Mark als Baukosten vorgesehen. Im Kellergeschoss des Rathauses soll das Kaiserrestaurant mit drei Gastzimmern und den Nebengeräthen untergebracht werden. Das Erdgeschoss soll die Kämmererei- und Sparkasse, Tresor- und Direktorialszimmer, das Meldeamt, das Polizeikommissariat, ein Unterwärtlingszimmer, die Polizeiwache und einen Wartesaal enthalten. Das erste Obergeschoss dient zu Verwaltungsräumen und zwar dem Bürgermeisterzimmer nebst Vorzimmer, dem Magistratsführungszimmer, dem Zimmer des Sekretärs, dem Magistratsbüro, zwei Registraturen, dem Wartezimmer, Ständesaal, Stadtverordnetensaal mit Zuschauerraum, dem Garberoberaum und dem Kommissionenzimmer. Das zweite Obergeschoss wird nebst dem Hörsaal für den im ersten Geschosse untergebrachten Sitzungssaal das Baumt beherbergen. Das Dachgeschoss wird vorläufig nicht ausgebaut.

In der Verwirklichung der Wasserleitung. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats gibt es von nächsten Montag ab Wasser aus der Wasserleitung, und zwar unentgeltlich bis zum Jahresabschluss. Das Wasser darf nur zu Wirtschaftszwecken Verwendung finden und wird nur an solche Interessenten abgegeben, welche die Zeichnung der Wasserleitungs-Hausinstallation an den Magistrat eingereicht haben.

Ellenburg. Ueber die Geschäftszeit vor Weihnachten macht der Bürgermeister bekannt: Nach den über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ergangenen Bestimmungen ist für die letzten drei Sonntage vor Weihnachten eine verlängerte Beschäftigungszeit der Angestellten im Handelsgewerbe, sowie der verlängerte Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen auf 10 Stunden zugelassen. Die hiernach freigegebenen Stunden werden auf die Zeit von vormittags 7 bis abends 7 Uhr mit Ausschluß der Stunden des Hauptgottesdienstes von 9 bis 11 Uhr vormittags festgesetzt. Gemäß § 129 d, Ziffer 3 der Gewerbeordnung ist im weiteren die Beschäftigung der Angestellten im Handelsgewerbe, sowie in offenen Verkaufsstellen an den 12 Werktagen vor Weihnachten bis 10 Uhr abends gestattet, es können demnach auch die Verkaufsstellen vom 11. Dezember an bis 10 Uhr abends offen gehalten werden.

Eine starke Detonation wurde aus dem Hause Franz-Abt-Straße 7 wahrgenommen. Dort hatte eine Frau unvorsichtigerweise eine zugeschraubte Wärmflasche in die erhitzte Pfeife gestellt. Das Wasser war ins Kochen geraten und die sich entwickelnden Dämpfe hatten die Flasche auseinandergerissen und auch den eisernen Ofen mit Kachelauflage auseinandergepresst. In der Stube hielten sich mehrere Kinder auf, die glücklicherweise nicht verletzt wurden.

Aus der Partei.

Meininger Vizepräsidentenwahlen. Im Meininger Landtage standen die Wahl des Präsidenten und die Kommissionswahlen auf der Tagesordnung. Die bürgerliche Presse hat sich schon vor dem Zusammentritt des Landtages den Kopf darüber zerbrochen, was unsere Partei für eine Stellung bei diesem Punkte einnehmen werde, obwohl unsere Stellungnahme klar zutage lag. Gemäß der Stärke unserer Fraktion haben wir einen Vizepräsidenten zu beanspruchen, und wir verlangen auch in den Kommissionen eine entsprechende Vertretung. Im vorigen Landtage waren unsere Genossen in keiner Kommission vertreten, da die damalige Landtagsmajorität sich erlaubte, uns Vorschriften machen zu wollen, welche Genossen in die einzelnen Kommissionen gewählt werden sollten. Diesmal hatte man sich bereit erklärt, in alle Kommissionen auch Sozialdemokraten zu wählen. Einen Sitz im Präsidium wollte man uns nur gewähren, wenn der vorgeschlagene Abg. Genosse Wehder gewisse repräsentative Verpflichtungen übernehme, worauf sich unsere Fraktion nicht einließ. Es kam zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen unsern und den bürgerlichen Abgeordneten. Unsere Fraktion erklärte, solange jede Mitarbeit verweigern zu müssen, solange nicht eine Gleichberechtigung zustande ist. Schließlich einigte man sich dahin, dem Genossen Wehder keine höfischen Besuche zuzumuten, doch soll er stets dann mit am Hofe vorstellig werden, wenn es sich um eine Besprechung von Landesangelegenheiten handelt. Bei der vorgenommenen Wahl wurde Schiller (nat.-lib.) als Präsident, Fröhe (nat.-lib.) und Wehder (Soz.) als Vizepräsidenten, Dr. Penz (nat.-lib.) und Schlein (Soz.) als Schriftführer gewählt. In den Kommissionen ist unsere Fraktion — entsprechend ihrer Stärke — durch je zwei Mitglieder vertreten.

Ob der Vizepräsidentenliste dieses Entgegenkommen unserer Genossen wert ist, erscheint uns sehr fraglich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 4. Dezember. In der heutigen Sitzung des Reichstags stand auf der Tagesordnung die Interpellation der Freisinnigen und Sozialdemokraten über die Kleier Werksaffäre. Der Abg. Wiemer erklärte mit Rücksicht darauf, daß die Urteilsgründe für den gestrichenen Freispruch der Geschworenen noch nicht vorliegen, in eine Verschiebung der Besprechung einwilligen zu wollen. Genosse Singer schloß sich dem an. Der Marine-Sekretär Tirpitz erklärte sich bereit, die Interpellation am Montag zu beantworten. Sie wird also an diesem Tage zur Besprechung gelangen.

Konstantinopel, 4. Dezember. In Armenien hat ein fürchterliches Erdbeben gewüthet; zahlreiche Ortschaften sind zerstört worden. Der Ort Krmit mit 170 Häusern ist völlig vom Erdboden verschwunden.



Goldisan

besten Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 karätige Goldauflage, 10jährige Urkunde. Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Etui. Billige Preise. Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Extra billiger Weihnachtsverkauf Marie Kramer

Hainstrasse 7 nahe Markt.

Abteilung Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe

Halblama für Arbeitskleider, Kleid 4.50, 3.00, 3.—, Kleid 2.40	solide Stoffe für Kleider und Röcke, Kleid 3.00
Halbtuche, Kleid 6.—, 4.50, Kleid 3.00	Strapazierstoff, 110 cm breit, Kleid 3.30
Lodenstoffe, herrenstoffartig, Kleid 4.80	Englische Stoffe, Kleid 4.80
Blaudruck, schöner echter Druck, Kleid 4.20, 3.50, Kleid 2.45	Gingham, leinenartig, gestreift und kariert, Kleid 5.40, 4.50, Kleid 2.75
Gemusterte Crêpestoffe, schöne helle und dunkle Farben, Kleid 4.80	Reinwoll. Cheviots, solide Fabrikate, schöne Farben, Kleid 5.70
Reinwoll. Batiste, Serges, Wollsatins, Kleid 16.50, 12.—, Kleid 9.00	Reinwoll. Popeline-Cotelés, apart feinfarbige Stoffe, Kleid 24.—, 15.—, Kleid 12.00
Blusenflanelle u. Blusenfoulés, in grösster Auswahl, Meter von 75 Pfg. an, Kleid von 4.50 an	Elfenbeinfarbige Stoffe, Spezialität der Firma, Kleid von 5.50 an
Schwarze Stoffe, Riesenslager woll. Elderd.-dansenll., Morgenrock von 2.45 an	Morgenrockstoffe, Bwll. Elderdansenll., Baumwollflanelle

Riesenslager in Blusen

Seidene Messaline-Blusen mit Tülleneinsatz und Spachtelmotiven, 6.75, 8.50, 10.75	Seiden. Messaline-Hemd-blusen, moderne schöne Streifen, verschiedene geschmackvolle Ausführungen, 6.50, 12.00, 15.00
Sammetblusen, auf Futter, karierte und gestreifte schöne Dessins, 7.50, 11.00, 15.00	Wollblusen, feine einfarbige Stoffe, elegante Verarbeitung, 3.50, 5.00, 6.50
Wiener Tuch- u. Popeline-Blusen, keine einfarbige Stoffe, elegante Verarbeitung, 6.00, 8.75, 12.75	Wiener Flanelblusen, gemusterte Flanelle (aus Baumwollflanelle v. 2.80 an), 5.00, 8.50, 14.00
Weisse Wollbatistblusen, aus cremefarbenen Stoffen, mit Einsatz und eleganten Spitzengarnituren, 2.50, 7.75, 10.75	Tüllblusen, von vornehmen Tüllstoffen, mit Spachtelplasse, moderne Aermel, 3.50, 7.50, 12.00
Baumwoll. Flanelblusen, aus haltbaren, warmen Stoffen, in grösster Auswahl, 1.00, 1.60, 3.50	

Damen- und Kinder-Konfektion

Kurze Eskimo-Paletots, 8.75	Krimmer-Paletots, 12.50
Sammet-Paletots, 12.50	Cheviot-Paletots, 3.50
Lange anschliess. Paletots, 15.00	Lange Frauen-Paletots, 12.00
Seidenplüsch-Paletots, 30.00	Englische Paletots, 4.75
Jacken-Kostüme, in Homespun und Tuch mit langer Jacke u. Seidenkragen 27.50, in Cheviot u. Engl. mit langer Jacke 17.50, dieselben mit kurzem Sacko neue Farben, Panzerform von 145.— bis 42.—, Prinzessform 120.— bis 40.—, 12.00	Garnierte Kleider, in Tüll 25.—, in Wollbatist 18.—, in Japanseide 26.—, in Batist marine Cheviot und engl. von 2.00 an
Balkkleider, 5.00	Kindermäntel, Fantasie-Sammet u. Tuchstoffe, — in halbw. von warmen Velourstoffen 20.—, 14.— bis 10.00
Abendpaletots, 10.00	Abend-Umhänge, mollige Wollstoffe mit kariert. Abstele, Kragen m. Mouffon eingerollt 17.—, 12.— b. 8.50
Golf-Jacketts, farbig von 25.— bis 8.—, weiss 20.—, 12.—, 9.—, 6.00	

Fussfreie Kostümröcke, in englischem Geschmack mit Falten und Knopfverzierung 5.50, 3.75, 2.80	Fussfreier Sattelmiederrock, guter reinwoll. Cheviot, reiche Kurbelstickerel, versch. Farben, 9.50
Fussfreie Sattelmiederrocke, vorzegl. Satteltuch, Sattel m. eleg. breit. Kurbelstickerel 34.—, 25.—, 16.50, 13.75	Gesellschaftsröcke, in Tafelseide, — Moiréseide, — Sammet, — Tuchstoffen, — Feinste Ausstattung, 8.50
Helle Ball- und Gesellschaftsröcke, crème Cheviot-Sattelmiederrock 8.50, crème Cheviot-Sattelmiederrock mit bestickt, Sattel 13.75, Wollbatiströcke mit breitem Spitzeneinsatz und Stüchen 17.—, 12.—, 8.50	

Tuch-Unterrock, mit Doppelvolant, geschmackvoll mit Trese besetzt, reine Wolle, 30 cm hoher Volant, 7 mal Tresebesatz, 2.00	Tuch-Unterrock, 4.25
Moiré-Unterrock, mit Doppelvolant, gute Stoffe mit hohem schöttischen Moiréansatz, sehr elegant und kleidsam, 4.00	Trikot-Unterrock, von hell u. dunklen Seiden sehr apart garniert, 30.—, 25.—, 16.75, 7.50
Seidentaffel-Unterrock, 11.50	

Fertige Wäsche Grösste Auswahl

Tisch- u. Hauswäsche

Bunte Bettzeuge, Kissen Mtr. 60 45 32 d, Bettbr. Mtr. 90 70 d	Weiss. Stangenleinen, Kissen Mtr. 70 50 35 d, Bettbr. Mtr. 100 80 d
Weiss. Bettendamast, Kissen Mtr. 80 75 53 d, Bettbr. Mtr. 120 110 85 d	Bettuchhalbleinen, schwere haltbare Qualität, 140 cm breit, Mtr. 150, 130 bis 90 d
Bettuchdowlas, bewährte Qualitäten, 150 cm breit, Mtr. 140, 100 bis 70 d	Hemdentuch, besonders haltbare Qualitäten, Mtr. 60, 50 bis 28 d
Elsass. Renforcé, langjährig bewährt, Mtr. 70, 60 bis 35 d	Hemdenbarchent, bunt, echtfarbig, Mtr. 60, 40, 50 bis 28 d
Hemdenbarchent, vollweiss, schöne Qual., Mtr. 70, 60, 50 bis 35 d	Hemdenbarchent, ungebleicht, unverwüstlich, Mtr. 60, 50 bis 38 d
Stepdecken, gleichseilt. v. 5.75 an, mit Normalf. von Kamellhaar v. 9.— an, 3.25 an	Schlafdecken, Wolle von 4.00 an
Barchentbettücher, weiss v. 1.00 an	Tischdecken, bunt von 1.30 an, Plüsch von 7.50 an, Filztuch von 1.75 an
Wischtücher, 65/65 cm, Dtzd. 4.—, 55/55 cm Dtzd. 2.40, 50/50 cm Dtzd. 1.80	Tischtücher, Damast, 115/130, Stek. 2.—, halbl. Jacquard, 115/120, Stek. 1.25, 100/115, Stek. 90 d
Servietten, Jacquard, gesäumt, 60/60, Dtzd. 4.25	Tafeltücher, Damast, 130/280, 5.00
Handtücher, weiss, gesäumt, Dtzd. von 4.25 an, grau, von 2.60	Weiss Linontücher, Dtzd. 1.00

Adlers Warenhaus, Leipzig-Gohlis

107 Aeussere Hallische Strasse 107

Grosser Weihnachts-Verkauf in Puppen und Spielwaren.

Praktische Geschenk-Artikel für jung und alt.

Bei Einkauf von 1 Mk. an eleg. ill. Volkskalender gratis. Bei Einkauf von 2 Mk. an sehr eleg. Wandtaschenkalender gratis.

Wer in Adlers Warenhaus kauft, spart Geld!

18000 Paar wochentl. Anfertigung
110 eigene Filialen.

Marke **Turul**

PROBIEREN GEHT ÜBER STUDIEREN

Spezial-Markte Original-Goodyear Welt

6 50 Mark Jedes Paar
9 50 Mark Jedes Paar

UNÜBERTROFFEN IN ELEGANZ HALTBARKEIT u. PASSFORM ERSATZ FÜR HANDARBEIT IN GUTEN LEDERSORTEN

ALLEIN-VERKAUF nur

Leipzig Hainstr. 28

Schuhfabrik „TURUL“
ALFRED FRÄNKEL
COMMAND. GESELLSCH.

Bandagen

Künstliche Glieder

alle orthopädischen Apparate neuester Systeme, Bruchbänder mit Ringfeder, Gürtelbruchbänder ohne Feder, Leibbinden. Viele glänz. Erfolge bei Rückgratsverkrümmungen durch meine nach berühmter Methode hergestellten Apparate. Kein Einzwängen des Körpers in Gyps oder Stahlpanzer. Meine federnden Plattfusselagen helfen bestimmt, auch in den schwersten Fällen, mit grossem Erfolg. Alle Artikel z. Wochen- und Krankenpflege. Gummivarren. Versand nach auswärts.

Kurt Friedemann
pr. Orthopädist und Bandagist
Leipz., 15 Peterssteinweg 15
Telephon 11017. [2516]

Pelzwaren

(Collars, Muffen, Kindergarnituren) bester Qual., billigst u. in grösster Auswahl, find. Sie, wie schon seit langen Jahren, in dem renommierten



„Magazin zum Pfau“
nur Reichsstr. 29/31.
• Beachten Sie die Schaufenster! •

Südvorstädt. Möbelhallen

Carl Säuger, jetzt Braustr. 29.
Wohnungs-Einrichtungen
sämtliche Möbel
wegen Aufgabe des Geschäftes
teils zum, teils unterm
Selbstkostenpreis. [2956]

Lederausschnitt u. Leisten

bei [5418]
Fleischer, Lindenau
Albertinerstr. 45, Ecke Burgauerstr.

Auf Credit

Mit 5 Mk. Anzahlung. Streng mod. Herren-Anzüge Paletots u. Knaben-Anzüge fertig u. n. Mass veranfolgt an Jeden gegen Leihkosten

Kredit!

L. Cohn
Warenhaus
Plattendorferstr. 3.

Praktisch

handeln die Hausfrauen, wenn sie an Stelle teurer Butter die neuen Butter-Ersatzmittel,

Cocosa
und
Cocosin

verwenden.

Cocosa Pflanzenbutter-Margarine gleicht feinsten Naturbutter im Aussehen und Geschmack, ist wie diese für Tafel und Küche verwendbar, aber wesentlich billiger. Bestandteile: Das Fruchtmilch der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Cocosin ist eine reine Cocosnussbutter, ohne jegliche Zutat und wird in Tafeln verkauft, unübertroffen zum Braten, Backen, Kochen, daher bestes Ersatzmittel für Butter und Schmalz. Besondere Vorzüge: Grosse Ausgiebigkeit — billiger Preis.

Überall erhältlich!
Alleinige Produzenten: Jürgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhd.)

Bezaubernd wirkt ein Weihnachtsbaum

geleuchtet mit meinem [20743]
selbstleuchtenden
Glas-Christbaum schmuck.

Sie kauf. bei mir direkt v. Fabrikant u. deshalb kann ich Ihnen ganz besond. Vorteile bieten. — Ich versend. auch dies. Jahr wieder geg. Nachn. franco ein reich. zusammengestellt. Sortiment I: Enthält. über 300 Stück der unübertroffen. Neuheiten in tafelfest, vornehm. Ausstatt.: Atlas, Panorama- u. Feuerkugeln bis 9 cm Durchmesser, Serpentin-, Schnee- u. Strangtugeln, Reflexe, Blumen, mit venetian. Zu bestreute Früchte u. Edelobst, Weihnachtsmann mit Silbergirlanden, Blumenkränzen, Luftballons, Gold- u. Silberwägel, Sündböden mit Goldkette, Eis- u. Tannenzapfen, Blätter, Leuchtstängel zum Aufkleben, Trompeten, Paradiesvögel, laut. Glocken, darunter 12 Ornamente selbstleuchtend!

Sortiment II: 72 Stück nur grös. Sachen in ausgewähl. Neuheiten u. anerkannt. Spezialität. f. 45.— (Nachn. 45.80).

Sortiment III: 200 Stück in ähnl. Ausfüh. wie Sortiment I (12 Stück selbstleucht.) zum Ausnahmepreis v. 43.50 (Nachn. 43.70).

Gratis fülle ich d. Sortimenten bei: Ein Luftballon, Zeppelein, D. M. G. M., mit Propeller und dem Bildnis unseres Nationalhelden, des Grafen Zeppelin, sowie einen selbstleuchtenden (drehbaren) Engel und einen kunstvoll aus Glas geblasenen Edelstein mit einem Schmuck. Sämtliche Sachen sind jahrelang haltbar. — Für Händler empfehle ich grössere, hübsche Sortimente zu 8.— und höher.

Ernst Heumann, Lauscha (S.-Meln.) Nr. 150.
Spezial-Fabrikation und Versand von Glas-Christbaum schmuck.

„Sofort“

Schuhmacher-Werkstätten für alle
Schuh-Reparaturen.

Neu! Grüne Sohlen „Marke Gollath“ Neu!
Alleinige Vertriebs-Werkstatt für Leipzig
14 Kurprinzstrasse 14.

Spielwaren-Messmuster

und Lagerbestand
zu äusserst billigen Preisen. [20755]
Barbacha Hof 57-58, am Eingang Grimmlische Str.

Die hierorts billigsten Schweine-

Preise ermöglicht es mir, Ihnen pa. hiesiges frisch. gepökl. Schweinefleisch (Rippen, Rücken, Kopfstücke, Schnauz, Ohr, Fleisch, Poten) i. K. Kubeln m. 25 u. 50 Pfd. Inhalt zu nur 35 Pfg. pro Pfund zu liefern. 10-Pfd.-Postkollin nur Mk. 3.60; ferner empfehle pa. Holsteiner Holländer Käse in Broden, saftige und schnitt. Ware (kein Kunstprod., sond. Naturw.), netto 9 Pfd. nur Mk. 2.95, 30 Pfd. p. Bahn à 81 Pfg. 9 Pfd. ger. Thür. Rotwurst 4.95

9 Landeherwurst 5.10
9 „ Rückenapeck 3.10
9 „ Rippenspeck 3.—
9 „ Plackwurst (Reuerr.) 9.70
9 „ Zerklehwurst 10.60
9 „ Süss-Margarine (c) 5.50
9 „ in Pflanzenölmalz 5.90
9 „ in Kunsthonig 3.50
9 „ in Pfämenmus 2.90

Alles ab hier unter Nachnahme. Garantie: fehlerhafte Ware retour. [5819]
Heinr. Krogmann, Vorort L. H. 40.

Mandelkleien-Seife

mildeste aller Seifen, besonders zum Waschen u. Baden kleiner Kinder, da dieselbe einen schönen zarten und weissen Teint erzielt. Allein-Verkauf à Karton, enthält. 3 St., 50 Pfg., in der Hofapotheke zum weissen Adler, Hainstr. 9. *

Gustav Paul Haegeler

Landsberger Str. 22 Leipzig-Gohlis Landsberger Str. 22
General-Vertrieb
der Maschinenfabrik für Schuhmacherei und Fabrikation
Ruegenberg & Co., Hagen i. W.
Spezialitäten: Lederwalzen, Arbeitsständer, Ausputzmaschinen, Schuhmacher-Bedarfsartikel, Schuhcreme u. Einlegesohlen.
Billigste Bezugsquelle. [5417]

Petroleum-Heiz-Defen

Garantiert geruchlos
Grösste Heizkraft.
Billigst.

Karl Schröder & Co.
Schlossgasse 9 II.

Sämtliche Bedarfsartikel

der Elektrotechnik
für elektrische Klingelleitungen,
Licht- und Telephon-Anlagen.
Lehrmittel
Werkzeuge und Eisenkurwaren
in grösster Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Georg Schöbel, Reichsstr. 20.

Größtes Sprechmaschinen-Vertriebshaus Deutschlands **Otto Jacob, senior, Berlin, 337**
 Ein neuer Beweis für die Güte unserer Apparate: **Frieden-Straße 9.**

mehr als **11000** Mill-Opera-Apparate

In ca. 5 Wochen geliefert!

Auf Wunsch bequeme Ratenzahlung ohne einen Pfennig Aufschlag! Unübertroffene Lautstärke, eleganteste Ausstattung und beste Qualität bei denkbar niedrigsten Preisen haben unsere Apparate Weltruf verschafft. Die Mill-Opera bietet Ihnen die Musik eines vollbesetzten Orchesters, sie singt, lacht und amüsiert alle. Sie ist Bildungs- und Unterhaltungsmittel zugleich, als Musikinstrument eine Klasse für sich. In keiner Familie, in der der Sinn für gute Musik gepflegt wird, sollte die Mill-Opera fehlen!



Mod. 17. Mark 59.—. Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarb. polierter Kasten mit Goldarabesken, Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile II. vernickelt. Farbige lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung, in Concertschalldose. Mit Mill-Opera-Concertschalldose Mk. 5.— mehr Monatsrate Mark 4.—.
 Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3.— Mk. und 200 Nadeln gratis geliefert. Weitere 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.

Unser Angebot zu jedem Apparat eine Anzahl Schallplatten gratis zu geben hat allseitig so großen Beifall gefunden, daß wir uns entschlossen haben von nun ab die doppelte Anzahl Schallplatten gratis zu geben. Wir verpflichten uns demnach bis auf Weiteres jedem Besteller einer Mill-Opera außer den der Lieferung beigelegten Gratisplatten nach ordnungsmäßiger Erledigung der 6. Rate noch einmal die gleiche Anzahl Schallplatten gratis zu liefern.

Mill-Opera-Schallplatten sind doppelseitig bespielt, 25 cm groß — je 2 verschiedene Stücke auf einer Platte.
 Preis der Doppelplatte, 3.— Mk.

Interessante Kataloge über Concert-Apparate und Schallplatten überallhin gratis u. franco.

Doppelte Anzahl Schallplatten umsonst!
 Neue Bezugsverhältnisse: Wir liefern von nun ab zu jeder von uns bezogenen Mill-Opera-Maschine die doppelte Anzahl Schallplatten umsonst!



Für alle Apparate 2 Jahre schriftliche Garantie!

Mod. 11. Mk. 48,50. Mahagonifarb. polierter Gehäuse, Größe 28x28x13 cm. Alle Teile II. vernickelt. Farbige lack. Blumenschalltrichter, 40 cm Schallöffnung, in Concertschalldose. Mit Mill-Opera-Concertschalldose Mk. 8.— mehr Monatsrate Mk. 3.—. 3 Doppelplatten à 3.— Mk. u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 6 Doppelpl. gratis.

Mod. 18a. Mk. 70.—. Modernes hell poliertes Eichengehäuse mit Silberbeschlag. Größe 35x35x15 cm. Metallteile II. vernickelt. Tonarm und Blumenschalltrichter farbig lackiert, 50 cm Schallöffnung, Mill-Opera-Concertschalldose. Monatsrate Mk. 4.—. 6 Doppelplatten à 3.— Mk. und 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 6 Doppelpl. gratis.

Mod. 20. Mk. 84.—. Eleganter Salon-Apparat, Mahagonifarbig pol. Kasten mit Goldarabesken. Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile II. vernickelt. Farbige lack. Tonarm und Blumenschalltrichter, 52 cm Schallöffnung, Mill-Opera-Concertschalldose. Monatsrate Mk. 5.—. 8 Doppelplatten à 3.— Mk. und 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.

Bestell-Zettel

Hiermit bestelle ich bei der Firma **Otto Jacob, senior, Berlin 337** 1 Mill-Opera Mod. _____ incl. den dazu gehörigen Schallplatten und 200 Nadeln. Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von Mk. _____ am 1. jeden Monats. Beim Empfang zahle ich Mk. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anm. sind 10-20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.

Ort: _____ Datum: _____
 Vor- u. Zunamen: _____ Stand: _____
 Straße u. Hausnummer: _____

Vertreter an allen Orten gesucht gegen hohe Provision, auch für unsere Specialabteilung Uhren u. Goldwaren.



Großes Aufsehen erregt ein Weihnachtsbaum mit meinem weltbekannten Glas-Christbaumschmuck

Sammlung I mit 330 St. in nur ausserordentlich hochmodernen, vornehm fort. Neuheiten als: Edelobst, Früchte m. Laub, Kugeln u. Eier mit Edelweiß, Bergkristall, u. Fantasie-Malerei, läut. Gloden, Paradiesvögel, Silber- u. matte Kugeln, Fruchtkörbe m. Trauben u. Goldäpfeln, Zeppelins Luftschiff, Gold-, Marmor- u. Feuerkugeln, Rüsche, Enza, gefr. Zapfen, wunderb. Kugeln m. Blumen u. Traubenbehang, Nikolaus im Schnee, Schwim. Enten, Widelfind in Rosa, Diamantentug., Blumenpiegelfest., Rosen m. Schmetterlingen u. Goldkäfern, Blumenmädchen, gr. Wachsengel sowie versch. mit Seidenghen. u. Silberdraht leucht. umsp. glüb. Dekor. u. Zierst. versch. gut verpackt franco 5 Mk. (Bei Nachn. die Gebühr pfg. mehr). J. Besteller erhält noch folg. 4 Kunstgegenst. als Geschenk: Eine der neuhest. mehrst. Silberglockengeläut.-Baumspitzen m. Stern; 1 Weihnachtssee m. Triumphb. a. Silber, 20cm lang; 1 blüh. Rosenbusch m. Laub u. Wase, 1/2 m hoch; 1 Jagdstück m. Reh u. Hirsch u. noch zur Heberasch; 1 mech. Bühnenhof m. Pahn u. Futtermädch. Samml. II mit 205 St. u. als Geschenk: 1 Wachsengel; 1 Schwan; 1 Baumsp. m. funt. Stern. franco 3 Mk. 30 Pfg. (Nachn. 30 Pfg. mehr). Größ. Sammlg. für Händler und Vereine 10 Mk. Man versäume nicht, sich von meinem reellen Angebot zu überzeugen. Für die Geschenke und Stückzahl wird garantiert. Viele Dankschreiben. 20403
Josef Müller, Ernstthal-Lauscha, Thür. Wald. 1.

Flemming, Globenfabrik
Weihnachts-Pyramiden

Prächtiger Zimmerschmuck. Mit Kugellager. Mit Figuren.
Prächtige Neuheit Glockengeläut D. R. G. M.
 an Weihnachtspyramiden Illusion läut. Kirchenglocken. Sofort anzubringen. Sofort abzustellen.
 Nr. 1 Höhe 80 cm Mk. 8.—, mit Geläut Mk. 10.—
 Nr. 2 Höhe 1 Meter Mk. 10.—, mit Geläut Mk. 12.50
 Nr. 3 Höhe 1 Meter Mk. 15.—, mit Geläut Mk. 17.50
 Nr. 4 Höhe 105 cm mit extra Garten fein ausgestattet Mk. 25.— m. Glockengeläut Mk. 28.—
 Garten ohne Pyramide 50x50 cm mit Zaun und Lichtsäulen als Christbaum- oder Pyramiden-Untersatz Mk. 4.—
Christl. Figuren und dergl. aus Papiermaché laut besonderer Preisliste. F. Nr. 51 c.
 Versand p. Post.
 Abbildung der Pyramide Nr. 4
 Leichtest beweglich durch die aufsteigende Herkuleskugel.

Billige böhmische Bettfedern!
 1 Pfund graue, gute, gefüllte 1. A: prima Halbweiche 1. A 30; weiße, Raumige 1. A 70, 1. A 90; feinstweiche, allerfeinste 2. A 70, 2. A 90; 1 Pfund feinstweiche, Raumreiche, ungeschliffene 2. A, 2. A 10; Schlamm 2. A 50, 3. A. Versand gef. gegen Nachnahme von 10 Pfund an franco. — Umtausch gestattet. — Für Nichtpassendes Geld retour. — Ausführliche Preisliste gratis.
S. Benisch in Deschenitz No. 872, Böhmen.

Magdalenenstr. 19 Eutritzsch Magdalenenstr. 19
Gelegenheitskäufe
 in Herren-, Knaben- und Kinder-Anzügen, Paletots, Hosen, Zoppen, Westen und Schuhen. Große Auswahl in Watterpolarinen, Damen- und Mädchen-Jackets. — Meizende Blusen, Kinderkleider, Schürzen, Unterröcke. — Wäsche, Strümpfe, Unterbekleidung. — Arbeits- und Maschinisten-Anzüge, Berufsbekleidung. — Billigste Bezugsquelle für Restor aller Art. — Stiefeln, Pantoffeln, Filzschuhe, alles spotbillig! Neu! Soldatenglosseroll Beste Beschäftig. für groß u. klein Puppen, Köpfe und Bälle ausnahmeweise billig.
Emma Gentsch.
 5958*

Die Schlager der Saison sind

die weltberühmten **Brennabor-Wagen.** Kaufen Sie nur aus erster Hand direkt vom Hauptvertreter der Brennabor-Werke **Barth.** Brennabor-Wagen sind überall beliebt und geschätzt! **Brennabor-Sportwagen** Mk. 1.90, 2.50, 3.—, 6.50 usw. **Brennabor-Puppen-Wagen** Mk. 5.25, 5.50, 6.50 bis 14.—.
Zeitler Puppen-Wagen, 48 cm lang Mk. 1.60, 53 cm lang Mk. 4.—, Hebekörbe, Traghörbe, Handkörbe, Reisekörbe, Faulenzer, Triumphstühle, **Lehnstühle, Kinderstühle** mit Spiel- und Eistisch Mk. 4.— bis 12.— u. noch hundertlei andere Gegenstände halten meine Lager. Jedermann findet für seine Lieben nützliche Geschenke. Gültung der Volkszeitung bringen Sie mit, dann gibt es bekanntlich wie seit Jahren noch Extra-Rabatt.
Kinderwagen-Barth Kurprinzstr. 24, Ecke Windmühlenstrasse Zweiggeschäft: Ranstädter Steinweg 12.

Glas-Christbaumschmuck

versende dieses Jahr franco, inklusive guter Verpackung, prachtvolle Sortimente, nur größere und bessere Sachen, in feinsten Ausführung **Mk. 5.—** gegen Nachnahme oder Kasse voraus. für nur — Diese Sortimente enthält: Kaugeloden sortiert, Vögel mit natürl. Federn (Schwan, Pfau, Enten usw.) Edelobst (Äpfel, Birnen, Melonen, Weintrauben auf Laub, Brombeeren, prachtvolles Gebirgsgebirg), Reflex, Kugeln, Eier, Ampel mit Phantasie-malerei, Marmorfeuerkugel im Jugendstil, Trauben, Gold- u. Silberfische, Glühdröhen, Weihnachtsmänner u. Silputaner, Eis- u. Lannenzapfen, prachtvolle Kronleuchter mit 2 bsp. Reflexen (Zierstüde), Ballon-Lühringen, 100 Stück Strangkugeln, fein versilbert und bunte Farben, Baumspitze mit Edelweiß, Reflex u. seinem Samettaschweif (24 Zentimeter lang), Hauptmann von Köpenick, Kugel mit Edelweißreflex bsp. usw.
Als Gratisbeigabe füge jeder Sendung bei: einen prachtvollen Fruchtkorb mit versch. Edelobst, 2 Pakete Engelshaar (Gold u. Silber), 1 Dbd. Vichhalter, 4 Dbd. Konfekthalter, 1 Weihnachtsengel mit bewegl. Glasflügeln und Trompete. — Für Händler, Hausierer, Vereine Extrafortimente von 10 Mk. an, mit besonderer Vergünstigung.
Josef Böhm, Steinach (S.-M.), Lindenstraße.

Als praktisches Weihnachts-Geschenk
 Waschmasch. v. 14 Mk. an
 Wringmasch. v. 8 Mk. an
 Messerputzmasch. v. 4 Mk. an
 Schäl-, Hack-, Reib-, Glättmasch., Gummilwanz, Gummi- und Lederriemen, Ersatzteile.
 Maschinenbau-Anstalt **Albert Bernstein**
 Leipzig, Gerberstrasse 38. [4937*]
 Reparaturen billigst.

Schmutzige Hände Wasche mit Haas Das macht Spass
 Überall erhältlich!
Gobr. Haas Handselle mit der Palme das Stück 10 Pfg. Alleinige Fabrikanten: **Gobr. Haas, Kgl. württb. Hofl. Aalen.** [24589*]

100 Zähne 180 M
Beste englische und amerikanische Zähne.
 Per Zahn mit Kautschukplatte.
Wer mehr zahlen will, muss ich zurückweisen.
Vorbehandlung des Mundes kostenlos.
 Nach 12jähriger Fachtätigkeit bin ich in der Lage, meine Patienten durch persönliche Behandlung vollkommen zufrieden zu stellen und gebe gern 10 Jahre reelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit.
Reparaturen in kurzer Zeit von 1. A an. Nervtötend 1. A Umarbeitet nicht passender Gebiss billiger.
Zahnziehen schmerzlos à 1 Mark.
 Wenn nicht nach Wunsch schmerzlos kostenlos.
Zahn-Praxis „Reform“, Dorotheenplatz 5. I.

Reichstag.

3. Sitzung. Freitag, 3. Dezember, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Wermuth, Dr. Delbrück.

Zunächst wird die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vorgenommen. Von den abgegebenen 322 Stimmen sind 98 von den bleibenden 224 Stimmen erhalten. Abg. Prinz Hohenlohe-Langenburg (Reichsp.) 178, Abg. Singer (Soz.) 42, je eine die Abg. Dr. Müller-Reinigen (freif. Bp.), Göttsch (freif. Bp.), Dr. Hüffel (Reichsp.), Erzberger (Zentr.). (Große Heiterkeit links.)

Abg. Prinz zu Hohenlohe-Langenburg nimmt die Wahl dankend an. (Lebh. Beifall rechts, lautes Lachen links.)

Sodann werden in einem Wahlgange die 8 Schriftführer gewählt. Das Ergebnis wird im Laufe der Sitzung mitgeteilt werden.

Präsident Graf Stolberg: Der Reichstag ist damit konstituiert. Ich werde dem Kaiser die pflichtmäßige Mitteilung machen.

Zu Quästoren ernannt der Präsident die Abg. Wassermann (nat.-lib.) und Schmidt-Warburg (Zentr.)

Der Entwurf betr. Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England um zwei Jahre wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs über Ermächtigung des Inkrafttretens der Lex Trimbom (§ 15 des Zolltarifgesetzes betr. Witwen- und Waisenversicherung).

Staatssekretär des Innern Delbrück: Der § 15 des Zolltarifgesetzes von 1902 will bekanntlich Ueberflüsse der Netto-Zollerträge aus der Einfuhr von Roggen, Weizen, Malt, Gerste, Hafer usw. über die Durchschnittszollerträge der Periode von 1898 bis 1903 zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung verwenden. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes sind die Mehrerträge anzuhäufeln und verzinslich anzulegen. Tritt das Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge sowie die eingehenden Mehrerträge selbst dem Landesversicherungsanstalten zum Zweck der Witwen- und Waisenversicherung zu überweisen. Meine Amtsvorgänger sind rasch bemerkt gewesen, die beim Zolltarifgesetz von 1902 übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wie leider ist die Voraussetzung stetiger und umfangreicher Einnahmen nicht eingetroffen. Mit der Summe von 2 1/2 Millionen, die man den Versicherungsanstalten überweisen konnte, könnten diese doch keine Witwen- und Waisenversicherung durchführen. Aber auch der Bescheid des in erster Linie in Aussicht genommenen Weges der Reichsregierung können sich finanzielle Schwierigkeiten entgegen. Eine Witwen- und Waisenversicherung bedarf einer festeren finanziellen Grundlage, als sie der § 15 des Zolltarifgesetzes bewirkt. Die Witwen- und Waisenversicherung muß auf derselben Grundlage wie die Alters- und Invalidenversicherung aufgebaut werden. Die verbündeten Regierungen halten es für geboten, die Materie nicht einzeln, sondern im Zusammenhang mit der Reichsversicherungsordnung zu regeln. Da es nun bei der Fülle der zu erwartenden Anträge nicht möglich ist, die Reichsversicherungsordnung bis zum 1. Januar 1910 zu erledigen, so schlagen wir vor, als Termin für das Inkrafttreten der Lex Trimbom den 1. April 1911 zu wählen. Da die Reichsversicherungsordnung im Februar nächsten Jahres an den Reichstag kommt, so wird der genannte Termin sich innehalten lassen.

Abg. Dr. Jund (nat.-lib.): Die Vorlage ist durchaus korrekt. Die Lex Trimbom zeigt, daß man keine Wechsel auf die Zukunft anstellen soll. Der geringste Betrag der Zollerträge ist aber insofern erfreulich, als er zeigt, daß der Hauptzweck der Agrarzölle, der hinreichende Schutz der heimischen Landwirtschaft, erreicht worden ist. Wir können das nur begrüßen. In der Witwen- und Waisenversicherung betrachten wir die Krönung des ganzen Versicherungsgebäudes; wir möchten aber mögliche Ausdehnung der Wohltaten auf den Mittelstand. Ob es möglich sein wird, die Versicherungsordnung am 1. April 1911 in Kraft treten zu lassen, scheint mir denn doch ziemlich zweifelhaft. Speziell gegen die bürokratischen Versicherungsämter erheben sich sehr berechtigte Einwände. Wir unsertseits werden alles tun, um das rechtzeitige Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung zu ermöglichen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Althoffen (konf.) billigt den vorliegenden Entwurf und will sich zurzeit in keine Erörterungen über die Reichsversicherungsordnung einlassen.

Abg. Dr. Mugdan (freif. Bp.): Der heutige Tag ist kein Ruhmestag für das sozialpolitische Zentrum. (Sehr richtig links.) Ohne die Reichsversicherungsordnung, die der Staatssekretär uns jetzt schon hätte vorlegen sollen, können wir die Tragweite dieses Entwurfs nicht übersehen. (Sehr wahr! links.) Da noch eine ganze Reihe hier in Betracht kommender Fragen der Lösung bedürfen, so beantragen wir Ueberweisung an eine 21gliedrige Kommission. Was soll z. B. mit den Millionen geschehen, die bis zum 1. Januar 1910 durch die Lex Trimbom aufgeschleppt worden sind? Und was soll mit den etwa später einkommenden Millionen geschehen? Wenn die Versprechungen des Zentrums irgendeinen Wert haben sollen, so müssen die Erträge des Zolltarifs, so lange er dauert, der Witwen- und Waisenversicherung zugute kommen. Im übrigen haben die Tatsachen längst bewiesen, wie optimistisch die Berechnungen des Herrn Trimbom waren. Den Ausführungen des Dr. Jund über die angeblich segensreichen Wirkungen des Zolltarifs kann ich nicht zustimmen. Mit dem früheren Reichskanzler Hohenlohe bin ich der Ansicht, daß die Agrarzölle nur den Großgrundbesitzern zugute kommen (Lebhafte Beifall bei den freif. und Soz.,ärm beim Schnapsblock), denselben Kreisen, die jede ernsthafte Besteuerung ablehnen haben. (Wärmende Zwischenrufe und Widerspruch rechts, lebhaft Zustimmung links.) Man will jetzt wieder dem Volke ein Versprechen geben, von dem man jetzt schon sehen muß, daß es nicht gehalten werden kann. (Sehr richtig! bei den freif.) 1902 versprach man dem Volke, daß es zwar höhere Getreidezölle zahlen, dafür aber ohne einen Pfennig Beiträge eine Witwen- und Waisenversicherung besichert erhalten solle. Jetzt aber liegt die Sache so, daß, wenn die Witwen- und Waisenversicherung überhaupt zustande kommt, die

Arbeitnehmer 20 Millionen jährlich selbst dazu bezahlen müssen. Dazu gewährt die geplante Versicherung so geringe Renten, daß die Armenunterstützung vorzuziehen ist. Im Höchstfalle bekommt eine Witwe 40 Pfg. pro Tag. Witwen mit Kindern werden von der Versicherung ausgeschlossen. Ich denke, daß für solche Bestimmungen viele Mitglieder des Reichstags nicht zu haben sein werden. Jedenfalls bitten wir um Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission. (Bravo! bei den freif.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Mit der Kritik der Reichsversicherungsordnung soll man doch warten, bis der Entwurf vorliegt. Dafür, daß die Zölle nicht die in der Lex Trimbom veranschlagte Höhe erlangt haben, sind doch nicht die verbündeten Regierungen verantwortlich. Mit Herrn Mugdans wertvoller Mitarbeit (Heiterkeit rechts) wird es doch möglich sein, die Reichsversicherungsordnung am 1. April 1911 in Kraft treten zu lassen.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Auch ich bin der Meinung, daß es Zeit ist, auf die Reichsversicherungsordnung einzugehen, wenn sie vorliegt. Zur scharfen Kritik an der Regierung bietet bereits der vorliegende Entwurf reichlichen Stoff. Die Regierung war verpflichtet, bis zum 1. Januar 1910 eine Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten zu lassen. Im andern Falle hätte sie die angesammelten Fonds an die Versicherungsanstalten zu verabschieden. Dazu waren bestimmte Vorbereitungen nötig. Hat die Regierung irgendetwas in dieser Richtung getan? Was wird sie nun machen, wenn die gegenwärtige Vorlage abgelehnt werden sollte, wie wir es beantragen? Längst hätten mindestens Grundzüge für die Unterfütterung aufgestellt und eine Enquete über die Zahl der zu Unterfütternden aufgenommen werden müssen. Aber nichts ist geschehen. Fürst Bülow, der fortgesetzt der Sozialdemokratie Mangel an positiven Leistungen vorwarf, hat selbst auf sozialpolitischem Gebiete nichts Positives geleistet. Wenn übrigens der Kanzler Fürst Bülow laut seinem Silberbrief gerade das Zentrum treffen wollte, so konnte er nichts Besseres tun, als die Lex Trimbom nach ihrem Buchstaben auszuführen. Da würde manche Witwe dem geklagt haben, der ihr vorzuschlagen wollte, das ihr zugewiesene Geld bedeute eine Witwen- und Waisenrente. Zunächst versprach 1902 das Zentrum Verwendung der Mehrerträge aus sämtlichen Agrarzöllen für die Witwen- und Waisenversicherung. Aber schon der ursprüngliche Antrag Trimbom trug Oß, Hüllensföldte usw. heraus. Immerhin sollten noch 100 Mill. für jede Witwe und 33 1/2 Mill. für jede Witwe herauskommen. Letzteres ist ungefähr der sechste Teil dessen, was z. B. die Stadt Schneidewitz für ihre Waisen zahlt. Der zweite Antrag Trimbom beschränkte nun auch noch die Verwendung der Zollerträge von Gerste, Hafer, Kaffee, Butter und Federvieh für die Versicherung, d. h. er setzte die voraussichtlichen Erträge um die Hälfte herab. Und damit nicht genug. Die Durchschnittsberechnung sollte nunmehr nach dem Kopf der Bevölkerung vorgenommen werden, so daß der Ueberflus bei dem voraussichtlichen Wachstum der Bevölkerung naturgemäß immer kleiner werden mußte. Trotzdem führen die Germania und die Zentrumsagitatoren von 72 Millionen zu 14 Millionen, die dabei herauskommen sollten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir unsertseits haben den Mißerfolg vorausgesehen und vorausgesehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In den Jahren 1906 und 1908 ist nichts eingetroffen. Nun sagt Herr Trimbom gewiß, daran sei er doch nicht schuld. Doch ist er schuld daran, denn er hat mitgeteilt für die Einfuhrzölle im § 11, welche bewirken, daß von den teuren Brot- und Fleischpreisen die Reichskasse keinen Vorteil hat, sondern noch darauf bezahlen muß. Sie haben den Witwen und Waisen teures Brot geliefert, aber keine Versicherung gegeben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie viel Witwen und Waisen kommen in Frage? Herr Trimbom hat mit Recht gesagt, ein Sechstel der Witwen Deutschlands sei auf Unterfütterung angewiesen und weitere zwei Sechstel bringen sich so kümmerlich durch, daß auch sie die Rente haben sollen. Also die Hälfte der in Deutschland lebenden Witwen würden als Rentenerwerbiger zu betrachten sein. Es handelt sich um 2 000 000 Witwen, wozu noch 3 400 000 Kinder kommen. Rechnet man 2 Millionen Personen wären zu unterfüttern. 10 Millionen müßten also vorhanden gerechnet werden, pro Kopf läme also eine Jahresrente von 5 Mill. heraus. (Hört, hört! bei den Soz.) Den Gedanken der Beiträge der Arbeitgeber gebe man nur auf. Fürs Zahlen sind die Herren von den Agrarzöllen nicht zu haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Beitragszahlungen werden dieselben Agrarier ablehnen, die die Entbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Krankenversicherung gehindert und die Erbschaftsteuer abgelehnt haben. (Sehr wahr! links.) Gewiß haben wir dem § 15 zugestimmt. Dr. Barth meinte damals, wir sollten dem Zentrum keine Gelegenheit geben, mit sozialer Bekanntheit zu prohen. Und doch war es gut, daß wir für das Gesetz stimmten. Wir haben dadurch dem Zentrum die Abhilfe Ausrede unmöglich gemacht, wir verhindern es an sozialen Taten. Mag das Gesetz in seiner ganzen Schönheit in Kraft treten! Man zähle den Witwen die 5 Mill. Jahresrente aus, etwas über 40 Pfg. pro Monat, und dann preise man die soziale Großtat! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Trimbom: Ich kann doch nichts dafür, daß wir so reichliche Ernten gehabt haben, und daß darum so geringe Zollerträge eingetroffen sind. Die Aufschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes ist leider notwendig. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig und für eine Zeitvergeßerei. (Bravo! im Zentrum und rechts.) Wir haben eifrig darüber gewacht, daß die Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung nicht für andre Zwecke verwandt werden. Sind doch sogar Einlagen an uns gelangt, das Geld für die Flotte festzulegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Dagegen hat sich Erzberger mit aller Entschiedenheit gewandt. Ueber Einzelheiten der Versicherung konnten wir doch 1902 keine Bestimmungen treffen. Gewiß habe ich einige Zölle damals aus dem Gesetz gelassen. Um das Schiff flott zu machen, das zwischen der Seyla rechts und der Carybdis links hindurchsteuern mußte, mußte ich Gerstenkörner und manches andre in die Flut werfen. (Große Heiterkeit.) Endlich ist es gelungen, das Schiff glücklich in den Hafen zu bringen, und nun wird der fleischliche Kolimbus von den Schiffsknechten geschmäht. Die Sozialdemokraten haben für die Lex Trimbom gestimmt, obwohl einer von ihnen, Herr Stadthagen könnte es gewesen sein, von politischer Hochtaperei gesprochen hat. (Große Heiterkeit.) Ueber die Reichsversicherungsordnung läßt sich später sprechen; jetzt sind solche Ausführungen zeitverschwendend. Die niedrigen Erträge aus den Getreidezöllen stammen von der höchst erfreulichen Steigerung der Inlandsproduktion. Alles einzelne

will ich preisgeben, aber der Ruhm des großen Hauptgebauens bleibt. Am 21. November 1902 hat Herr Ledebour erklärt: Wie die Verhältnisse bei uns liegen, ist die gegenwärtige Gelegenheit wohl die einzige, die sich vielleicht auf Jahre hinaus bieten wird, um überhaupt die Witwen- und Waisenversicherung zu regeln. (Hört, hört! im Zentrum.) Es ist unser Verdienst, diese einzige Gelegenheit beim Schopf genommen zu haben. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wenn der Vorschlag der verbündeten Regierungen abgelehnt wird, so mag den Witwen und Waisen ein Anspruch von noch keineswegs zweifelsfreier Rechtskraft auf 5 Mill. Jahresrente erwachsen; wird der Vorschlag der Regierung angenommen, so besteht begründete Aussicht auf gesetzliche Einführung einer immerhin ansehnlichen Rente. Die Frage der rückwirkenden Kraft wird später zu regeln sein. Ich will Sie gern in den Kreis der Beratungen hineinziehen. (Sehr gut! beim Zentrum.)

Abg. Ling (Rp.) erklärt sich namens seiner Freunde mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Hätte das Zentrum mit Energie an seinem ursprünglichen Vorschlag festgehalten, die Mehrerträge sämtlicher Agrarzölle für die Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden, so hätten Rechte und Regierung nachgegeben. Herr Trimbom sagt: Ohne den § 15 hätten wir die Versicherung nicht bekommen; mit dem § 15 haben wir sie jetzt doch auch nicht. Das einzige, was wir haben, ist die Verteuerung von Brot und Fleisch. (Sehr richtig! links.) Herr Trimbom hat drei- bis viermal seine Anschauungen über den Aufbau der Witwen- und Waisenversicherung geändert, und es heute vorgezogen, uns seine letzten Ansichten nicht mitzuteilen. Mit dem Preis der Witwen- und Waisenversicherung ist doch nichts genügt. Herr v. Stumm pries immer die Witwen- und Waisenversicherung, wenn es galt, eine sozialpolitische Vorlage, wie die Unfallversicherung, abzulehnen. Selbst aber hat er nie den Antrag auf Einführung der Witwen- und Waisenversicherung gestellt. Sollten ihm die Unterschriften gefehlt haben, so hätten wir sie ihm gern zur Verfügung gestellt. (Heiterkeit links.) Aber Herr v. Stumm ist eben nie über eine platonische Liebe zur Witwen- und Waisenversicherung hinausgekommen, und das Zentrum auch nicht. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (freif. Bp.): Die Mahnung des Herrn Trimbom, nicht die Zeit zu verträdeln, hätten die Mehrheitsparteien bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten befolgen sollen. (Sehr wohl! bei den freif.) Die Rede des Herrn Trimbom war der reine Watermahl! (Jurist: Aindsmord!) Der § 15 würde nur vorgeplaudert, weil das Zentrum unter der Arbeiterbevölkerung Rheinlands-Westfalens so viele Wähler hat. (Abg. Erzberger: Ganz falsch.) (Schallende Heiterkeit links.) Der § 15 wird nicht ein Inkommestitel der Zentrumsparlei sein, sondern ein Beweis für die Minderwertigkeit der ultramontanen Sozialpolitik.

Abg. Weder-Arndberg (Zentr.): Die Zölle nützen nicht bloß den Großgrundbesitzern, sondern auch den Bauern, wie Kantak hat anerkennen müssen. Wenn es auf die Freisinnigen ankäme, so hätten wir noch heute keine Sozialgesetzgebung. Auch die Sozialdemokraten haben gegen die meisten Gesetze gestimmt. Für andere sozialpolitische Gesetze haben sie nur gestimmt, weil nach Webers Zeugnis in der entscheidenden Fraktionsabstimmung zufällig eine schwache revisionistische Mehrheit vorhanden war. Bei uns wird nicht majorisiert, sondern wir stimmen nach dem gesunden Menschenverstand. (Große Heiterkeit links, Rufe: Erbschaftsteuer!) Nun, bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer war Stadthagen nicht anwesend, und auf dem Parteitage erklärte er, er hätte dagegen gestimmt.

Abg. Ledebour (Soz.): Auf die vielen mit der Sache nicht zusammenhängenden Ausführungen des letzten Redners will ich nicht eingehen. Nur ein paar Worte auf den amüsanten Herrn Trimbom: Die Worte, die Herr Trimbom in bezug auf mich angeführt hat, sind an sich ganz richtig, sie sind aber entfallen in einer Rede, die ich gegen einen Verschleierungsantrag gehalten habe. Es handelte sich um den Antrag, durch den Herr Trimbom aus seinem ursprünglichen Antrage weitere 20 Millionen herausstreichen wollte. Im Hinblick auf meine Kritik der Verschleierungsbestimmungen des Herrn Trimbom an seinem eigenen Werke erklärte ich, daß wir trotz der Verschleierungsbestimmungen für den Antrag stimmen würden, weil dies die einzige Gelegenheit sei, die Witwen- und Waisenversicherung gesetzlich zu regeln. (Jurist im Zentrum: Na also!) Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, wie scharf wir das Bestreben des Zentrums verurteilten, mit Hilfe der Witwen- und Waisenversicherung den Zolltarif zu beschönigen. Wir haben doch auch gegen den ganzen Zolltarif gestimmt, trotz des § 15 mit der Witwen- und Waisenversicherung. Andererseits haben wir aber stets erklärt, daß wir jede Gelegenheit benutzen würden, um eine Witwen- und Waisenversicherung zu erzielen. Herr Trimbom hat sich in seiner Rede als sozialpolitischer Odysseus und Kolimbus gepriesen. Mich erinnert er mehr an Sindbad, den Seefahrer. (Große Heiterkeit bei den Soz.)

Abg. Trimbom: Herr Ledebour kann nicht bestreiten, daß er und seine Freunde schließlich doch für unsern Antrag gestimmt haben. Herr Ledebour hat 1902 unter anderem gesagt: „Auch der schlechteste Gaul ist uns noch gut genug, um den Wagen der Witwen- und Waisenversicherung auf das rechte Gleis zu bringen.“ Das Zentrum hat nach seiner wohlbewährten Taktik das Erreichbare genommen und das Unerreichbare zurückgestellt. (Bravo! im Zentrum.)

Darauf verlegt sich das Haus. Nach einigen persönlichen Bemerkungen teilt Präsident Graf Stolberg das Resultat der Schriftführerwahl mit. Es sind danach gewählt die Abgeordneten Rimpaun (nat.-lib.) mit 277 Stimmen, Frhr. v. Thünefeld (Zentr.) mit 272, Engelken (Zentr.) mit 240, Bogalla v. Weberstein (konf.) mit 243, Dr. Pecher (freif. Bp.) mit 197, Panty-Derbarnim (Rp.) mit 183, v. Damm (Wirtsch. Bp.) mit 183 und Dr. Hermes (freif. Bp.) mit 178 Stimmen. Außerdem haben erhalten v. Kapieralski (Pole) 100, Dr. Dagemann (nat.-lib.) 116, Fischer (Soz.) 86 Stimmen, acryptisiert sind 94 Stimmen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Sämtliche Interpellationen und Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß: nach 3 Uhr.

Kenner rauchen nur Mal Kah-Zigaretten. Zu haben in allen Spezialgeschäften.

Zahnersatz, Plombieren, Ausziehen der Zähne etc. A. Stolper, Stötteritz, Arnoldstr. 19.

Husten, Heiserheit Brust-Katarrh, Krämpfe etc. besitzigen die ärztlich erprobten Kaiser's Brust-Garapöbten mit den drei Tainen. Fritz Weber, Grosse Fleischerstraße 22, Telefon 14 790.

Fritz Weber, Feinste Molkerei-Butter, Erstklassiger Butterersatz, Frische Trink-Eier, Sämtliche Sorten Käse.

Kanonen- od. Quintöfen, Rohre, Roste, Ofenplatten, Kohlenkasten, Dauerbrand-Oefen, Alwin Richter, Dresden Strasse 36.